

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

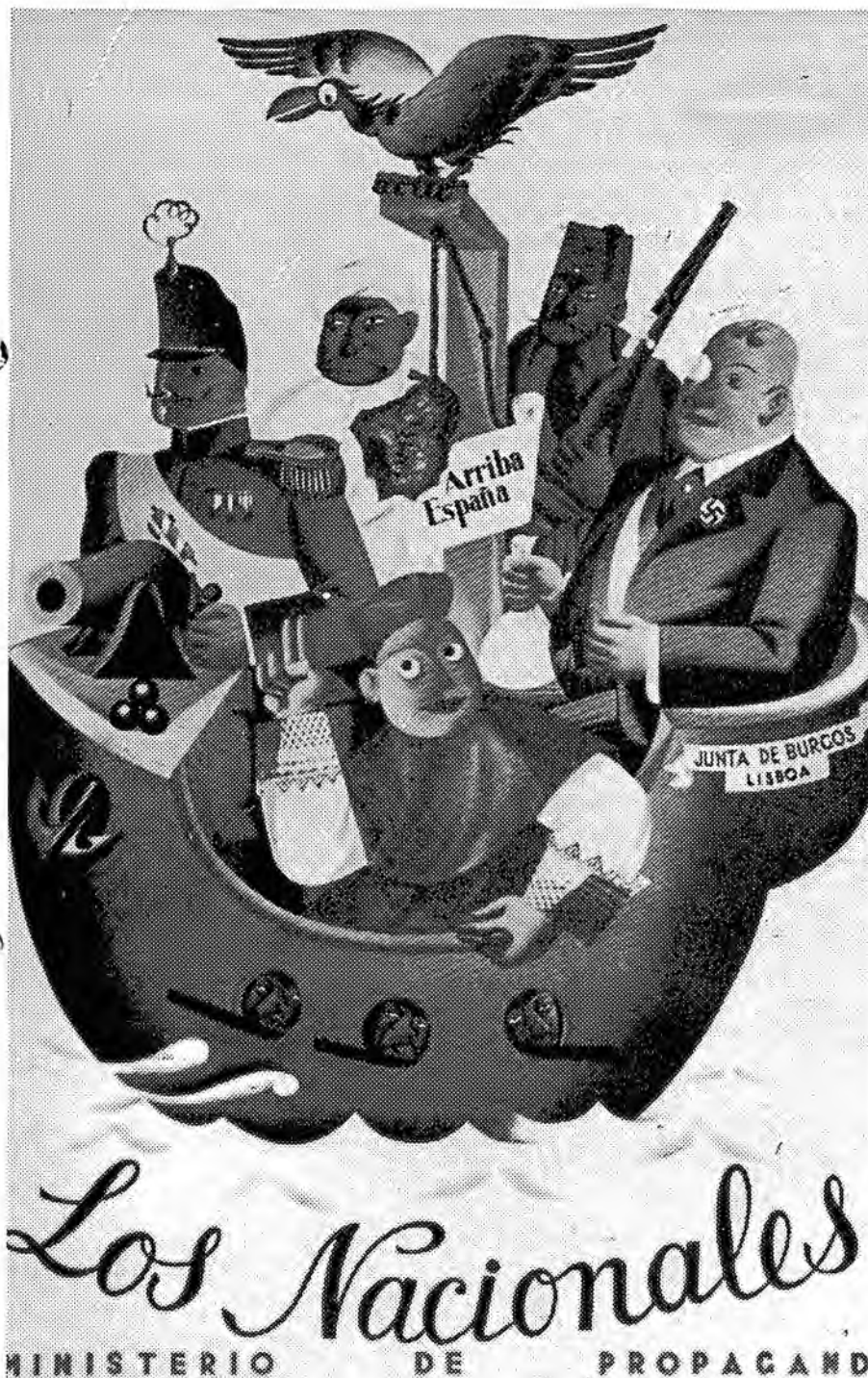
Politische Berichte



3. April 1987
Jg. 8 Nr. 7

G 7756 D

Preis:
2,50



BRD: Regierung stark und nach außen aggressiv, SPD versucht, über Chauvinismus zu gewinnen Seite 4



Stahlindustrie: Lohnsenkung und „Stahlstiftung“: Der Entlassungsdruck soll wirken Seite 8



Bildungspolitik Niedersachsen: Massive Proteste der Schüler gegen die Oberstufenreform der Landesregierung Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Regierungserklärung: Regierung stark und außenpolitisch aggressiv. SPD versucht, über Chauvinismus zu gewinnen 4

AIDS: Sonderkonferenz legt Zwangsmaßnahmen fest 7

Weizsäcker: Auf Inspektionsreise bei den Schuldern 7

Stahl: Lohnsenkung und Stahlstiftung: Der Entlassungsdruck soll wirken 8
Stahlstiftungen machen Schule 9

Westberlin: Die DDR sollte keine voreiligen Zugeständnisse machen 10
Neue Akzente in der Berlin- und Deutschlandpolitik 11

Auslandsberichterstattung

VR China: Getreidekrise oder die Mär von den Vorteilen der Privatwirtschaft 12
Wer sind die reichen Bauern? Kader! 13

Jugoslawien: Streikwelle gegen Lohnstopp der Regierung 13

US-Anti-Drogenkampagne: Vorwand für weitergefaßte Unterdrückungsmaßnahmen 14

Peru: Regierung verschärft Terror gegen Opposition 14

Türkisch-Kurdistan: Erneut Massendeportationen 15

Portugal: Die Reste der Agrarreform sollen beseitigt werden 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:
Kapitalisten gegen freies Wochenende 18
IGM zur Arbeitsgestaltung 18
BDI zur Bildungspolitik 18
Kontrolle gemeindlicher Unternehmen 19

Paneuropa-Union: Großeuropäische Neuordnungspläne unter deutscher Vorherrschaft 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

VdK protestiert gegen Regierungsprogramm

Der Präsident des Kriegsofferverbandes VdK, Weishäupl, hat das Programm der neuen Regierung als „eine nicht hinnehmbare sozialpolitische Provokation für viele Millionen Rentner, Behinderte, Wehr- und Zivildienstleistende, Sozialhilfe-Empfänger und nicht zuletzt für die über zwei Millionen Arbeitslosen“ verurteilt. Allein in der Rentenversicherung seien in den letzten Jahren Rentenansprüche in Höhe von 60 Mrd. DM beseitigt worden. Das Regierungsprogramm sei ein „Abschied vom Sozialstaatsgebot“. Um die Arbeitslosigkeit von Schwerbehinderten (140000 Schwerbehinderte sind arbeitslos) zu bekämpfen, müsse die Ausgleichsabgabe für jeden nicht besetzten Pflichtplatz für Schwerbehinderte von 150 auf 200 DM im Monat erhöht und der Kündigungsschutz für Schwerbehinderte verbessert werden. Die Ankündigung der Bundesregierung, der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung könne „kostenneutral“ auf 20% der Rentenausgaben erhöht werden, weil bei den Kriegsoffern Ausgaben wegfielen, nannte Weishäupl eine „Politik mit der Sterberate“. Der VdK verlangt bessere Kriegsofferverrenten und einen Ausbau der Gesundheitsversorgung sowie der Kurzmöglichkeiten für alte Leute. Die Steuerreform gehe „zu Lasten der Kriegsoffern und der sozial schwächeren Gruppen.“ Der VdK will seine Mitglieder über das Programm unterrichten und über die Bundesländer versuchen, Änderungen am Regierungsprogramm zu erzwingen. – (rül)

Öffentlicher Dienst: +3,4% Zimmermann zufrieden

Regierungssprecher Ost hat den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst – +3,4% rückwirkend ab 1.1.87, Laufzeit 12 Monate – einen „fairen Kompromiß für alle Beteiligten“ genannt. Das „Handelsblatt“ ist, auch bei Beachtung der Folgen des Abschlusses z.B. für Metall, ebenfalls zufrieden: „Daß bei einer reinen Lohnforderung eine Drei vor dem Komma stehen müsse, war den Arbeitgebern wie jedermann vorher klar. Daß es mehr als 3,5% werden könnten, konnte realistischweise kein Gewerkschafter annehmen ... Es ist dankenswert, wie rasch und rational die beiden Tarifparteien im öffentlichen Dienst diese Lohnrunde abgeschlossen haben; es geht auch ohne Mülldeckelklappen.“ Und Zimmermann selbst meinte zufrieden: „Das ist ein Ergebnis ohne Schnörkel und künstliche Rituale.“ Ein Sieg des „Sachverstands“ im allgemeinen Interesse also? Keineswegs. Schon in der Vorbereitung der Tarifaueinandersetzung hatte der ÖTV-Vorstand jede Forderung in Richtung Festgeld energisch unterdrückt. Die große Tarifkom-

mission beschloß dann auch eine reine Prozentforderung, womit die Interessen der Beschäftigten in den unteren Lohngruppen im öffentlichen Dienst schon im Vorfeld der Auseinandersetzung mit den Dienstherren beiseitegeschoben wurden. Als nächstes legte die ÖTV dann ihre Forderung nach Vorrustbestand beiseite und verzichtete darauf, das Problem, daß eine rasch zunehmende Zahl von Beschäftigten im öffentlichen Dienst Teilzeit arbeitet, also sowieso den Abschluß geteilt durch X als „Erhöhung“ bekommt,



überhaupt zu beachten. So war ein Abschluß wie der jetzt erreichte, bei dem die Vertreter von Regierung und Wirtschaft strahlen vor Zufriedenheit, fast unvermeidlich. Für die unteren Lohngruppen, denen dieses Jahr wieder 1 bis 1,5% Teuerung und weitere Steuerprogression bevorsteht, wird der Druck, den die Lohnsenkungen der letzten Jahre hervorgerufen hatten, durch die 3,4% – real weniger als 2% – um keinen Deut gemildert. Die Dienstaufsicht steht nach diesem Abschluß gefestigt da. Deshalb auch hat Zimmermann angekündigt, den Abschluß sofort auf die Beamten zu übertragen. – (rül)

Vogel – Garant gegen Linksbewegung der SPD

Das Parteiengesetz schreibt den Parteivorsitzenden sehr große Machtmittel zu. Postenvergabe ist ein wesentliches Leitungsmittel, und Brandt mußte wohl zurücktreten, nachdem die Partei ihm den freien Gebrauch dieses Mittels lauthals bestritt. Das Amt des Pressesprechers ist ein Schaufensterposten und keineswegs so unwichtig, wie es dann hieß. Brandt ließ in seiner Rücktrittsrede erkennen, daß ihm jede einzelne Eigenschaft der vorgesehenen Person wichtig war. Frau, jung, glänzend ausgebildete Akademikerin, Nicht-Deutsche EG-Europäerin, aus einer bürgerlichen und antifaschistischen „Familie“, erwiesene Brauchbarkeit auch im Wirtschaftsmanagement. Von bisherigen politischen Tätigkeiten oder von erkennbaren Zielsetzungen

war nie die Rede. Auch aus den Rücktrittsbemerkungen von Frau Mathiopoulos geht nichts derartiges hervor. Brandt, der den Seiteneinstieg ins SPD-Management mit dieser Personalentscheidung weit aufreißen wollte, konnte gehen. Die Wahl Vogels durch einen Sonderparteitag im Sommer wird überall als Formsache gehandelt, allerdings wird der Sonderparteitag nach den Wahlen in Hessen und Hamburg sein. Vogel ist ein Garant gegen Linksentwicklungen oder Bündnisse, wie er in der SPD besser kaum aufzutreiben ist. Vogel war von 1974 bis 1981 Justizminister. Unter seiner Federführung entstanden die Gesetze zur völligen Entrechtung von Strafgefangenen und Untersuchungshäftlingen im Verdacht des Terrorismus. In seiner Amtszeit lief das Verfahren in Stammheim und kamen Gefangene in BRD-Gewahrsam um, z.B. im Zusammenhang mit Zwangsernährung. Rechtlich war alles einwandfrei, Vogel hat ja ein Einser-Examen in Jura vorzuweisen. Denkt man sich einmal eine Regierung, die aufklären würde, was staatlicherseits in jenen Jahren geschah, so würde der neue SPD-Vorsitzende wahrscheinlich amnestiebedürftig. – (maf)

ZK der Katholiken will in Südafrika mitmischen

In einem Brief an den Southern African Council of Catholic Laity, den Zentralrat der Katholiken im Südlichen Afrika, teilt das Zentralkomitee der Katholiken in der BRD mit, daß es die Bundesregierung aufgefordert habe, „die Regierung der Republik Südafrika durch konkrete Maßnahmen der Außen- und Wirtschaftspolitik – auch durch gezielte Sanktionen – zu drängen, die Apartheid aufzuheben und rechtsstaatliche Verhältnisse für alle einzuführen“. Die katholische Laien-

organisation in Südafrika hat – ähnlich wie der Südafrikanische Kirchenrat – schon mehrfach vollständigen Boykott des Rassistenregimes gefordert und in einer Erklärung im Februar dieses Jahres insbesondere die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik wegen ihrer fortgesetzten Unterstützung der südafrikanischen Regierung angegriffen. Die Antwort der westdeutschen katholischen Laien auf diese Anforderung ist nicht gegen die westdeutsche Einmischung gerichtet und wendet sich indirekt gegen den vollständigen Boykott Südafrikas. Im weiteren Verlauf seines Briefes kündigt das Zentralkomitee der Katholiken an, daß sich auch die katholische Kirche in der BRD künftig verstärkt in Südafrika einmischen will: Das ZK der Katholiken habe sich „in den vergangenen Jahren gegen die Politik der Rassentrennung, gegen die damit verbundene wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Diskriminierung der Mehrheit der Bevölkerung, gegen die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und gegen die Verhaftung und Folterung so vieler Ihrer Mitchristen und Mitbürger, insbesondere des Generalsekretärs Smangalis Mkhathswa, ausgesprochen“ und sich „als Mitträger der Deutschen Kommission Justitia et Pax für den Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen in Ihrem Land, für einen friedlichen und gewaltbegrenzenden Wandel und für eine verfassungsmäßige Neuordnung ausgesprochen, die allen Südafrikanern ein gleichberechtigtes Zusammenleben ermöglicht.“ Da solche fdGO-mäßige Ordnung nicht in Sicht ist, will das ZK der Katholiken dafür wirken, „die Hilfe der deutschen Kirche für die bedrängten Menschen in Südafrika auszubauen“ und einen Beitrag zur „friedlichen Lösung“ des Konflikts zu leisten. – (uld)



Der Vorsitzende der Postgewerkschaft hat den Postminister aufgefordert, Konsequenzen daraus zu ziehen, daß die Internationale Arbeitsorganisation die politische Unterdrückung im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik als rechtswidrig verurteilt hat. Van Haaren verlangte, alle Disziplinarverfahren gegen Beamte wegen deren Engagements in einer nicht verbotenen politischen Partei einzustellen und die deswegen Entlassenen wiederzubeschäftigen. – (gba)

PWA Mannheim: 51 Pfennig mehr für Handwerker. Veränderungen im Lohn- und Zeitgefüge 22

Flüchtlinge: Bayerischer Flüchtlingsrat gegründet 22

Schleswig-Holstein-Wahlen: Antifaschisten wollen Zusammenarbeit verbessern 23

FAP: Prozeßwelle gegen Antifaschisten 23

Conti: Vorstand setzt Lohnsenkungen 24

Volkszählung: Krankenpflegeschüler gegen Zwangsverpflichtung . . 25

Stammheim: Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung . 25

fuba: „Die Verstümmelung der Arbeitsabläufe führt zum Gegenteil der sog. Qualifizierungsoffensive“ . 26
Im Zeitlohnbereich wurde erheblich intensiviert 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Niedersachsen: Schülerproteste gegen Oberstufenreform 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Bücher über die Zukunft der BRD 32
Thriller für „deutsche Einheit“ . . . 32
Grüne Zukunft: franziskanisch? . . 32
Republik „Schwarzenberg“ 32
Reale Utopie! 32
Schrecken eines Atomkrieges . . . 32
Purpur zwingt Grün raus 32
Deutsch-grüne Zukunftsvisionen . 33

Jugendbücher: Wer Knecht ist, muß kämpfen. Geschichten aus Schweden 33

Monopole: Wer herrscht in Hamburg? Historisches 34

Spezialberichte

50 Jahre Gernika: Interview mit der Comisión Gernika 1937–1987
Interessen des deutschen Faschismus in Spanien 36
„Legion Condor“ – Bomben gegen Zivilbevölkerung 37
BRD-Interessen gegen Spanien und Euskadi 38
Gernika und Völkerrecht. 39

Titelbild: Plakat der republikanischen Regierung im spanischen Bürgerkrieg, 1936

Regierungserklärung

Regierung stark und außenpolitisch aggressiv, SPD versucht, über Chauvinismus zu gewinnen

Die Presse ist mit Kohls Regierungserklärung und der Debatte im Bundestag zufrieden. Die Regierung hat ein äußerst reaktionäres Programm vorgelegt. Sie hat schon jetzt eine weitgehende Duldung dieses Programms durch die SPD bis hin zur ausdrücklichen Mitarbeit erreicht, was ihre Aussichten, dieses Programm durchzusetzen, bedeutend erhöht. Die SPD hat zu erkennen gegeben, daß sie noch nicht einmal im Bundesrat der Regierung ernsthaft in den Arm fallen will. Stattdessen versucht sie, ihren geschwundenen Einfluß in den Mittelklassen durch Anhängen an die expansionistische Propaganda der Regierung wieder zu er-

höhen. Das eröffnet der Regierung zusätzliche Möglichkeiten zur Unterdrückung der Opposition im Innern und für ein aggressives Auftreten nach außen. Die Gewerkschaften müssen jetzt ihre Kritik an der Regierung entwickeln, ohne daß ihnen die SPD-Fraktion dabei irgendwie nützt. Sie haben nur dann Aussichten auf Erfolg, wenn sie gegen die chauvinistische Propaganda von Kapitalisten und Regierung überzeugende Argumente entwickeln. Sonst fällt der Regierung, wenn sie im Herbst ihre Gesetze zur Steuerreform, zur Arbeitszeit und zur Reform der Versicherungen vorlegt, mehr als das Verbot der Nachtarbeit zum Opfer.

Kohl: „Grundwerte“ für Christen bis Faschisten

Auffällig an Kohls Regierungserklärung war der Versuch, die Darlegung des Regierungsprogramms mit der Propagierung zahlreicher „Grundwerte“ zu verbinden. Er stellte drei Grundsätze in den Vordergrund, „Subsidiarität“, „Transparenz“ und „Flexibilität“. Alle zielen auf Schwächung der Gewerkschaften und auf Zerstörung der Solidarität der Lohnabhängigen, alle will die Regierung noch mehr stärken. Gleich zu Anfang seiner Rede appellierte Kohl an die eigene Partei: „Wir wollen für die geistigen Strömungen unserer Zeit sensibel sein, wohl wissend, daß Politik mit Widersprüchen und auch mit Gegensätzen leben muß ... Gefordert sind von uns Offenheit und Einfühlungsvermögen, Nachdenklichkeit und Ideenreichtum – aber auch Standfestigkeit dort, wo es um die Grundwerte der inneren und äußeren Politik des Landes geht.“ Das ist ein Aufruf, die Intelligenz für reaktionäre Ideen zu gewinnen und ihre Op-

position gegen die Kapitalisten zu unterdrücken. Die gleichzeitige Betonung der „Grundwerte“ richtet sich an die Kirchen, aber auch an die Faschisten, das Regierungsprogramm gemeinsam gegen die Lohnabhängigen durchzusetzen. So will Kohl die „Heimatliebe“ weiter stärken. „Im Wiederaufleben der Heimatkulturen äußern sich das Bedürfnis nach Überschaubarkeit und Vertrautheit.“ Das wird reaktionäre bis faschistische Kreise, die sich in diesen „Heimatverbänden“ tummeln, weiter ermutigen.

SPD: Weitgehende Duldung des Regierungsprogramms

Die Opposition der SPD blieb auffällig schwach. Zwar kündigte die SPD an, ein eigenes Arbeitszeitgesetz vorlegen zu wollen. Da sie aber kaum Kritik äußerte an den Plänen zur weiteren „Flexibilität“, wird das nicht viel nutzen. Gegenüber Kohls Forderung nach mehr „Subsidiarität“ und mehr „Transparenz“ äußerte die SPD keine Kritik. Vielmehr kann die Regierung bei der Volkszählung auf die Mitwirkung der

SPD-regierten Länder und Kommunen rechnen. Fast alle Redner von Regierung und SPD drohten den GRÜNEN und der Opposition links von diesen bei einem Boykott der Volkszählung mit Strafverfolgung. Den Regierungsgrundsatz der Subsidiarität übernahm SPD-Vogel gleich: Die SPD stehe im „Einklang mit der katholischen Soziallehre“, „mehr Selbsttun“, mehr „Selbstverantwortung des Einzelnen“ seien SPD-Grundsätze.

Auch bei vielen Einzelfragen trafen Sprecher der Regierungsparteien auf Unterstützung durch die SPD. Das bot Blüm die Gelegenheit, zu bekräftigen, daß die Renten auch künftig für viele Lohnabhängige unterhalb der Sozialhilfessätze liegen werden: „Es bleibt dabei, daß die Altersversicherung nicht die Aufgabe hat, das Existenzminimum abzusichern.“ Bei der Krankenversicherung kündigte Kohl eine „Generalüberholung“ an. Blüm ergänzte das um die Aufforderung an die SPD, sich mit der Regierung auf einen „Grundkern der Krankenversicherung (zu) verständigen, der solidarisch abge-

Bundesgerichtshof spricht Thälmann-Mörder frei

Der 3. Strafsenat des Karlsruher Bundesgerichtshofes hat dem Revisionsantrag des ehemaligen SS-Stabschefers Wolfgang Otto stattgegeben und das Urteil des Krefelder Landgerichts wegen Beihilfe an der Ermordung des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann aufgehoben. In seiner Begründung hat der Bundesgerichtshof die westdeutschen Rechtsverhältnisse wieder gerade gerückt, und die beamteten Helfer zukünftiger Staatsverbrechen können aufatmen. Es reiche nach Meinung des Gerichts nämlich nicht aus, von Ottos Funktion als Chef der Schreibstube des KZ Buchenwald, dem Ort der Ermordung Thälmanns, auszugehen, sondern die Gerichte müßten dem Otto die konkrete Tatbeteiligung nachweisen. Der Anwalt der Tochter Thälmanns, die den Prozeß gegen Otto nach mehr als 40 Jahren

erzwungen hatte, Heinrich Hannover, wertete diesen Revisionspruch als „vorprogrammierten Freispruch“ auf dem Hintergrund der in der BRD gängigen Rechtsprechung, „bei den NS-Massenverbrechen von einer Fülle von Einzeltätern und nicht von staatlich organisierten Massenverbrechen auszugehen“. – (rub)

Geheimplan und Drohungen gegen die Rentner

Nach Blüms „Geheimplan“ – so „Bild“ am 21.3. – sollen die Renten „weniger steigen als die Nettolöhne der Arbeitnehmer, im ungünstigsten Fall nur noch halb so schnell“. Die Bundesregierung soll Farbe bekennen zur „Rentenkrise“ – verlangt Bild und erkennt unterdrückte Geheimwünsche der Menschen für längeres Arbeiten: „... statt sie mit 65 – und oft schon vorzeitig – in den Ruhestand zu treiben“. Eine Woche später in der „Konzertierten Aktion“ im Gesundheitswesen:

Pharma-Konzerne, Kassenärzte und Apotheker machen die Rentner auch für den Kostenanstieg im Gesundheitswesen verantwortlich und fordern höhere Beiträge. Das Arbeitsministerium ließ prompt erklären, bereits zum 1. Juli steige der von der Rente direkt abgezogene Kassenbeitrag von bisher 5,2% auf dann 5,9%. Für eine weitere Erhöhung entsprechend dem allgemeinen Beitragsanstieg auf derzeit 12,47% (gesamt) sei nur der Zeitpunkt offen. – (haj)

Regierung stolz: Armut „am besten organisiert“

Der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Georg Gallus (FDP), hat einen Erfolg zu melden. Westdeutschlands Arme hätten von der „Winterhilfe“ der EG am meisten „profitiert“. 4490 Tonnen Butter, 201 Tonnen Rindfleisch, 5500 Tonnen Mehl und 350 Tonnen Apfel gelangten zur Verteilung an arme Leute. Viel Verteilung



Gleich nach der Bundestagsdebatte traf sich Kohl mit Thatcher zur Beratung über ein gemeinsames Vorgehen gegen die neuesten Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion.

deckt wird.“ Die Antwort der SPD-Sprecherin Anke Fuchs auf diese dreiste Ankündigung, den Krankenversicherungsschutz für arme Lohnabhängige anzugreifen, ist typisch für die ganze Debatte: „Wir brauchen eine Strukturreform ... Wir sind bereit, es mit ihnen zusammen zu machen.“

Bei der Debatte um die Montankrise verlangte Kohl von der SPD die Zustimmung zu seinem Energieprogramm als Vorbedingung für neue Kohlehilfen: „Die Kernenergie erlaubt uns wirtschaftlich die Verwirklichung des Jahrhundertvertrags mit seiner Kohleabnahmegarantie. Niemand kann erwarten, daß die revierfernen Bundesländer die Lasten der Verstromungsregelung weiter in vollem Umfang mittragen, wenn sie andererseits gehindert werden, die Kernenergie zur Senkung ihrer Stromkosten zu nutzen.“ Die SPD ist bereit, auch diesem Regie-

rungswunsch nachzugeben und die Gewerkschaften bei Kohle und Stahl ruhig zu halten. SPD-Sprecher Roth sagte: „Meine Damen und Herren, wenn Sie recht haben, daß diese Anpassungsprozesse jetzt anfallen – und manches davon ist natürlich richtig – dann müßten Sie nach meiner Überzeugung in besonderem Umfang eine aktive Industriepolitik zugunsten der benachteiligten Standorte, Regionen und Sektoren betreiben.“ Hilfe für Ruhr und Saar – das genügt der SPD, um den Eindruck aufrechtzuerhalten, sie sorge für „sozial Schwache“.

Große Koalition auch in der Außenpolitik

Die so von der SPD zugesicherte „Ruhe im Innern“ erlaubt der Bundesregierung, auch außenpolitisch stärker aufzutumpfen. Die Idee der Bundesregierung, Verteidigungsminister Wör-

ner zum nächsten NATO-Generalsekretär zu machen, zeigt das. Daß die SPD dieses Projekt mitträgt, kann man schon deshalb vermuten, weil sie seine Politik mit keinem Wort kritisierte, so daß Wörner nicht auftreten mußte. Offenbar will die SPD auch dem Rüstungsetat wieder zustimmen.

Auffällig war auch, wie Kohl in seiner Rede die „deutsch-französische Freundschaft“ betonte: „Die deutsch-französische Freundschaft war und bleibt die treibende Kraft im europäischen Einigungsprozeß. Ihre Intensität ist heute einmalig. Diese Partnerschaft umfaßt eine sehr weitgehende, gemeinsame Konzeption von europäischer Sicherheit ... Zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland gibt es heute eine Identität der Auffassungen und Interessen, die es ermöglichen sollte, erste Schritte auch zu einer operativ gemeinsamen Außenpolitik zu tun. Das schließt die Möglichkeiten eines engeren Zusammengehens in der Entwicklungspolitik ein. Wir werden die begonnene militärische Zusammenarbeit mit Frankreich fortsetzen.“

Möglichkeiten dafür gibt es genug. So hat am 25. März der ehemalige französische Verteidigungsminister Hernu vorgeschlagen, die BRD und Frankreich sollten gemeinsame Elite-truppen bilden. Im Herbst werden Einheiten der französischen „Schnellen Eingreiftruppe“ FAR in der BRD an großen Manövern mitwirken. Das erhöht das militärische Gewicht der BRD weiter und eröffnet ihr mehr Möglichkeiten, auch bei französischen Einsätzen in Afrika und im Nahen Osten ihre Interessen zur Geltung zu bringen.

Die SPD unterstützt diesen Kurs. Ihr Sprecher Ehmke wartete mit einer ganzen Reihe von Angeboten an die Regierung auf. So will die SPD ihre

wegen viel Armut also? Keineswegs. Gallus: „Das reichste Land hat am meisten profitiert, weil es am besten organisiert war.“ Die Armut kann also weiter zunehmen. Bei dieser Regierung ist nämlich alles „am besten organisiert.“ – (rül)

Westliche Banken: Umschuldung mit Südafrika

Die südafrikanische Regierung hat mit ihren 34 größten westlichen Gläubigerbanken ein längerfristiges Umschuldungsabkommen getroffen, wonach die Banken einen weitgehenden Zahlungsaufschub bis 1990 gewähren, danach ratenweise Abzahlung der bislang 23 Mrd. Dollar Auslandsschulden, außerdem werden einige kurzfristige Kredite in langfristige umgewandelt. Die britischen, westdeutschen, us-amerikanischen, französischen, schweizerischen und japanischen Banken waren noch im letzten Jahr nicht bereit, Südafrika solche günstigen Bedingungen

zu gewähren, sie verlangten schnellere Abzahlung der Schulden. Bekannt ist, daß die südafrikanische Regierung im vergangenen Jahr außerhalb der Umschuldungsverhandlungen mehrere Goldtransfers durchgeführt hat, d.h. die Reichtümer Azanias als Pfand im Ausland hinterlegt hat. In diesem Jahr haben die Banken praktisch dem Vorschlag der südafrikanischen Regierung zugestimmt und ihr damit das Vertrauen ausgesprochen. Solange die Regierung mit Kriegerrecht und Bürgerkrieg die Herrschaft aufrecht erhalten kann, hat sie die Unterstützung der Banken. – (uld)

Paramilitärische Ausbildung mittels Kulturabkommen

Die „Deutsche Schule Johannesburg“, eine Privatschule, deren Haushalt die Bundesregierung im Rahmen des Kulturabkommens mit Südafrika zu 60% finanziert, ist jetzt voll in das Schulwesen des Apartheidstaates eingegliedert.

Mit der Annahme von bisher 600000 Rand, die das Regime freizügig stiftete, hat die Schule die herrschenden Richtlinien für den Unterricht förmlich anerkannt. Diese sehen u.a. von der achten Klasse an zwei Wochenstunden für paramilitärische Ausbildung – „Kadettenausbildung/körperliche Aktivitäten“ – sowie eine Wochenstunde für ideologische Aufrüstung – „moralische Bereitschaft“ – vor. Viele der Schüler haben, obwohl sie nicht aus der BRD stammen, als sog. „Deutschstämmige“ einen bundesdeutschen Paß. Spätestens wenn sie fünfzehneinhalb Jahre sind, erhalten sie auch die südafrikanische Staatsbürgerschaft, d.h. werden wehrpflichtig und in der südafrikanischen Armee gegen den Befreiungskampf und die Nachbarstaaten Südafrikas eingesetzt. So kämpfen nicht nur Leute mit bundesdeutschem Paß für das Rassistenregime – die BRD zahlt auch noch ihre paramilitärische Vorbereitung! – (scc)



Zimmermann wird vereidigt. Am 19.3. kündigte Zimmermann dann im Bundestag an: „Dringlich ist eine Neuordnung des Ausländerrechts.“

Kritik an der Raketenstationierung beenden. Ehmke: „Die Redlichkeit gebietet festzustellen, daß die neue Entwicklung in der Sowjetunion nicht nur die widerlegt hat, die eine Null-Lösung für ausgeschlossen hielten, sondern daß diese Entwicklung auch unsere Befürchtungen widerlegt hat, daß mit einer Stationierung der Raketen ... die Chance für eine Lösung überhaupt verspielt werden könnte.“ Die „Politik der Stärke“ gegenüber der Sowjetunion wird also von der SPD wieder mitgetragen, sie kehrt offen zur Politik Helmut Schmidts zurück.

Auf dieser Basis schlug Ehmke der Regierung einen außenpolitischen Pakt vor, eine gemeinsame „europäische Initiative ... mit einem überparteilichen Ansatz, ... (um) Europa auf möglichst breiter Basis voranzubringen.“ Er erläuterte: „Vorstellungen über die erweiterte Zusammenarbeit (der BRD und Frankreichs, d. Red.)

bei unseren konventionellen Streitkräften müssen in die Tat umgesetzt werden ... Daraus sind ... praktische Folgerungen für eine Beteiligung der französischen Armee, einschließlich der Reserven, zu ziehen: für gemeinsame Logistik ... und für gemeinsame Ausbildung unserer Truppen ... Bei Respektierung der weiterhin unabhängigen französischen Atomstreitmacht sollte das auch für die Abstimmung der Einsatzplanung französischer Atomraketen gelten ... Auf der Tagesordnung muß auch der gemeinsame westeuropäische Aufklärungssatellit bleiben ... Für eine europäische Abstimmung in sicherheitspolitischen Fragen muß die EPZ erweitert und die WEU mit neuem Leben erfüllt werden.“

Mit dieser militärischen Zusammenarbeit soll der Druck auf die osteuropäischen Länder verstärkt werden. Der Regierung schwebt vor, unter Berufung auf Gorbatschows Bild vom „gemein-

samen europäischen Haus“ im Rahmen der KSZE-Verhandlungen ein „europäisches“ Beschwerdeorgan zu schaffen, das bei Beschwerden aus Osteuropa den westeuropäischen Imperialisten erlaubt, als „Schiedsrichter“ osteuropäische Staaten wegen „Verletzung der Menschenrechte“ zu verurteilen. Das würde den Vertriebenenverbänden neue Wirkungsmöglichkeiten erschließen. Ehmke: „Wir sind, Herr Dregger, für die Einrichtung unabhängiger Gremien, die als Berufungsinstanz in Fragen von Religions- und Meinungsfreiheit, von Minderheits- und Gewerkschaftsrechten in Anspruch genommen werden können.“

Daß damit vor allem der Druck auf die DDR verstärkt wird, war allen Rednern klar. Kohl unterstrich: „Uns leitet der Verfassungsauftrag, in einem vereinten Europa in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Wir halten fest an der Präambel unseres Grundgesetzes.“ Vogel ergänzte, die Präambel des Grundgesetzes werde von „niemand von uns in Frage (ge)stellt.“

Dieses Angebot der SPD wurde von Genscher begrüßt. „Der Kollege Ehmke hat hier eine Reihe von Gedanken entwickelt, die uns einander näherbringen und auf die wir eingehen werden“, frohlockte er. Die Regierung werde mit der SPD beraten, „wenn wir uns daran machen, in der Westeuropäischen Union jene europäische Sicherheitscharta zu erarbeiten, die der französische Ministerpräsident vorgeschlagen hat, nämlich die Definition europäischer Interessen in der Sicherheitspolitik.“ Das wäre dann ein wesentlich von der BRD bestimmtes WEU-Kriegszielprogramm gegen die DDR und die Staaten Osteuropas.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokolle vom 18. bis 20. März – (jöd, rül)

BRD-Auslandsvermögen seit 1976 verdreifacht

Die westdeutschen Kapitalisten haben in den Jahren 1976 bis 1985 ihren Besitz an ausländischen Fabriken fast verdreifacht. Das meldet die Bundesbank in ihrem Monatsbericht März. Der Umfang westdeutscher Unternehmensbeteiligungen (Beteiligung am Grundkapital) im Ausland stieg danach von 43,5 Mrd. DM (1976) auf 131,1 Mrd. DM (1985). Erneut konnten die großen Monopole ihren Auslandsbesitz überdurchschnittlich erhöhen. Die Zahl der Unternehmen, die 50% des BRD-Auslandsvermögens auf sich vereinigen, sank von 31 (1976) auf 27 (1985). Die chemische Industrie und die Elektroindustrie expandierten am stärksten. Regional besitzen westdeutsche Kapitalisten je ca. 45 Mrd. DM in den EG-Staaten und in den USA, den beiden Hauptanlagegebieten für westdeutsches Kapital. Ein Viertel des neu-

en Auslandsvermögens, so die Bundesbank, „ist in ausländischen Beteiligungsgesellschaften gebildet worden“. Die Profite, die im gleichen Zeitraum aus diesen ausländischen Fabriken in die BRD transferiert wurden, gibt die Bundesbank nicht an. Erstmals übertrafen Ende 1985 westdeutsche industrielle Anlagen in den USA die US-Anlagen in der BRD. – (rül)

BDA-Angriff auf Lohnfortzahlung

Die Kapitalistenvereinigung BDA will bei der geplanten „Strukturreform der Krankenversicherung“ die Lohnfortzahlungspflicht der Kapitalisten im Krankheitsfall beseitigt haben. Das kündigte der Leiter der Abteilung Soziale Sicherheit bei der BDA, Schnabel, am 18. März an. Die Lohnfortzahlung solle künftig „versicherungsrechtlich“ erfolgen, d.h. über die Krankenversicherungen. Auf diese Weise ließen sich „Mißbräuche“ bei der Inanspruch-

nahme der Lohnfortzahlung leichter überprüfen. Die Kosten der Lohnfortzahlung wollten die Unternehmen über eine Umlage tragen, an eine Kostenüberwälzung auf die Versicherungen sei nicht gedacht, behauptet die BDA. Die Kapitalisten wollen die Krankenkassen für Spitzeldienste gegen angebliche „Simulanten“ einspannen und, wenn erst die jetzt angebotene „Umlage“ wieder fällt, den Lohnabhängigen auch noch die Kosten der Lohnfortzahlung aufhalsen. – (rül)

BDA will Kündigungsschutz weiter „lockern“

Mehr „Flexibilität des Kündigungsschutzes“ und eine Ausweitung der Möglichkeiten für „betriebsbedingte Kündigungen“ hat Arbeitgeberpräsident Murmann gefordert. Außerdem wünschte er „Erleichterungen im Sozialplanrecht.“ („Bild“, 26.3.) Am nächsten Tag folgte aus dem Arbeitsministerium nach Blümscher Art die Reak-

AIDS

**Sonderkonferenz legt
Zwangsmaßnahmen fest**

Vergangene Woche hat die „Sonderkonferenz AIDS“ der Gesundheitsminister von Bund und Ländern getagt. Der bayerische Innenminister Hillermeier (CSU) forderte erneut, Ansteckungsverdächtige gegebenenfalls von der Polizei zur Durchführung von AIDS-Tests vorführen zu lassen; über infizierte männliche und weibliche Prostituierte ein Tätigkeitsverbot zu verhängen; alle Ausländer aus Nicht-EG-Staaten einem AIDS-Test zu unterwerfen, wenn sie die Aufenthaltsgenehmigung beantragen oder verlängern wollen; infizierten Ausländern den Aufenthalt zu verweigern; Strafgefangene und Untersuchungshäftlinge vor und nach der Haft auf AIDS zu testen; die Einstellungsuntersuchungen im öffentlichen Dienst auf AIDS zu erweitern.

Die konkreten von Bayern geforderten Maßnahmen fanden auf der Konferenz (noch) keine Mehrheit, deshalb besteht die Gefahr, daß die Beschlüsse dieser Konferenz als gemäßigt empfunden werden. Als Konferenzergebnis wird verbreitet, die Gesundheitsminister wollten auf Beratung und Aufklärung setzen, nicht auf Zwangsmaßnahmen. AIDS-Kranke sollten in Schule, Ausbildung und Beruf nicht ausgegrenzt werden. Doch der Zweck des angeblichen Verzichts auf Zwangsmaßnahmen läßt schon aufhorchen! Ohne Zwangsmaßnahmen könne man besser verlässliche Daten gewinnen, begründete Bundesgesundheitsministerin Süßmuth. Daten wofür? Und kaum mißzuverstehen ist die Drohung, Zwangsmaßnahmen in Einzelfällen anzuwenden, wenn der Verdacht bestehe, daß

AIDS-Kranke bewußt und absichtlich andere Menschen anstecken würden. Für derartige Zwangsmaßnahmen seien Bundesseuchengesetz, Strafrecht und Unterbringungsgesetze geeignete gesetzliche Grundlagen, die gegebenenfalls punktuell präzisiert werden müßten. Vor diesem Hintergrund gewinnen die umfangreichen „Aufklärungsmaßnahmen“ einen Sinn. Niemand, der sich infiziert, soll behaupten können, er habe nichts gewußt. Wer sich infiziert, ist selber schuld, und wer andere infiziert, ist ein Volksschädling, hat den Anspruch auf gesundheitliche Versorgung, Pflege und Heilung verwirkt, ist den entsprechenden Sondergesetzen zu unterstellen.

Ein Anspruch auf Heilung wird von den Gesundheitsministern als Paradoxie verhandelt, weil AIDS nicht heilbar sei. Nicht zufällig ist in regierungsamtlichen Stellungnahmen stets von „Sorge“ für oder „Betreuung“ von AIDS-Kranken die Rede, nie von medizinischer Versorgung und optimaler Pflege dieser schwerkranken Patienten. Solange Wissenschaftler keinen Impfstoff entwickelt haben, sollen sie sich letztendlich mit pfäffischem Geschwätz zufriedengeben. Wenn auch Vorsicht beim Vergleich von AIDS mit anderen Infektionskrankheiten geboten ist, sei doch erwähnt: Als 1882 das Tuberkelbakterium entdeckt wurde, starben in England und Wales 2000 Menschen pro 1 Mio. Einwohner an Tuberkulose. Bevor zum Ende des II. Weltkrieges die Chemotherapie angewandt werden konnte und Anfang der 50er Jahre die BCG-Impfung eingeführt wurde, war die Sterberate bereits auf 500 Menschen pro 1 Mio. Einwohner gesenkt. So wurde der wesentliche Beitrag zur Ausrottung der Tuberkulose von der Arbeiterbewegung erbracht, im Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedin-

gungen und damit einhergehender Verbesserung der Hygiene.

Mit den erheblichen Summen, die jetzt in die medizinische Forschung gesteckt werden, wird nur mühsam kaschiert, daß Fortschritte bei der Heilung von AIDS-Kranken durch mangelnde personelle und sachliche Ausstattung der Krankenhäuser erschwert, wenn nicht verhindert werden. Nicht das Warten auf den Impfstoff, sondern der Einsatz für das Leben eines jeden AIDS-Kranken wird schließlich die Heilung von dieser Krankheit ermöglichen. Nicht das Unterbrechen der Infektionskette (durch eheliche Treue), sondern Arbeits- und Lebensbedingungen, die hemmen oder verhindern, daß die Krankheit bei einem AIDS-Infizierten manifest wird, wird die Ausbreitung der Krankheit verhindern können. Weil die Reaktion diese Bedingungen niemals freiwillig erfüllen wird, reagiert sie auf eine Krankheit wie AIDS nur mit wachsender Unterdrückung. Erfolge gegen AIDS sind nur im Kampf gegen die Regierungspolitik möglich.

– (kar)

BRD–Südamerika

**Weizsäcker auf Inspektions-
reise bei den Schuldern**

Von Mitte bis Ende März besuchte v. Weizsäcker Brasilien, Argentinien, Bolivien und Guatemala, Länder, in denen erst vor wenigen Jahren die Militärdiktaturen beseitigt worden waren. In seiner Begleitung befand sich auch der neue Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Klein. Die westdeutsche Presse versuchte, der Visite v. Weizsäckers einen mildtätigen Schein zu verleihen. In Argentinien hätte er

tion: Wolfgang Vogt, Staatssekretär bei Blüm und Vorstandsmitglied der CDA, ließ in „Bild“ verlauten: „Am Kündigungsschutz für Arbeitnehmer wird nicht gerüttelt. Die Arbeitgeber sollen sich lieber Gedanken über Neueinstellungen als über Kündigungen machen. Das Arbeitsrecht kann flexibler gestaltet werden, aber im sozialen Konsens und nicht im Gegeneinander auf Kosten der Arbeitnehmer.“ Bekanntlich hat die Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode das „Beschäftigungsförderungsgesetz“ in Kraft gesetzt und damit den Kapitalisten bislang unerhörte Möglichkeiten verschafft, befristete Verträge abzuschließen. Da war von „sozialem Konsens“ nicht die Rede, und der Forderung der Gewerkschaften, das Gesetz aufzuheben, ist die Regierung bis heute nicht nachgekommen. Was bleibt also von dem Dementi? Die Ankündigung, das Arbeitsrecht noch „flexibler“ gestalten zu wollen als bisher schon! – (rül)



Die Bundesregierung verweigert der DDR hartnäckig die diplomatische Anerkennung. Trotzdem hatte sie im Gefolge der KSZE-Vereinbarungen in der vergangenen Woche erstmals die Möglichkeit, zwei westdeutsche Offiziere zur „Manöverbeobachtung“ in die DDR zu schicken. BRD-Oberstleutnant Kahmann meinte dreist: „Wir freuen uns, daß wir ein bißchen zur Normalisierung zwischen Ost und West beitragen können.“ Um die Absicht der BRD, die DDR zu annektieren und zu vernichten, normal zu finden, muß man wohl BRD-Offizier sein. – (rül)

sich gar zum Fürsprecher der von früheren Militärdiktaturen Verfolgten gemacht, in Bolivien viel Verständnis für die wirtschaftlichen Probleme der Indios gezeigt und in Guatemala die Politik der „Großmächte“ in Mittelamerika kritisiert.

Demgegenüber stehen aber nicht zu übersehende Proteste gegen v. Weizsäcker, gegen die Rolle der BRD, die sie bei der Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Klassen spielt. In Argentinien protestierten linke und grün-alternative Organisationen gegen den argentinisch-westdeutschen Atomvertrag, der neben der Umweltgefährdung vor allem die Verschuldung Argentiniens bei den BRD-Banken und -Konzernen gesteigert hat und den BRD-Monopolen in Argentinien billigen Strom bringt. In Bolivien demonstrierten Tausende von Minenarbeitern bei der Ankunft v. Weizsäckers, und Gewerkschafter führten Hungerstreiks durch. Sie protestierten gegen die Beteiligung der BRD an der Schließung von bolivianischen Zinnminen, die durch ein IWF-Diktat unter Beteiligung der BRD erzwungen worden war, nachdem die Imperialisten systematisch den Zinnpreis gedrückt und das Zinnkartell zerstört hatten. V. Weizsäcker war dabei, als die Polizei Hunderte von Arbeitern zusammenschlug.

In Argentinien betrieb v. Weizsäcker unter den sog. Auslandsdeutschen – 200000 besitzen den Paß der BRD und weitere 800000 sollen „deutschstämmig“ sein – Propaganda für die „Einheit Deutschlands“. Faschistische Gruppen fühlten sich zu Provokationen ermuntert, so daß nach dem Besuch der argentinische Präsident Alfonsín ausdrücklich die Zunahme faschistischer Umtriebe unter den Deutschen verurteilte. In Bolivien traf v. Weizsäcker sogar den ehemaligen Diktator Banzer.

Finanzielle „Unterstützung“ sagte v. Weizsäcker Argentinien und Bolivien zu: Erhöhung der Kredite auf argentinische Importe aus der BRD in Höhe von einer halben Milliarde DM und in Bolivien Kredite von fast 100 Mio. DM, davon ein Drittel für die Blei-Silber-Hütte Karachipampa, die vom Klöckner-Konzern gebaut wurde und sich als nicht rentabel für Bolivien herausstellte und nach Fertigstellung kaum in Betrieb war. Dieses Projekt verschuldete Bolivien mit über 327 Mio. DM.

In v. Weizsäckers Troß befanden sich hohe Militärs. Vereinbarungen über polizeiliche und militärische Zusammenarbeit wurden in Bolivien (zur Drogenbekämpfung) und in Argentinien geschlossen. In Guatemala stand der Ausbau der bewährten Zusammenarbeit in der „Terrorismusbekämpfung“ auf dem Programm. Quellenhinweis: taz, 24.03.; Die Welt, NZZ, 18.03.-26.03. – (sie)

Stahlindustrie

Lohnsenkung und „Stahl-Stiftung“: Der Entlassungsdruck soll wirken

Kaum waren die Bundestagswahlen vorbei, da ließen die westdeutschen Stahlmonopole neue Rationalisierungspläne heraus. 25000 Stahlarbeiter müßten in den nächsten Jahren abgebaut werden, so Ruprecht Vondran, Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und MdB der CDU. Der DGB geht von noch höheren Zahlen aus. Fest steht z.B.: Allein Thyssen will 2900 von 4700 Beschäftigten in Hattingen wegrationalisieren, 3000 von 6000 in Oberhausen und bis zu 800 Verwaltungs-Angestellte in Duisburg. Thyssen-Welt weist für das Geschäftsjahr 1985/86 einen Bilanzgewinn von 760,1 Mio. DM vor Steuern aus, die Stahl AG allein 288,1 Mio. DM.

„Wir werden diese Industrien nicht am Leben halten können, weil sie nicht mehr lebensfähig sind,“ so zitierte die Springer-Zeitung „Welt“ Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) zur Montanindustrie. Die heftige Kritik gerade auch der Kapitalisten und der

tion in der EG ist jedoch deutlich zurückgegangen: Im Stahlboomjahr 1987 betrug sie 155 Mio. t, 1985 lag sie mit 121 Mio. t um 20% niedriger. Der Stahlverbrauch in der EG betrug 1984 nur noch 86,6 Mio. t gegenüber 103,8 Mio. t 1974, zunehmend wird Stahl durch andere Werkstoffe ersetzt. In großem Umfang haben die EG-Monopole Kapital in Billiglohnländer exportiert, um dort die Produktion von Massenstahl abzuwickeln.

Was die Kapitalisten und die Politiker der Regierungskoalition an Bangemanns Äußerungen denn auch vor allem störte, war anderes. Bangemann sprach sich nämlich lauthals gegen weitere Subventionen für die westdeutsche Stahlindustrie aus. Wie aber sollen die Subventionen in anderen EG-Ländern angeprangert werden, wie die IG Metall und die Stahlbelegschaften als Manövriermasse gegen die Stahlindustrie anderer EG-Länder benutzt werden, wenn die eigenen Subventionen an die große Glocke gehängt werden?



Thyssen-Arbeiter belagern die Aktionärsversammlung in Duisburg am 27.3. Die Wut der Stahlarbeiter ist groß: In Hattingen würde die Arbeitslosenquote auf 28% steigen, wenn sich Thyssen durchsetzt. Am 18.3. demonstrierten in Hattingen und Oberhausen insgesamt 60000.

CDU/CSU sowie Bangemanns Dementi können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich das bürgerliche Lager über die Notwendigkeit von Kapazitätsabbau einig ist. Thyssen-Chef Spethmann will seit längerem eine Beschränkung der westdeutschen Stahlproduktion auf rund 35 Mio. t Rohstahl/Jahr, 2,1 Mio. t weniger als 1986. Und auch SPD-Wirtschaftsexperte Roth bestätigte im Bundestag die Notwendigkeit von „Anpassungsmaßnahmen“.

Ohne Zweifel hat die Krise in der Stahlindustrie auch strukturelle Gründe. Weltweit schwankt die Stahlproduktion zwar seit 15 Jahren zwischen 650 Mio. und 700 Mio. t. Die Produk-

Allein die direkten Subventionen machten nach Angaben der Bundesregierung von 1980 bis 1985 über fünf Mrd. DM aus.

Zudem wollen sowohl die Kapitalisten als auch die Bundesregierung in punkto Montanindustrie offensichtlich alles vermeiden, was den Anschein offener Konfrontation mit den Gewerkschaften erweckt. Die Bundesregierung will die Montanmitbestimmung verlängern, um die Gewerkschaften einzubinden. Der Kohlepfennig soll erhöht werden. Für den 31.2.1987 hat Bundeskanzler Kohl (CDU) Kapitalisten, IG Metall und Betriebsräte zu einem Gespräch ins Kanzleramt geladen. Geplant sind die Verlängerung des

„Stahlstiftungen“ machen Schule

Die nordrhein-westfälischen Stahlkonzerne haben sich entschlossen, eine Stahlstiftung-Ruhr nach dem Vorbild der Stahlstiftung-Saar zu installieren, um ihre neuen Rationalisierungspläne und die damit verbundenen Massenentlassungen durchzusetzen. Das Konzept dafür steht bereits. In Kürze wollen sie mit der Landesregierung und der IG Metall darüber in Verhandlungen treten. Ähnliche Pläne hat der Vorstand der Oberpfälzer Maxhütte. Er führt bereits Gespräche mit der bayrischen Landesregierung. Die IG Metall hat sich bisher zu diesen Plänen noch nicht offiziell verhalten. Die Stahlkapitalisten verbreiten aber über die Presse das Gerücht, daß die IG Metall grundsätzlich wie im Saarland bereit sei, die Stahlstiftungen mitzutragen, dies jedoch aus taktischen Gründen nicht veröffentlicht, um ihre Verhandlungsposition nicht von vornherein zu schwächen.

Die Stahlstiftung-Saar hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen. Sie löst die bestehende „Beschäftigungsgesellschaft“ ab, in die bisher bei Saarstahl Völklingen (ehemals Arbed Saarstahl) entlassene Arbeiter und Angestellte eingegliedert wurden. Rund 1100 Entlassene sind bereits formell bei der Stahlstiftung eingestellt worden. Insgesamt soll die Zahl 1987 auf 2000 erhöht werden. Der Arbeitsdirektor schließt jedoch weitere Entlassungen und damit weitere Zuweisungen an die Stiftung nicht aus. Diese entscheidet, wem von den unter 55-Jährigen sie eine Umschulung oder berufliche Förderung anbietet, wen sie an andere Kapitalisten zu vermitteln versucht und wen sie schließlich

in irgendwelche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen steckt. Dazu gehören arbeitsdienstähnliche Veranstaltungen, wie das Aufräumen verlassener Industriegrundstücke. Alle diese Maßnahmen dauern im Höchstfall zwei Jahre. Eine anschließende Übergangsmegarantie bei Saarstahl Völklingen oder einem anderen Betrieb gibt die Stahlstiftung im Gegensatz zur „Beschäftigungsgesellschaft“ nicht.

Während der Zeit der Anstellung durch die Stahlstiftung erhalten die Arbeiter und Angestellten Arbeitslosengeld, also ledig 63% des letzten Nettolohnes oder verheiratet 68%, bzw. bei Umschulung 73%. Darauf zahlt Saarstahl Völklingen Zuschüsse, so daß bis zu 90% des letzten Nettolohnes erreicht werden können. Gegenüber den bisher geltenden Verträgen ist dies eine deutliche Verschlechterung, denn die Kapitalisten mußten das Arbeitslosengeld bzw. Unterhaltsgeld auf bis zu 95% des letzten Nettolohnes aufstocken. Bei der Berechnung des Nettolohnes werden Überstunden und Lohnzuschläge, wie z.B. der Nachtarbeitszuschlag nicht berücksichtigt. Hinzu kommt, daß Einkommen von Ehegatten den Zuschuß von Saarstahl Völklingen schmälern. Die Lohneinbußen der unter der Fuchtel der Stahlstiftung stehenden Arbeiter und Angestellten sind also erheblich.

Für die Saarstahl-Kapitalisten liegen die Vorteile der Stahlstiftung auf der Hand. Die Kosten sind gegenüber den sonst bei Entlassungen vorgeschriebenen Sozialplänen erheblich gesenkt. Die Unterhaltszahlungen für die Arbeiter und Angestellten und die Kosten für Umschulungen, Weiterbildungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden aus der Arbeitslosenversicherung gezahlt. Übliche Sozial-



Stahlarbeiter beim Abstich am Hochofen

plankosten fallen bei den über 55 Jahre alten Arbeitern und Angestellten an, weil diese in Frührente geschickt werden. Allerdings nicht für Saarstahl Völklingen. Die Europäische Gemeinschaft muß nach dem Montanunionvertrag die Hälfte übernehmen, wenn die Bundesregierung die andere Hälfte übernimmt, was diese zugesichert hat. Die Kapitalisten zahlen wiederum nur den Zuschuß zum Arbeitslosengeld.

Als besondere Glanztat rechnen sich die Urheber der Stahlstiftung-Saar an, daß, obwohl erhebliche öffentliche und Versicherungsgelder fließen, diese Subventionierung der Rationalisierungskosten nicht gegen den EG-Subventionskodex verstößt. Quellenhinweis: „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ 7.3.87 u. 13.3.87; „Handelsblatt“, 9.10.85; Pressemitteilung der Landesregierung Saar, Dezember 1985

Kurzarbeitergeldes auf 36 Monate, Umschulungsbeihilfen für Stahlarbeiter und die Verlängerung des Stahlstandortsonderprogramms. Es paßt dazu, daß das „Handelsblatt“ unlängst Ruhrbischof Hengsbach würdigte, weil er nicht müde wird, zur „Notgemeinschaft“ für das Ruhrgebiet aufzurufen.

Mit dieser Politik wollen sich die Kapitalisten und die Bundesregierung nicht nur die Zustimmung zu den Rationalisierungsplänen erkaufen. Es geht auch um die weitere Aushöhlung der Stahltarifverträge zwecks Lohnsenkung und Flexibilisierung.

In seinem im Februar erschienenen Jahresbericht 1985/1986 hat der Arbeitgeberverband Eisen- und Stahl deutlicher als je zuvor die „Abkoppelung“ der Tarifpolitik der Stahlindustrie von der Metallindustrie gefordert und eine „sehr viel langsamere“ Lohnentwicklung. Seit 1980 haben die Stahlkapitalisten in der Stahlindustrie stets

schlechtere Abschlüsse durchgesetzt, als bei Metall. Die Laufzeiten sind inzwischen anders, als in der Metallindustrie, innerhalb der Stahlindustrie hat vor allem das Saarland gegenüber NRW noch einmal schlechtere Abschlüsse hinnehmen müssen. Was die Stahlkapitalisten stört ist die Tatsache, daß die IG Metall in den letzten Jahren stets Vereinbarungen durchsetzen konnte, bei denen der Ecklohn der Metallindustrie immerhin in Stufenplänen wieder erreicht wurde.

Inzwischen haben sich die Stahlkapitalisten auf einen weiteren Plan zum Angriff auf die Beschäftigten geeinigt. Da die Rationalisierungsmaßnahmen nicht mehr wie bisher durch Frühverrentung der Stahlarbeiter über 55 Jahre mit Hilfe von Sozialplänen abgewickelt werden können, wollen sie nach saarländischem Vorbild eine Stahlstiftung gründen. Sie soll zu entlassende Stahlarbeiter übernehmen und auf Kosten

des Arbeitsamtes umschulen oder bis zur vorzeitigen Verrrentung in Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen beschäftigen.

Wird dieses Konzept im Ruhrgebiet umgesetzt, so wäre dies ein Modell für die Außerkraftsetzung von tarif- und arbeitsrechtlichen Regelungen in großem Stil. Weder Umschüler noch ABM-Beschäftigte haben Tarif-, Vertretungs- oder arbeitsvertragliche Rechte. Über allem hätten die an der Stiftung beteiligten Stahlkapitalisten nach wie vor ihre Fuchtel.

In den Gewerkschaften, insbesondere bei vielen Betriebsräten, stößt der Plan zu der Stiftung auf Ablehnung. Trotzdem ist Schlimmes zu befürchten. Die saarländische SPD-Regierung trägt die dortige Stiftung mit.

Quellenhinweise: Stat. Jahrbuch der Eisen- und Stahlindustrie 1986; „Handelsblatt“ 26.2.; „Die Welt“, 23.3.; „WAZ“ versch. Ausg. - (wof,roh)

750-Jahr-Feier

Die DDR sollte keine voreiligen Zugeständnisse an den Westen machen

Zukunftsperspektiven

„Eberhard Diepgen prescht nach vorn, weil er fürchtet, dieses Westberlin könnte eines Tages in der Konkurrenz mit Ostberlin, der de-facto-Hauptstadt der DDR, im Brackwasser der Geschichte versinken.“ Ein blühendes, international beachtetes Ostberlin im Jahre 2037, dem 800. Jubiläumsjahr, und ein dahinsiechendes Westberlin, in dem Prostitution, Verbrechen und Drogenprobleme vorherrschend sind. So wurde den Zuschauern der „Brennpunkte“-Sendung vom 18.3. die Zukunft dieser Stadt vorgeführt. Auch wenn dieses Bild stark überzeichnet war, Senat und Bundesregierung beunruhigt die Entwicklung der zunehmenden Anerkennung Ostberlins, insbesondere im Jubiläumsjahr. Nicht mehr zu leugnen ist die Tatsache, daß Ostberlin von vielen Staaten als Hauptstadt der DDR anerkannt ist, daß selbst die Westalliierten dort Botschaften haben. Daß dies Ausdruck der relativ hohen politischen und wirtschaftlichen Stabilität der DDR ist, wird in diesem Zusammenhang von westlicher Seite nicht gern erwähnt.

Die Einladungen

Obwohl die Einladung Honeckers an Diepgen schon sechs Monate besteht, konnte sich Diepgen noch nicht entscheiden. Auch die Einladung des Ostberliner Oberbürgermeisters Krack hat er noch nicht angenommen. Stattdessen hat er bekanntermaßen in Absprache mit den drei Westalliierten und der Bundesregierung seinerseits eine Einladung an Honecker als Präsidenten des Komitees zur 750-Jahr-Feier ausgesprochen, nicht jedoch an den Ostberliner Oberbürgermeister. Denn, so Dr. Legien (CDU): „Unsere Berliner Verfassung erhebt einen Geltungsanspruch für ganz Berlin. Von einem Ost-Berliner Oberbürgermeister ist in ihr nichts zu finden.“ (Berliner Morgenpost v. 10.3.87) Ziemlich offen wird in der Öffentlichkeit mittlerweile verhandelt, daß etwas bei diesem Besuch herauspringen soll. Während es am Anfang noch so aussah, als wolle man nur etwas mehr Menschlichkeit einfordern, z.B. Aufhebung des Schießbefehls, verbesserten Besucherverkehr, so wurden die für die westdeutschen Kapitalisten interessanten Forderungen im Lauf der Zeit immer deutlicher und massiver: Fortschritte in Fragen des Umweltschutzes, Zusammenarbeit bei der Energieversorgung, Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen BRD und Westberlin und Gebietsaustausch. Die entscheidende Forderung, die Se-

nat und Bundesregierung jedoch stellen, ist die Anerkennung der Bindungen zwischen der BRD und Westberlin, z.B. in Form der Direktwahl der Abgeordneten für Bundestag und Europaparlament. Ein Entgegenkommen auf diese Forderungen würde man z.B. dem Besuch Honeckers und einem Treffen mit Weizsäcker und Kohl, dem Hauptredner im ICC, beimessen wie auch einem Eingehen der DDR auf die Forderungen Diepgens, beim Staatsakt in Ostberlin neben einem Ministerpräsidenten aus der BRD zu sitzen, d.h. Westberlin als elftes Bundesland anzuerkennen.

Statusfragen

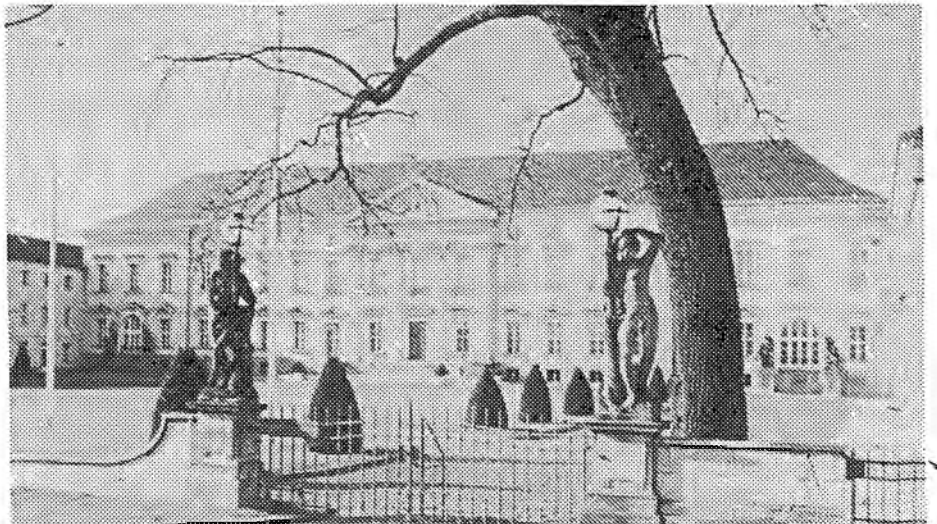
„Die Vier Regierungen stimmen darin überein, daß ungeachtet der Unterschiede in den Rechtsauffassungen die Lage, die sich in diesem Gebiet entwik-

werden.“

Der Streit, der zwischen Besuchsbegehrworten und -gegnern geführt wird, gilt der Frage, ob solche Besuche eine Aufwertung Ostberlins als Hauptstadt der DDR bewirken und damit den Status verletzen. Oder, wie Diepgen und der CDU-Generalsekretär Landowsky sagen, eine Statusverletzung nicht möglich sei, weil für Statusfragen ausschließlich die Alliierten zuständig sind.

Interessen

Schrecklich aufgeregt hat sich die „FAZ“ zum Beispiel über Politiker wie Strauß und Späth, die anlässlich der Leipziger Messe bei Honecker Schlange gestanden seien und ihm Geschenke in Form von Aufträgen, Krediten usw. mitbrächten, an denen in erster Linie nur die DDR verdienen würde. Daß dies nicht ganz richtig sein kann, konnte man jedoch ebenfalls den bürgerlichen Wirtschaftsteilen entnehmen, die sich darüber ausließen, daß die DDR das einzige Land des Comecon sei, das noch nicht auf bestimmte For-



Schloß Bellevue, sogenannter Berliner Amtssitz des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

kelt hat und wie sie in diesem Abkommen sowie in den anderen in diesem Abkommen genannten Vereinbarungen definiert ist, nicht einseitig verändert wird.“ Aus dieser und der im folgenden zitierten Festlegung des Viermächteabkommens von 1971 zieht der Westen seine Legitimation, Westberlin als Teil der BRD und der EG zu behandeln: „Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika erklären, daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert

men der Kooperation mit dem Westen eingehen mußte. Überall sonst würden deutsche Investitionen mit offenen Armen empfangen, nur nicht in der DDR. Auch daß die DDR nach wie vor ihre Einfuhr im wesentlichen als Tauschgeschäft abwickelt, ist ihnen nicht lieb, ist es doch ein Zeichen der Stärke und verhindert die Devisenabhängigkeit.

Es wäre zu wünschen, daß die DDR ihre relativ starke Position nutzt und ihrerseits Forderungen stellt, z.B. die nach Schließung der Erfassungsstelle Salzgitter, Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft oder der Anerkennung ihrer Grenzen. Es ist jedoch zu befürchten, daß sie – ihrer gegenwärtigen Friedenspolitik entsprechend – zu Zugeständnissen gegenüber dem Westen bereit ist. – (brr, har)

Neue Akzente in der Berlin- und Deutschlandpolitik

Wir dokumentieren im folgenden die Positionen verschiedener Westberliner Parteien zur gegenwärtig betriebenen Berlin- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung und des Westberliner Senats. Die eigentlich interessanten Diskussionen finden innerhalb der CDU statt, wobei Diepgen die Mehrheit hinter sich weiß. Die SPD stimmt mit dieser Politik weitgehend überein, sie gibt sich nur etwas großzügiger in der Frage der Respektierung der „gewachsenen“ Realitäten. Hoffnungen auf eine Änderung der Politik macht sich auch die SEW (Sozialistische Einheitspartei Westberlin), sie spricht sogar von einer zweiten Phase der Entspannungspolitik. Sie verkennet jedoch, daß von einer *Anerkennung der Realitäten* weder bei der SPD noch bei CDU/FDP je die Rede war.

Diepgen-Rede vor dem Bundestag am 20.3.87:

„Aus diesem Spannungsverhältnis zwischen dem langfristigen Ziel und dem heute Möglichen resultieren die meisten Mißverständnisse in den Diskussionen um Deutschland- und Berlinpolitik. Manche resignieren. Sie resignieren offensichtlich auch wegen der Größe der Aufgabe. Das führt hin zu unsinnigen Vorschlägen, etwa zu so unsinnigen Vorschlägen wie dem, die Präambel des Grundgesetzes zu ändern oder abzuschaffen. Dies wäre nicht nur politisch falsch, sondern dies entspräche auch einem ganz und gar unhistorischen Denken. Andere haben zu große und zu unrealistische Erwartungen und wollen mit der Bewegung z.B. in den Abrüstungsfragen die deutsche Frage gleich mit lösen.

Wir müssen mit dem gegenwärtigen Dilemma der deutschen Frage leben lernen, aber wir brauchen deswegen die Deutschland- und Berlinpolitik nicht auf das Aushandeln von Verträgen zu reduzieren und sozusagen alles Weitere der Geschichte zu überlassen. Aus einer Politik zur Lindierung der Teilungsfolgen können wir vielmehr eine Politik entwickeln, die die Einheit der Nation, also die Zusammengehörigkeit der Menschen stärkt. Die Chinesen sagen: Auch die größte Reise beginnt mit einem ersten Schritt. – Eine Auflockerung der jeweiligen Bündnisverpflichtungen wäre dabei lebensfremd und vor allen Dingen für uns lebensgefährlich.“

Rupert Scholz, Senator, zit. nach Handelsblatt v. 18.3.87:

„Deutschlandpolitisch stellt Berlin und sein Status nach wie vor die entscheidende Bewährungsprobe dar. Berlin steht notwendig im Mittelpunkt der Deutschlandpolitik, an Berlin bemißt sich wirklicher Verständigungs- und Entspannungswille, wie der östlichen Seite stets aufs neue bedeutet werden muß. Dies dürften auch die Sowjetunion und die DDR längst begriffen haben, selbst wenn ihnen Berlin unverändert deshalb ein Dorn im Auge ist, weil Berlin vorderster Posten der westlichen Welt bleibt, weil sich die Menschen in der DDR nach wie vor vor allem an Berlin und seinen Lebensbedingungen orientieren und weil der Status Berlins die deutsche Frage in ihrer Gesamtheit offen hält.

... Grenzen setzt der Status erst dort, wo die Rechte der Alliierten angetastet werden oder wo illegale Ansprüche der DDR auf eigene Souveränität in Ostberlin anerkannt werden würden. Beides jedoch steht nicht zur Diskussion. Statusrecht und Statuspolitik müssen stets im Einklang stehen, das Statusrecht eröffnet der Statuspolitik bzw. der weiteren Entwicklung in und für Berlin jedoch viele Möglichkeiten – auch und namentlich im Bereich gestärkter Bindungen Berlins zum Bund, aber auch im Bereich der Europäischen Gemeinschaft und des westlichen Bündnisystems insgesamt.

Berlin ist über die Bundesrepublik Teil der EG. Gerade

wer begreift, daß Europa und seine Zukunft nicht an der Elbe enden, der weiß auch um die besonderen Chancen, die der europäische Einigungs- und Verständigungsprozeß gerade von Berlin aus nach Osten nehmen kann. Berlin und sein Status sind also nicht etwa Geschichte, sondern nationale wie auch europäische Aufgabe von wahrhaftig historischer Zukunftsbedeutung.“

Walter Momper, SPD-Landesvorsitzender:

„... mit dieser Aufwertung des Hauptstadtdanspruchs der DDR, den ich überhaupt nicht bestreiten will, muß umgekehrt auch verbunden sein, daß die DDR auch die gewachsenen Realitäten von Berlin-West respektiert. Und zwar die gewachsenen Bindungen an den Bund, der auch im Viermächteabkommen vorgesehene Ausbau der Bindungen an den Bund. Das ist der politische Punkt, wo es darum geht, wechselseitig in und um Berlin zum Vorteil der Menschen die Realitäten zu respektieren, nicht ... im rechtlichen Sinne, darum geht es gar nicht, der steht gar nicht zur Disposition der Deutschen, sondern im politischen Sinne ... Das halte ich auch politisch für richtig, das einzufordern.“ (SFB-Stadtgespräche v. 18.3.87)

Positionspapier der Jungen Union, welches sich mit Auffassungen der „CDU-Rechten“ um Lummer und Besser deckt:

„Eine realistische Deutschlandpolitik, die am Ziel der Wiedervereinigung orientiert ist, muß ... der Einheit Deutschlands in Freiheit eindeutig Vorrang vor jeder europäischen Perspektive geben. Ohne die Idee der Nation habe die Demokratie keine Überlebenschance ... Nachdrücklich wird erklärt, daß Berlin keine Neubestimmung seiner Aufgaben brauche. Die Funktion der Stadt liege in ihrer nationalen Aufgabe als Deutschlands „Hauptstadt im Wartestand“ ... Solange Berlin geteilt sei, könne die Situation in der Stadt nicht normalisiert werden ... Jeder Versuch, eine Schein-Normalität vorzuspielen, gefährde den freien Teil der Stadt existentiell.“ (zit. nach Berliner Morgenpost v. 28.2.87)

SEW: Zeitgeist heißt Dialog:

„Inzwischen macht das Wort von Strauß die Runde, die heilige Statuskuh müsse vom Eis, wenn sich etwas bewegen solle. Er hat also erkannt, wo die Blockierer zu Hause sind. Es ist auch im Senat ein Umdenken zu spüren. Die Annäherung an die Realitäten geht qualvoll langsam vor sich. Doch scheint sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß die Geburtsfehler Westberlins nicht der anderen Seite angelastet werden können. Mit denen müssen wir hier schon selbst fertig werden.

Das Interesse der Verantwortlichen in der DDR an der Normalisierung der Beziehungen auch zu Westberlin ist nicht zu bezweifeln. Das der Regierenden im Rathaus Schöneberg ist offenbar geweckt. Die Menschen auf beiden Seiten wollen in überwältigender Mehrheit diese Normalisierung. Sie liegt im Interesse der Friedenssicherung und des Gewaltverzichts, wie sie im ersten Teil des Vierseitigen Abkommens über Westberlin formuliert sind. Verklemmungen und Verkrampfungen, bewußte Konfrontation und ernste Provokationen hat die SEW immer mit ihrem Programm der gutnachbarlichen Beziehungen zur DDR und ihrer Hauptstadt beantwortet ... Als der SPD-Landesparteitag im vorigen Jahr sich zur Fortsetzung der Entspannungspolitik und zum Realismus im Verhältnis zur DDR und ihrer Hauptstadt bekannte, wurde dies noch heftig in der Westberliner Öffentlichkeit angegriffen. Jetzt sucht sogar Senator Scholz nach Gründen für Dialogbereitschaft. Die Annäherung an die Realitäten in diesem Gebiet und der Wille, die Normalisierung zwischen Westberlin und der DDR voranzubringen, weil dies der Entspannung in Europa dient, das entspricht dem Erfordernis der Zeit, dem Zeitgeist. Nur darin liegt eine Zukunft.“ (Die Wahrheit, 19.3.87)

VR China

Getreidekrise oder die Mär von den Vorteilen der Privatwirtschaft

Die Getreideproduktion in China, die die Lebensgrundlagen für 1,1 Mrd. Menschen sichern soll, stagniert seit zwei Jahren – u.a. ein Ergebnis der Teilprivatisierung der chinesischen Landwirtschaft. In dem Zeitraum von 1978 bis 1984 war die Getreideproduktion mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 4,8% gestiegen und hatte 1984 den bisherigen Höchststand von 407 Mio. t erreicht. 1985 fiel die Getreideproduktion um 7% auf 380 Mio. t, und 1986 stieg die Produktion um gerade 2% auf 390 Mio. t. Für das Jahr 1987 ist ein Produktionsergebnis von 405 Mio. t anvisiert. Es ist fraglich, ob das Planziel erreicht werden kann.

Zur Beurteilung der Entwicklungen ist es nützlich, die verschiedenen Stadien der von Deng Xiaoping eingeleiteten Landwirtschaftsreformen zu verfolgen: Vom Frühjahr 1978 datieren die erheblichen Erhöhungen der staatlichen Ankaufpreise für Agrarprodukte. Die Auflösung der Volkskommunen zugunsten des bäuerlichen Familienbetriebs als Produktionseinheit setzte dagegen erst nach 1980 ein. Insofern ist es sicherlich falsch, das Wachsen der Getreideproduktion in den vergangenen Jahren nur auf die Reprivatisierung der Landwirtschaft zurückzuführen. Ausschlaggebend dürften vielmehr folgende Faktoren gewesen sein: die 1978 eingeleitete Preispolitik zugunsten der Landbevölkerung, die Auswirkungen der in der Zeit der Kulturrevolution durchgeführten Verbesserung der agrarischen Produktionsbedingungen – verbesserte Versorgung mit Kunstdünger durch Bau ländlicher Kunstdüngerefabriken sowie durch die Inbetriebnahme einiger Großanlagen, Ausbau der Be- und Entwässerungssysteme und des Hochwasserschutzes, die verbesserte Versorgung mit Landmaschinen durch kleine Landmaschinenfabriken. Hinzu kamen günstige Witterungsbedingungen in den vergangenen neun Jahren.

Privatisierung ja oder nein: Daß die entscheidenden Faktoren für den vergangenen Anstieg der Getreideproduktion andere waren, macht die Untersuchung des Ursachen des Produktionsrückgangs 1985 und der Stagnation 1986 deutlich: Die 1978 deutlich und später nochmals leicht angehobenen staatlichen Ankaufpreise für Getreideprodukte garantierten den Bauern überproportionale Einkommenszuwächse bei Produktionssteigerungen, weil die staatlichen Ankaufstellen die fest kontrahierte Ablieferungsmenge an Getreide zu einem Festpreis abnahmen und alle weiteren Getreideverkäufe an den Staat mit einem um 30% höheren

Preis honorierten. Nach der Rekord-ernte 1984 beschloß der Staatsrat angesichts eines riesigen Defizits im Staatshaushalt (der Anteil der Agrarsubventionen, hauptsächlich für Getreide, an den Ausgaben des Zentralstaats machte 30% aus) und unzureichender Lagerkapazitäten für Getreide, die Agrarsubsidien drastisch zu kürzen. Die absehbare Reaktion der bäuerlichen Haushalte war eine verstärkte Umstellung der Produktion auf lohnendere Produkte – u.a. Industriepflanzen wie Baumwolle und Produkte, für die es keine Preisbindung gab. Das Ergebnis war der Produktionsrückgang 1985.

Die Krise 1985 wurde verschärft durch eine verschlechterte Versorgung mit Düngemitteln: Die chinesischen Kunstdüngerefabriken drosselten ihren Ausstoß 1985 um knapp 10%, weil die Marktanpassung vieler Rohstoffpreise dazu geführt hatte, daß die Ausgangsstoffe für die Kunstdüngerproduktion rapide verteuert wurden, während die

chen Anbaubedingungen in den chinesischen Flußdeltas das Rückgrat darstellen. Alle Versuche, auch diese Systeme zu privatisieren und unter Inkaufnahme der schädlichen sozialen Folgen wenigstens die Pflege dieser Systeme zu sichern, sind nach Angaben der chinesischen Presse gescheitert.

Die Ende 1985/Anfang 1986 eingeleiteten Schritte zur Stabilisierung der Getreideproduktion – Erhöhung der Ankaufpreise für die Überschüsse über die kontrahierte Abliefermenge, verbilligte Dünger- und Saatgutlieferungen für den Getreideanbau, Ausdehnung der Anbaufläche für Getreide – stoppten zwar den Rückgang, konnten aber nicht das geplante Produktionswachstum von 5% 1986 sichern. In einem Kreis in der zentralchinesischen Provinz Hunan hatten die Landwirtschaftskader 1986 angesichts des Produktionsrückgangs 1985 eine Ausdehnung der Anbaufläche für Getreide um über 2% erreicht. Trotzdem ging der Getreideertrag 1986 absolut um 9% und der Hektarertrag sogar um 11% zurück. Nicht zufällig erschienen 1986 in der Provinzpresse von Hunan immer wieder Berichte über die Düngemittelknappheit.



Die Bilder über glückliche Bauern bei der Getreideernte täuschen: Die Getreideproduktion stagniert, weil sich die Erträge der Bauern aus dem Getreideanbau in den letzten zwei Jahren deutlich verschlechtert haben. Viele Bauern sind dazu übergegangen, Getreide nur noch für den Eigenbedarf anzubauen.

Verkaufspreise für Kunstdünger gleich blieben. Die Kunstdüngerimporte, die bis 1984 explodiert waren und zusätzlich zu den Schwierigkeiten der heimischen Kunstdüngerproduktion beigetragen hatten, beschnitt der chinesische Staat 1985 aufgrund von Devisenknappheit auf ein Drittel des Volumens von 1984. Schließlich sind im Zuge der Wiederherstellung der bäuerlichen Familienproduktion die Be- und Entwässerungssysteme zunehmend verfallen, die für die gartenbauähnli-

Diese Umstände weisen auf folgende Entwicklungsprobleme in der chinesischen Landwirtschaft hin: Die unbestreitbaren und überall als Erfolg der Deng'schen Reformpolitik gefeierten hohen Wachstumsraten der Agrarproduktion in den vergangenen Jahren basieren im wesentlichen auf verbesserten agrarischen Produktionsvoraussetzungen, vor allem der Versorgung mit besserem Saatgut, mehr und besserem Dünger und infrastrukturellen Voraussetzungen wie gepflegten Be-

und Entwässerungssystemen. Diese Voraussetzungen sind in der Zeit der Kulturrevolution geschaffen worden. Die Erhöhung der Preise für Agrarprodukte wirkte als zusätzlicher Hebel solange, wie die Versorgung der Bauern mit billigem Saatgut und billigem Dünger gewährleistet war und die Abnahmepreise den Bauern einen angemessenen Ertrag garantierten.

Als der chinesische Staat 1985 sich anschickte, die Agrarproduktion den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen, untergrub er damit diese Voraussetzungen: Die Düngemittelpreise und die Preise für Landmaschinen stiegen, die Verkaufspreise für Getreide sanken. Die Anstrengungen der Bauern, auf der knappen Anbaufläche die Hektarerträge zu steigern, lohnten nicht mehr, da nach verschiedenen Untersuchungen ein höherer Einsatz an Düngemitteln oder teurem Saatgut sich nicht rentierte. In verschiedenen Landesteilen blieben Äcker unbestellt;

die Bauern suchten sich lieber lukrativere Tätigkeiten wie Landhandel oder Schweinemast und kauften sich aus den Kontrakten, nach denen sie eine bestimmte Getreidemenge an den Staat zu verkaufen hatten, los; Getreide bauten sie nur noch für den Eigenbedarf an. Solche Entwicklungen wurden noch begünstigt durch die 1985 in Kraft getretene Auflage, nach der die Bauern die Agrarsteuern nicht mehr als Naturalsteuer z.B. in Form von Getreide, sondern in Geld zu entrichten hatten.

Die Kommerzialisierung der chinesischen Landwirtschaft ist offenbar an ihre Grenzen gestoßen. Wenn die chinesische Regierung diesen Weg weiter beschreiten will, dann ist das nur möglich durch eine weitere Forcierung der Entwicklung zu großen, spezialisierten privatwirtschaftenden Einheiten bei gleichzeitiger Freisetzung von zig Millionen ländlicher Arbeitskräfte, der vollständigen Vernichtung ländlicher

Wer sind die reichen Bauern? Kader!

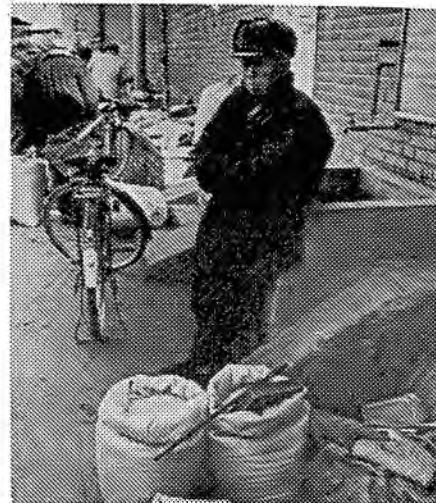
Nach einer Untersuchung 1983 in einem Kreis der nordwestchinesischen Provinz Shanxi, die über 20000 sog. spezialisierte Haushalte erfaßte, waren 43% der Haushaltsvorstände Kader auf Brigade- oder Produktionsgruppenebene bzw. frühere Kader. Spezialisierte Haushalte sind bäuerliche Betriebe, die sich ausschließlich auf ein Produkt konzentrieren – Geflügelzucht, Schweinemast etc. – und deren Einkommen um ein Vielfaches über dem Durchschnitt liegt. Weitere 42% der Haushaltsvorstände waren entweder demobilisierte Soldaten, die in der Armee eine Ausbildung bekommen hatten oder aber Bauern, die als Jugendliche mit Ausbildung während der Kulturrevolution von den Städten aufs Land geschickt worden waren; alle hatten zumindest den Abschluß der unteren Mittelschule (10 Schuljahre). Damit hatten 84% der neuen reichen Bauern in dem Kreis Führungspositionen inne bzw. waren Anwärter auf solche Positionen. Weitere 9% waren Handwerker bzw. Facharbeiter, die einen Beruf in einer der ländlichen Fabriken erlernt hatten. Nach anderen Untersuchungen ist der Kaderanteil an den neuen reichen Bauern nicht so hoch, aber immer deutlich über 50%.

Das Ergebnis ist in mehrererlei Hinsicht aufschlußreich: Entgegen der in vielen westlichen Bewertungen der chinesischen Agrarreformen aufgestellten Behauptung, die neue Landwirtschaftspolitik unterminiere die Position der Parteiorganisation der KPCh und ihrer Vertreter auf dem Lande und ersetze die Kader durch unternehmerisch orientierte

Bauern, sind die Hauptprofiteure der Agrarreformen die ländlichen Kader sowie die Teile der Dorfbevölkerung, die in den Genuß einer formalen Bildung bzw. einer Berufsausbildung gekommen sind. Dagegen sind die früheren reichen Bauern nicht auch die neuen Reichen auf dem Lande; insofern hat der schon Anfang der 50er Jahre begonnene Prozeß von Bodenreform und Kollektivierung gründlich gewirkt.

Daß die Kader die Hauptprofiteure der Entwicklung sind, erklärt auch das ungeheure Tempo, in dem die Reprivatisierung der Landwirtschaft in den letzten Jahren durchgesetzt werden konnte. Die Auflösung der Kommunen und die Wiederherstellung der bäuerlichen Privatwirtschaft hatte demnach ihre Protagonisten direkt in den Organen der Kommunen, Produktionsbrigaden und -gruppen, in den Dorfkadern; die Privatisierung mußte nicht gegen sie durchgesetzt werden, sondern wurde gerade von ihnen betrieben. Daß viele Kader dabei – wie die chinesische Presse berichtete – sich auch jenseits der Vorschriften bewegten, um sich zu bereichern, versteht sich von selbst.

Andererseits mehren sich Aussagen von einfachen Bauern, die die Kommerzialisierung der Landwirtschaft zunehmend ablehnen, weil ihre Existenz nicht mehr garantiert ist – gerade nach den Erfahrungen der Jahre 1985/86. Nicht zufällig hat die KPCh es aufgegeben, die „10000-Yuan-Bauern“ weiter als Vorbild herauszustellen. Denn wenn viele Bauern praktisch erfahren, daß sie nicht reich werden, sondern bestenfalls ihre Existenzbedingungen halten können, kann das Vorbild der reichen Bauern schnell zum Feindbild werden.



Die Propagierung des Beispiels reicher Bauern ist aus der Presse wieder verschwunden.

Subsistenzwirtschaften. Solche Vorstellungen bestimmen die Diskussion unter chinesischen Agrarwissenschaftlern. Offen bleibt dabei, ob die vorherrschende gartenbauähnliche Produktion – aufgrund der natürlichen Voraussetzungen – sich mit großen farmähnlichen Wirtschaftseinheiten verträgt. Zur Wartung der Be- und Entwässerungssysteme hat die chinesische Regierung jetzt vorgeschlagen, spezielle Betriebe zu gründen, deren Arbeitskräfte wie Arbeiter entlohnt werden sollen.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; China Quarterly, div. Ausgaben; Problems of Communism, Sept. 1986; China aktuell, div. Ausgaben – (wom)

Jugoslawien

Streikwelle gegen Lohnstopp der Regierung

Am 27.2.87 trat ein von der Regierung Jugoslawiens verfügter Lohnstopp in Kraft. Er ist Teil des sogenannten „Anti-Inflations-Programms“, das der neue Ministerpräsident Branko Mikulic verkündete. Die Löhne und Gehälter sollen auf dem Durchschnitt des letzten Quartals von 1986 eingefroren werden, bei einer Inflationsrate von derzeit durchschnittlich fast 100%. Lohnsteigerungen sollen nur noch bei Produktivitätssteigerungen möglich sein.

In den letzten beiden Wochen fanden in Großbetrieben des ganzen Landes 60 Streiks statt, die meisten davon in Kroatien (nach jugosl. Presseagentur Tanjug). Auch in den südlichen Republiken wurde gestreikt, in der Provinz Kossovo (Bergwerke) waren 2000 Arbeiter zwölf Tage im Ausstand gewesen. Die Löhne der Industriearbeiter liegen derzeit umgerechnet zwischen 300 und 600 DM. Sie mußten bereits seit 1980 jedes Jahr Reallohn einbußen hinnehmen.

In Belgrad und anderen Großstädten streikten neben den Arbeitern der Großbetriebe auch Teile des öffentlichen Dienstes, so verweigerten massenweise Lehrer die Annahme ihrer Gehaltszettel.

Offensichtlich haben auch Fabrik- und Betriebsleiter ihr Verständnis für die Streikenden bekundet, sie sprachen sich dagegen aus, daß der Produktivitätszuwachs zum alleinigen Maßstab guten Wirtschaftens gemacht werden soll, weil das in der gegenwärtigen Situation im Land (z.T. veraltete Industrieanlagen und kein flüssiges Kapital zu deren Erneuerung) auch nach ihrer Ansicht nicht machbar ist.

Die Regierung hat offensichtlich vor, es auf eine „Machtprobe“ ankommen zu lassen. Arbeitsminister Janko Obocki erklärte am 23.3. auf einer Pressekonferenz in Belgrad angesichts der Streikwelle, die Regierung habe nicht die „Absicht, zurückzuweichen“.

Jugoslawischen und ausländischen Journalisten wurde der Zugang zu bestreikten Betrieben verwehrt. Während die Zeitung „Vecernji List“ ab dem 20.3. keine Informationen über Streiks mehr erhielt (sie hatte vorher darüber ausführlich berichtet), veröffentlichte sie einen Bericht über ein Treffen örtlicher Parteigremien in Kroatien, die das neue Lohnstopp-Gesetz „entschieden unterstützten“. In dem Bericht hieß es, es sei nicht vorauszusehen gewesen, daß einige Arbeitnehmer so „hartnäckig und stur“ sein würden, von ihren früheren unvernünftig hohen Lohnforderungen nicht abzulassen. Quellenhinweis: SZ, Vecernji List, NZZ – (lsc)

US-Anti-Drogenkampagne

Vorwand für weitgefaßte Unterdrückungsmaßnahmen

Ende Februar machte die US-Bundesregierung offiziell die Richtlinien für die Stichproben-Urintests auf Drogen bekannt. Damit beginnt die 30-Tage-Frist, nach deren Ablauf die Tests beginnen können. Die Richtlinien sehen vor, daß Aufpasser an den Toilettenabteilen stehen und sofort die Temperatur der Urinprobe messen, daß das Toilettenwasser blau gefärbt ist, usw., um Betrug zu vermeiden. Nach der Regierungsverordnung vom September 1986 sollen zunächst die Beschäftigten des Bundes in kritischen Bereichen getestet werden – etwa die Hälfte von 2,1 Mio. Das Justiz- und das Verkehrsministerium gehören zu den ersten, die die Tests durchführen. Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Entlassung sind angedroht, wenn zwei Tests positiv ausfallen oder bei Verweigerung des Tests. Die Verkehrsministerin verlangt ein Gesetz für Stichproben-Drogen-

tests im (nicht-staatlichen) Luftverkehrs- und Eisenbahnbereich. Eine Vorlage, die ca. 300000 Luftfahrt- und Eisenbahnarbeiter und ca. drei Millionen Lastwagen- und Busfahrer umfaßt, ging ohne großes Aufheben durch einen Senatsausschuß. Die US-Luftfahrtbehörde hat den Beginn der Tests bei den Fluglotsen für diesen Monat angesagt.

Ein schweres Eisenbahnunglück im Januar und die plötzliche „Entdeckung“ von einigen Fast-Zusammenstößen von Flugzeugen wird zur Begründung der Überwachungsgesetze ausgeschlachtet. Seit Jahren haben die Eisenbahngesellschaften vorgeschriebene Sicherheitseinrichtungen mit stillem Einverständnis der Aufsichtsbehörden entfernt. Seit dem Rausschmiß von 15000 streikenden Fluglotsen 1981 leiden die Kontrolltürme unter chronischer Unterbesetzung und Mangel an erfahrenem Personal. Bei der Untersuchung der Ursachen wird jedoch sofort auf Drogengebrauch der Beschäftigten abgelenkt. Tests von 759 in Unfälle verwickelten Beschäftigten in den letzten elf Monaten ergaben bei 5,7% Alkoholgenuß und bei 3,8% Drogenkonsum.

Unter Ausnutzung der Besorgnis der Eltern über den Zustand der Schulen propagiert Generalbundesanwalt Meese jetzt Urintests bei neu einzustellenden Lehrern. Charakteristisch für die Reagan-Regierung fällt das zusammen mit der Kürzung der Bundesmittel für Anti-Drogen-Erziehung.

Die Urintests auf Drogen – z.Zt. Marihuana und Kokain – haben eine Fehlerrate von mindestens 10% unter den besten Umständen. Angenommen 10% der Getesteten haben Drogen genommen, dann gibt es mindestens noch einmal so viele positive Ergebnisse, die falsch sind. Ein zweiter, teurerer, angeblich 100% sicherer Test folgt dann. Der Test ist nicht sehr spezifisch, so daß auch Leute, die Medikamente nehmen, positiv herauskommen und dann ihre Krankheit erklären müssen. Außerdem sagt der Test nichts darüber, ob der Getestete im Augenblick unter dem Einfluß der Droge steht, wie etwa beim Blutalkoholtest. Diese Unspezifität ist es, die die Tests so geeignet zur allgemeinen Einschüchterung macht. Die Ungenauigkeit und das Schnüffeln im privaten Lebensbereich ist es, was die Gewerkschaften z.Zt. hauptsächlich angreifen. Der Abwehrkampf bewegt sich fast nur an der Rechtsfront: Verletzung des verfassungsmäßigen Schutzes gegen unge-rechtfertigte Durchsuchung. Die Urteile in den verschiedenen Instanzen sind teils, teils. Es ist zu befürchten, daß die Richtlinien geändert werden – z.B. von Stichprobentests zu Tests bei geringstem Verdacht, etwa verschlafenen Augen – und daß dann die Tests „gerechtfertigte Durchsuchung“ sind. – (her,ger)

Peru

Regierung verschärft Terror gegen Opposition

Vor einigen Wochen weilte der ehemalige Bundesfinanzminister unter Helmut Schmidt, Hans Matthöfer, SPD, (Bild) zu Gesprächen mit der sozialdemokratischen APRA-Regierung von Präsident A. Garcia in Peru. Damit hält die SPD den Kontakt zur APRA und zur Regierung Garcia trotz Protesten auch nach dem Massaker im letzten Jahr an über 100 politischen Gefangenen, Mitglieder der PCdelp („leuchtender Pfad“), aufrecht. Damit bewegt sich die SPD im Fahrwasser



der Bundesregierung, die die Entwicklungshilfe der BRD und Militärlieferungen an Peru ausgeweitet hat und in Beantwortung einer Anfrage der Grünen im letzten Herbst „keinerlei Bedenken“ gegen eine Fortsetzung dieser Waffenlieferungen sieht.

Seither hat die Garcia-Regierung den Terror gegen die oppositionellen Kräfte verschärft. Der Ausnahmezustand mit nächtlicher Ausgangssperre und fast täglichen Razzien besteht fort. Mitte Februar überfielen Polizeikräfte drei Universitäten und verhafteten fast 800 Studenten; 273 sind wegen angeblicher Unterstützung von „terroristischen Organisationen“ noch in Haft. Sechs Studenten gelten als „verschwunden“. Die Terrortruppen hinterließen bei ihrem Überfall blutbespritzte Hörsäle. Selbst der Präsident der San Marcos-Universität zweifelt die von der Regierung behaupteten „Waffenfunde“ an und klagt auf 500000 Schadensersatz für die Verwüstungen.

Anfang März verhafteten Polizeikräfte 220 Menschen in der Innenstadt von

Lima. Seit 1980 brachten Polizei und Militär mehrere tausend Bauern, Arbeiter und Studenten um; seit 1983 sind über 2500 Menschen „verschwunden“, nachdem sie sich zuletzt in Polizei- oder Militärhaft befanden.

Gegen den zunehmenden Terror haben die linken Organisationen Proteste organisiert. Mitglieder der Guerillaorganisation „Tupac Amaru“ besetzten sieben Rundfunksender und erzwangen die Aussendung einer Erklärung gegen die Militarisierung Perus unter A. Garcia.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, März 1987; TAZ, 21.02. u. 03.03.; AfricAsia, 3/87 – (sie)

Türkisch-Kurdistan

Erneut Massendeportationen in Kurdistan

Nach einer Erklärung des Direktori- ums des Amtes für Forstangelegenheiten der Türkei soll eine große Anzahl von bewohnten Gebieten in Kurdistan (Dersim, Kars, Erzurum, Erzincan u.a.) umgesiedelt werden. An erster Stelle der Gebiete, die entvölkert werden sollen, steht die Provinz Dersim (Tunceli). Insgesamt sollen 235 Dörfer in der Provinz Dersim, in denen beinahe 50000 Menschen leben, deportiert werden. Wie schon bei früheren Deportationen sollen die Bewohner der Dörfer in den Westen der Türkei zwangsumgesiedelt werden.

Aus der Dersim, die in der Geschichte des kurdischen Volkes immer das Zentrum des Widerstandes war, werden schon seit Jahren zahlreiche Personen, Familien und Dörfer mit Gewalt in den Westen der Türkei deportiert oder zur Ausreise ins Ausland bewogen. Die zuletzt gefaßten Beschlüsse sind eine Fortsetzung dieser Praxis und haben die völlige Entvölkerung dieses Gebietes zum Ziel. In dieses entvölkerte Gebiet sollen Türken aus dem Westen angesiedelt werden. Nach einer Erklärung von Anfang Februar sollen in dem Tal von Harran, welches schon wegen des „Südostanatolienprojekts GAP“ seit längerer Zeit entvölkert ist, Türken aus dem Gebiet an der Schwarzmeerküste angesiedelt werden. Der Erklärung zufolge sollen in einer ersten Welle 15200 Familien in diesen ertragreichsten Gebieten Kurdistans angesiedelt werden.

Einige der von seiten der türkischen Kolonialisten seit Jahrhunderten gegen das Volk von Kurdistan vorrangig angewandte Vernichtungsmethoden stellen Verbannungen, die Errichtung von strategischen Dörfern und Zwangsdeportationen dar. Parallel zu den barbarischen Unterdrückungen der kurdi-

schen Aufstände in der Geschichte wurden hunderttausende von kurdischen Menschen mit Gewalt von ihrem Heimatboden entrissen und verbannt. Am 5. Mai 1932 wurde die Verbannung von Kurden und die Umsiedlung von Türken in diese so entvölkerten Gebiete zum offiziellen Gesetz erklärt...

Wenn die türkischen Kolonialisten diese Zwangsumsiedlungen auch unter dem Vorwand durchführen, dies seien „Projekte zur Bewahrung der Wälder, zur Steigerung des Lebensstandards und zur Verhinderung von verstreuten Ansiedlungen“ ..., haben diese Maßnahmen doch in Wahrheit andere Ziele. Sie bezwecken, das den Widerstandskampf unterstützende Volk vom Unabhängigkeitskampf abzuhalten, die in diese so entvölkerten Gebiete umgesiedelten Türken als Milizkraft gegen die Kurden zu benutzen. In einer vom Amt für spezielle Kriegsangelegenheiten veröffentlichten Broschüre wird die Guerilla mit einem im Wasser schwim-

menden Fisch verglichen und erklärt, daß man, um den Fisch fangen zu können, das Wasser austrocknen müsse. So führt der türkische Staat durch grausame Operationen, Folter und Verbannung den Krieg für die Austrocknung des Wassers.

Doch die kurdischen Dörfer führen gegen diese Maßnahmen einen gerechten Widerstand. Den Nachrichten zufolge, die uns erreichten, haben die Bauern als Gegenreaktion gegen diese Maßnahmen des türkischen Staates diverse Kundgebungen abgehalten, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen.

Wir rufen alle fortschrittlich-demokratischen, die Menschenrechte respektierenden Personen und Institutionen dazu auf, ihre Solidarität mit den kurdischen Bauern zu bekunden und sich um die Verhinderung dieser Maßnahmen zu bemühen. Für detaillierte Informationen und in Frage kommende Schritte können Sie sich mit uns in Verbindung setzen. – (Kurdistan-Komitee, Hansaring 64, 5000 Köln)

Portugal in der EG

Auch die letzten Reste der Agrarreform sollen jetzt beseitigt werden

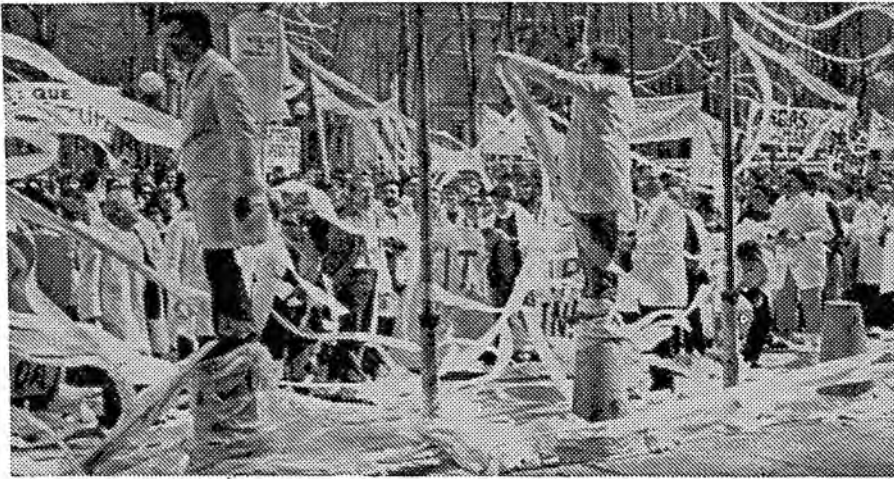
Mit dem EG-Beitritt Portugals vor etwas über einem Jahr wurde eine EG-Agrarstrukturreform eingeleitet und die bereits in der EG-Assoziierungsphase begonnene „Reform“ der portugiesischen Landwirtschaft fortgesetzt. Ziel dieser Maßnahmen unter Kommando der EG-Zentrale in Brüssel und somit der größten Imperialisten der EG ist die „Anpassung“ der portugiesischen Landwirtschaft. Die „Welt“ schrieb am 19.06.86 unter der Überschrift „Den

Bauern bleiben fünf Jahre Zeit, um konkurrenzfähig zu werden“. Ähnlich die Financial Times: Sie sieht den einzigen Weg für die portugiesische Landwirtschaft in der Mechanisierung und dem Wegfall weiterer Arbeitskräfte.

Die EG-Kommission hat für die kommenden zehn Jahre 700 Mio. ECU (ca. 1,4 Mrd. DM) zur Rationalisierung der portugiesischen Landwirtschaft eingeplant und eigens dazu ein Programm mit Namen PEDAP (euro-



Um die Löhne der Landarbeiter noch weiter zu drücken und ihre Arbeitskraft verfügbar zu halten, haben die arbeitslosen Landarbeiter nach einer Gesetzesänderung der konservativen Regierung Anspruch auf Arbeitslosengeld erst nach 36-monatiger Beschäftigung – für die Masse nicht erreichbar (Bild: Weinlese in Portugal)



In den letzten Wochen streikten Zehntausende von spanischen Lohnabhängigen. Die Gewerkschaften stehen vor größeren Auseinandersetzungen um die 5%-Lohnleitlinie von Regierung und Kapitalisten; sie fordern zumeist sieben Prozent mehr Lohn. In der kommunistischen Gewerkschaft „Comisiones Obreras“ wurde der Vorschlag, einen Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung durchzuführen, mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt, stattdessen mobilisiert sie für den 30.4. zu einem landesweiten Protesttag. Die sozialistische Gewerkschaft UGT will die bilaterale Kommission mit der Regierungspartei PSOE auflösen. (Bild: Ärztestreik für höhere Löhne) – (sie)

Großbritannien: Lebenslänglich ohne Beweise

Am 5. Oktober 1985 starb die Schwarze Cynthia Jarrett an einem Herzschlag nach einem Polizeieinbruch auf ihr Haus. In den folgenden Tagen demonstrierten in Nordlondon Hunderte von Jugendlichen gegen die Polizei. Bei schweren Straßenkämpfen wurde der Polizist Blakelock erschlagen. Ohne Beweise wurden am 19. März 1987 drei schwarze Jugendliche zu lebenslänglichen Gefängnisstrafen verurteilt. Einzige Grundlage der Urteile sind Geständnisse, die zwei von ihnen nach monatelanger Polizeihaft ohne Anwesenheit ihrer Anwälte ablegten. Winston Silcott hat kein Geständnis unterschrieben – er war damals wegen einer

anderen Sache unter Mordverdacht und deshalb der „ideale Täter“. – (hef/has)

Ecuador: Proteste gegen Notstandsmaßnahmen

Die Regierung Ecuadors hat nach den schweren Erdbeben Anfang März den ausgerufenen Notstand dazu genutzt, einschneidende Wirtschaftsmaßnahmen durchzusetzen, u.a. die Erhöhung der Preise für Benzin, öffentliche Verkehrsmittel, Grundnahrungsmittel sowie die Reduzierung von Staatsausgaben. Seit Mitte März halten die Proteste von Schülern, Studenten und Arbeitern an. Nach der Ankündigung der Gewerkschaften, einen unbefristeten Streik durchzuführen, bot die Regierung Lohn erhöhungen an. – (sie)

Österreich: Protest gegen Draken

Die von der ÖVP und SPÖ gebildete Landesregierung der Steiermark hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, daß die 1985 von Schweden gekauften 24 Abfangjäger des Typs „Draken“ nicht, wie von der Bundesregierung vorgesehen, in Graz und Zeltweg stationiert werden dürfen. Bundeskanzler Vranitzky erklärte nach einer Sitzung der Bundesregierung, dieser Beschluß sei für den Bund nicht bindend. Gegenüber der Bundes-ÖVP drohte nun die steirische ÖVP mit einer Abspaltung ähnlich dem Beispiel der CSU, falls die Bundes-ÖVP den Beschluß nicht unterstütze. – Die Sache scheint abgekartet. Die ÖVP hat sich schon zu Regierungszeiten Bundeskanzler Kreiskys für den Kauf von Abfangjägern stark gemacht, war dann 1985 bei der Entscheidung der SPÖ-FPÖ-Regierung für den Draken nicht gefragt worden. – Die steirische Regierung stützt ihren Beschluß auf ein Gutachten der Landessanitätsbehörde, das den Draken als „nicht umweltverträglich“, weil zu laut, bezeichnet. Nach Auffassung des steirischen Landeshauptmanns Krainer (ÖVP) sind die Draken zudem „total veraltet und sündhaft teuer“. Es geht also nicht darum, keine Abfangjäger an der Grenze zu Ungarn und Jugoslawien zu stationieren: nein, sie müssen modern und aus der NATO sein. Verteidigungsminister Lichal (ÖVP) hat erklärt, es liege am Parlament, Möglichkeiten eines Ausstiegs aus dem Vertrag mit Schweden zu finden. Der Wiener Vizebürgermeister Busek (ÖVP) bekräftigte, er sei für die Kündigung des Vertrages auf einer rechtlich korrekten Form. – (rua)

päisches Programm für die Entwicklung der portugiesischen Landwirtschaft) geschaffen. In den nächsten zehn Jahren sollen die portugiesischen Erzeugerpreise auf dem EG-Niveau angelangt, die staatlichen Subventionen beseitigt und der Agrarfreihandel durchgesetzt sein. Ein wesentlicher Programmpunkt ist die Beseitigung der sogenannten Überbeschäftigung in der portugiesischen Landwirtschaft. Die Financial Times vom 12.03.86 gibt dafür ein „Beispiel“: Wenn ein portugiesischer Großgrundbesitzer 20 bis 30 Landarbeiter auf 400 ha Land beschäftigt, benötigt der dänische oder britische nur zwei und erzielt einen doppelt so hohen Hektarertrag. Der Anteil der in der Landwirtschaft Portugals Beschäftigten (Landarbeiter und Bauern) liegt bei über 30 Prozent gegenüber knapp acht Prozent in der gesamten EG. Über 900000 Bauern bewirtschaften

ten Landflächen von weniger als 10 Hektar. Die EG-Imperialisten beabsichtigen mit der EG-Agrarstrukturreform ein großangelegtes Bauernlegen.

Die Produktionskosten für Milch, Rind- und Schweine- sowie Geflügelfleisch, Zucker und Getreide liegen in Portugal höher als in der EG, darunter nur für Wein, Obst, Gemüse, Schaffleisch und Forstprodukte. Dies gibt die Richtung an, in die sich die Landwirtschaft entwickeln soll. Im Früchte- und Gemüseanbau sind bereits verschiedene ausländische Investoren eingestiegen, z.B. aus den USA, Großbritannien, Israel und der BRD. Sie produzieren für den Export Tomaten, Melonen, Stachelbeeren, Pfirsiche, grüne Bohnen und als neu eingeführtes Exportprodukt Eisbergsalat und beliefern die EG-Märkte relativ konkurrenzlos zur Jahreswende.

Widerstand gegen die Pläne der EG-Kommission hinsichtlich der Struktur-

reform in der portugiesischen Landwirtschaft leisten die Landarbeiter- und Bauerngewerkschaften und die Beschäftigten in den nach der Befreiung vom Faschismus entstandenen kollektivierte landwirtschaftlichen Betrieben. Vor 1974 befanden sich fast 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche (2,2 Mio. ha) in den Händen von Lati-fundienbesitzer oder Agrarkapitalisten. Die Landarbeiter und landlosen Bauern, die keinerlei Produktionsmittel besaßen, wurden brutal ausgebeutet, meist saisonal, oder waren arbeitslos in die Städte gewandert. Die Befreiung vom Faschismus führte auf dem Lande zu einer gewaltigen Agrarreformbewegung unter der Losung „Den Boden dem, der ihn bearbeitet“. Nach 1975 übernahmen landlose Bauern und Landarbeiter 1,13 Mio. ha ehemaliges Großgrundbesitzerland und schlossen sich in 550 Kooperativen und kollektiven Produktionseinheiten (UCP) im

Südafrika/Azania: 1. Mai durchgesetzt

Nach mehrjährigen Auseinandersetzungen hat die azanische Arbeiterbewegung die Anerkennung des 1. Mai durchgesetzt. 1986 hatten die unabhängigen Gewerkschaften, Schüler- und Studentenorganisationen und andere Organisationen des Befreiungskampfes am 1. Mai zum Generalstreik aufgerufen; der Aufruf war zu fast 100% befolgt worden. Die südafrikanische Polizei hatte damals auf Demonstranten geschossen und fünf Azanier getötet. Jetzt hat das Regime den 1. Mai zum offiziellen Feiertag erklärt. – (scc)

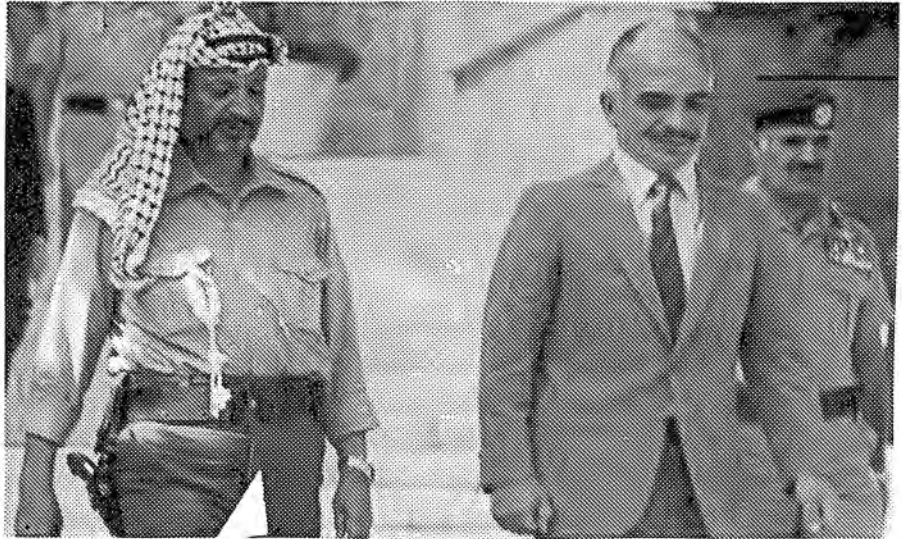
Der Frontstaatenkonferenz folgen Taten

Aufgrund der Konferenz der Frontstaaten im Herbst letzten Jahres in Lusaka hat Sambia jetzt eine Umstrukturierung seiner Rohstoffexporte vorgenommen. Zum einen wegen der in Lusaka beschlossenen Sanktionen, zum anderen aus dem hauptsächlichsten Grund, der Abhängigkeit von Südafrika zu entgehen, werden die Rohstoffexporte, die bisher zu einem Drittel durch Südafrika transportiert wurden, jetzt über die Tazara-Bahn durch Tansania nach Dar-es-salam gebracht, wo sie verschifft werden. Sambia exportiert vor allem Kupfer; die Kupferexporte bringen allein 90% der Deviseneinnahmen. Dieses mutige Unternehmen der sambischen Regierung unter Führung von Kenneth Kaunda schafft für das ohnehin arme Entwicklungsland jedoch große Probleme. Die für den alles überragenden Industriezweig Bergbau gekauften Maschinen werden von Südafrika geliefert. Die beschlossenen Maßnahmen könnten Südafrika veranlassen, seine für den sambischen Bergbau lebenswichtigen Ersatzteillieferungen zu streichen. – (T.L.)

Sambia: Streiks im öffentlichen Dienst

Im März sind die Lehrer und die Beschäftigten in den Krankenhäusern in den Streik getreten. Zwar haben die Krankenhausbeschäftigten die Arbeit zwischenzeitlich wieder aufgenommen, doch wollen sie weiterstreiken, wenn die Regierung ihre Löhne nicht bis zum 1.5. erhöht. Hintergrund der Streikwelle sind die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verfügten Maßnahmen, die die Armen und insbesondere die in den Städten lebenden Lohnabhängigen (50% der Bevölke-

rung) hart treffen und deshalb von den Gewerkschaften bekämpft werden. Die Maßnahmen sehen die Streichung der Subventionen für Grundnahrungsmittel vor, was zu Preiserhöhungen von bis zu 200% führte, Lohnstopp und Entlassungen im öffentlichen Dienst. Der IWF konnte diese Maßnahmen diktieren, weil Sambia zutiefst verschuldet ist – eine Folge nicht zuletzt der seit Jahren sinkenden Kupferpreise – und neue Kredite beantragte, um seine Schulden bezahlen zu können. 1986 wandte die Regierung die Hälfte der Exporteinnahmen für den Schuldendienst auf. – (scc)



Der Palästinensische Nationalrat (PNR), das höchste beschlußfassende Organ der PLO, wird am 20. April in Algier zusammentreten. Politische Vorbedingungen wurden offiziell von keiner der Fraktionen gestellt. 1984 war ein Teil der Organisationen dem PNR in Amman ferngeblieben. Die Al Fatah hat zu erkennen gegeben, daß das Amman-Abkommen, das eine palästinensisch-jordanische Konföderation in den besetzten Gebieten anstrebt und damit zu einem der Hauptspaltungspunkte innerhalb der PLO wurde, aufgegeben werde. Auch jene Mitglieder, die 1983 gegen die PLO-Führung revoltierten, können und sollen jetzt teilnehmen. Die Einberufung des PNR wird allgemein als wichtiger Schritt in Richtung auf eine Aussöhnung und Wiedervereinigung der PLO angesehen. – (bar)

Süden des Landes, der sog. Bodenreformzone, zusammen. Von Anfang an bekämpfte die Reaktion die Produktionseinheiten. Von 1976 an setzte eine regelrechte Treibjagd auf sie ein. Die Kooperativen und UCP wurden mit Gerichtsprozessen überschüttet. Banken verweigerten nötige Kredite. Polizei und Schlägertrupps der Großgrundbesitzer griffen die Kooperativen an, raubten Saatgut, Vieh und Vorräte; zerstörten landwirtschaftliches Gerät und Einrichtungen. In den letzten zehn Jahren fielen 230 Kooperativen und UCP dem Angriff der Reaktion zum Opfer, 720000 ha besten Ackerbodens, das die Bauern überhaupt erst fruchtbar gemacht und viele Hektar überhaupt erst bewässert hatten, wurden von der Regierung den Großgrundbesitzern wieder zugeschanzt oder an Agrarkapitalisten versteigert, dazu über 247000 Stück Vieh und mehr als 12000 Maschinen und Geräte. Über 50000 Bau-

ern wurden arbeitslos. Dennoch existieren gegenwärtig noch etwas über 300 Kooperativen und UCP mit knapp 20000 Beschäftigten, die ca. 410000 ha bewirtschaften. Mit nur sechs Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche erreicht die Bodenreformzone einen Anteil von zehn Prozent der landwirtschaftlichen Gesamterzeugung des Landes. Ihre Produktionsergebnisse liegen deutlich über denen der Großgrundbesitzer in dieser Region. Ihr Anteil an der Versorgung des Binnenmarktes liegt noch weitaus höher. Dies ist insofern von Bedeutung, da Portugal sich seit Ende der 70er Jahre in zunehmenden Maße zu einem Nahrungsmittelimporteur entwickelte. 1983 mußte Portugal von den Gesamtimporten in Höhe von umgerechnet 8,7 Mrd. US-\$ allein 1,45 Mrd. für Nahrungsmittel einführen aus den USA bezahlen. 55% des Weizenverbrauchs sowie 95% der Ölsaaten mußten im-

portiert werden, zumeist als Futter für die ausgeweitete Viehhaltung der Agrarkapitalisten.

Mit der Gründung der Genossenschaften und Kollektivwirtschaften ging Mitte der siebziger Jahre die Landflucht zurück, arbeitslose Landarbeiter und landlose Bauern kehrten aufs Land zurück und schlossen sich den Genossenschaften an. In den Produktionsgenossenschaften hatten und haben die Mitglieder geregelte Arbeitszeiten zwischen 40 und 45 Stunden pro Woche, Monatslöhne von umgerechnet ca. 320 DM, Krankenversicherung, Verpflegung usw. Viele Kommunen schufen zusammen mit den Produktionsgenossenschaften vielfach überhaupt erst ein Schul- und Gesundheitswesen.

Quellenhinweis: Neues Deutschland, versch. Ausgaben, insbesondere 30.07.86; Die Welt, 19.06.86; Financial Times, 12.03.86, 09.05.86 – (sie)

– Veröffentlichungen –

Kapitalisten gegen freies Wochenende

Das Buch „Am Ende der Woche“ von J.P. Rinderspacher ist ein Gutachten, das die IG Metall in Auftrag gab, um aus sozialwissenschaftlicher Sicht unterstützende Argumente für ihre Forderung nach der 35-Stunden-Woche zu finden.

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Christliche Gesellschaftswissenschaften der Universität Münster, was seine Über- bzw. Fehlbewertung der Rolle der Kirche bei der Herausbildung des Wochenzyklus und insbesondere des Sonntags erklären mag. Das ist jedoch vernach-

wiegen.

Als interessantes Zwischenergebnis ist festzuhalten, daß diese Funktionen am Wochenende um so weniger zum tragen kommen, je mehr Reproduktionszeit aufgrund gesteigerter Arbeitsintensität auf das Wochenende gelegt werden muß. Dies spricht nach Rinderspacher unbedingt für eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeiten.

Nach gründlicher Untersuchung der Interessen, Bedürfnisse und Aktivitäten der Bevölkerung werden drastisch die verheerenden Folgen in sozialer, gesundheitlicher und politischer Hinsicht dargestellt, die der Wegfall des arbeitsfreien Samstags und in der Folge auch des Sonntags haben würde. Der Autor



lässigbar angesichts des Ergebnisses der Untersuchung und der erfreulichen Tatsache, daß zunächst einmal die Absicht der Kapitalisten untersucht werden. Auf ihrem Weg in eine „kontinuierlich aktive Gesellschaft“ wollen sie die Wiedereinführung der Samstagsarbeit als „Einfallstor für eine umfassende zeitliche Neugliederung der Gesellschaft“ nutzen mit dem Ziel, „die zeitliche Strukturiertheit der Gesellschaft den veränderten Erfordernissen der Kapitalverwertung“ zu unterwerfen.

Sodann wird geschichtlich die Entstehung und Bedeutung des Wochenzyklus untersucht, der im Gegensatz zu anderen, natürlichen Zeiteinteilungen rein gesellschaftlichen Ursprungs ist. Die Woche ist zunächst eine überschaubare Zeiteinheit, an deren Ende die vorausgegangene Arbeit bilanziert und die Tätigkeit für die nächste geplant werden.

Im Zeitalter der Industrialisierung habe sich das Wochenende immer mehr als Zeit der sozialen Kontakte der Lohnabhängigen untereinander herausgebildet, während unter der Woche neben der Arbeit die unmittelbare Wiederherstellung der Arbeitskraft und die Regelung sonstiger sachlicher und politischer Angelegenheiten über-

kommt zu dem Schluß: „Die Rücknahme eines Ruhetages nach einer langen Phase der Gewöhnung und höchster sozialer Akzeptanz bedeutet mehr als die bloße Abwesenheit eines Zeitrahmens, den man mit Freizeitaktivitäten ausfüllen kann. Es träte ... objektiv die Enteignung eines Besitzstandes ein. Die Unterminderung einer der entscheidenden Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung nach dem zweiten Weltkrieg würde ... eine generell demoralisierende Wirkung haben. Diese müßte langfristig auf die Organisationen zurückfallen, die diesen Rückschritt ermöglicht haben.

(Jürgen P. Rinderspacher: „Am Ende der Woche“, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1987 – has)

IG Metall Aktionsmappen zur Arbeitsgestaltung

Ende 1984 beschloß der Vorstand der IG Metall das „Aktionsprogramm Arbeit und Technik“. Darin heißt es: „Arbeitsorganisatorische und betriebliche Gestaltungsspielräume sind also denkbar und möglich, um vorhandene Formen extremer Arbeitsteilung und Hierarchisierung der Arbeit aufzuheben oder um gesundheitliche Belastungen abzubauen ... Ob und inwieweit sich allerdings Alternativen durchset-

zen, hängt davon ab, ob in den Betrieben um mögliche Gestaltungsalternativen beim Einsatz neuer Techniken gerungen wird.“ Gedacht für Betriebsräte und Vertrauensleute, die hier die Initiative suchen wollen oder mit der Abwehr von Rationalisierungsfolgen befaßt sind, hat die IG Metall mittlerweile eine Reihe von „Aktionsmappen“ herausgegeben. Erschienen sind bisher:

- Das zehn-Schritte Programm / Eine Hilfe zur Selbsthilfe für Betriebsräte bei betrieblichen Rationalisierungsvorhaben in der Produktion,
- Arbeit darf nicht krank machen / Die Aktion: Arbeitsplätze auf dem Prüfstand,
- Bildschirmergonomie,
- Serienmontage,
- Facharbeit an Werkzeugmaschinen / Das Konzept Werkstattprogrammierung,
- Konstruieren mit CAD.

Das „Zehn-Schritte Programm“ ermöglicht bei anstehenden Rationalisierungsvorhaben einen durch Beratung und gezielte Befragung der Geschäftsleitung erstellbaren IST/ SOLL-Vergleich zu den Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen. Interessant sind hier besonders die Erhebungsmethoden, um Änderungen der Arbeitsorganisation darstellen zu können. Alle „Aktionsmappen“ enthalten eine Fülle von Fragebögen und Anregungen. Diese Fülle dürfte auch ein Problem der Anwendung ausmachen. Ein Betriebsrat oder Vertrauensleutkörper, der keine Erfahrung mit Untersuchungsarbeit im Betrieb hat, wird angesichts des jeweiligen Umfangs von Listen-, Zeichnungs- oder gar Photoerstellungen leicht die Mappen beiseite legen. Nichtsdestotrotz lassen sich die gestellten Aufgaben ohne Spezialausbildung im Kollektiv erledigen. Verschiedene Mappen liegen bereits seit 1985 vor. Daß sie bei Nachfrage in IGM-Verwaltungsstellen zuweilen unbekannt sind, sagt einiges über die groß angekündigte „Arbeit und Technik“-Kampagne der IGM aus, schmälert aber nicht ihre Nützlichkeit bei betrieblichen Problemen.

(Bezug: Vorstandsverwaltung der IG Metall, Abt. Automation/Technologie, Postfach, 6000 Ffm) – gka

Forderungen des BDI an die Bildungspolitik

Im Februar dieses Jahres, gleich nach den Bundestagswahlen, hat der BDI „Zehn Thesen zur Bildungspolitik“ formuliert, mit denen er die Interessen der Kapitalisten mit brutaler Offenheit darlegt. Er tritt für „eigenverantwortliche Bildungsentscheidungen“ in einem „Bildungssystem der differenzierten Wege“ ein. Um sicherzustellen, daß Eliteförderung auf der einen Seite und völliger Fortfall von Bildung auf der anderen Seite auch nach dem richtigen Kriterium erfolgt, verlangen die Kapi-

talisten eine Selbstbeteiligung an den Ausbildungskosten. Auf dieser Grundlage will der BDI mehr Wettbewerb und Konkurrenz auf allen Ebenen des Bildungssystems: Mehr Wettbewerb zwischen den Bildungseinrichtungen, und zwischen allen, die damit zu tun haben. So könne der technische Wandel geistig bewältigt werden, die Hauptschule aufgewertet und die Bedeutung des Abiturs als allgemeine Hochschulreife gestärkt werden. Weitere Ziele des BDI sind „eine Verkürzung der überlangen Studienzeiten“ und mehr Flexibilität der Akademiker „in den Ansprüchen an Status und Einkommen“. (Bildungspolitische Aufgaben in einer sich wandelnden Gesellschaft, BDI – clm)

Kommunalforschung: „Kontrolle gemeindlicher Unternehmen“

„Je weniger die öffentlichen Unternehmen durch eine politisch-demokratische Kontrolle an ihrem öffentlichen Zweck festgehalten und damit legitimiert werden, desto mehr Auftrieb wird der Privatisierungsgedanke erhalten“. Das ist der Ausgangspunkt einer rechtswissenschaftlichen Untersuchung über die Kontrollmöglichkeiten gegenüber kommunalen, öffentlichen Unternehmen.

Der Autor, Lothar Mahlberg, stellt zunächst die Berechtigung kommunaler Unternehmen zur „Deckung kollektiver Lebensbedürfnisse“ fest. Gleichzeitig begründet er auch die Tendenz, „das weitestgehende Maß an Selbstständigkeit und wünschenswerter unternehmerischer Flexibilität“ für die kommunalen Unternehmen zu erzielen.

Die Kontroll- und Einflußmöglichkeiten sind von den unterschiedlichen Organisationsformen kommunaler Unternehmen abhängig: Bei den „Eigenbetrieben“ (öff.-rechtlicher Form) können die Gemeinderäte noch weit ungebrochener Einfluß auf die Geschäfte nehmen als bei „Eigengesellschaften“ (GmbH's, AG's). Näher setzt sich der Autor mit dem Spezialproblem der aufsichtsrätlichen Mitbestimmung der Beschäftigten der Unternehmen auseinander. Er lehnt sie in Bezug auf „unternehmerische Belange“ (nicht jedoch in Bezug auf die Rechte von Personal-/Betriebsräten) als „Entdemokratisierung“ ab, da damit die Einflußnahme der durch Wahl legitimierten Gemeindeorgane geschwächt werde.

Das Buch faßt auf den – nicht ganz leicht lesbaren – 70 Seiten verschiedene Veröffentlichungen zusammen, um „dem Praktiker den raschen Überblick“ zu verschaffen. Der Preis hierfür ist aber einigermassen unverschämt.

(Lothar Mahlberg, „Kontrolle gemeindlicher Unternehmen“, Heft 18/19 der „Kommunalforschung für die Praxis“, Boorberg-Verlag Stuttgart 1986, 28,00 DM.) – (bef)

Paneuropa-Union

Großeuropäische Neuordnungspläne unter deutscher Vorherrschaft

Die „Europa-Tage“ der „PEU Deutschland“ finden vom 15. bis 17. Mai 1987 in Goslar statt. Erstmals können die Verfechter eines „Großeuropa von Portugal bis zum Ural“ einen Bundeskanzler als Hauptredner ankündigen. Ebenso ist es das erste Mal, daß „Europa-Tage“ an der Grenze zur DDR stattfinden.

Präsident der Internationalen PEU ist seit 1973 (nach dem Tode des belgischen Grafen Coudenhove-Kalergi, der 1923 die PEU gründete) der Sohn des letzten österreichischen Kaisers, Otto v. Habsburg, persönlicher Freund von Strauß und seit 1979 für die CSU Europa-Parlamentarier. Präsident der deutschen Sektion ist Alfons Goppel, ehemaliger bayrischer Ministerpräsident. Vizepräsidenten sind u. a. Rudolf Wollner (langjähriger Vizepräsident des BdV, Mitglied der sudetendeutschen Landsmannschaft und des „Witiko-Bundes“, in dem ehemalige Angehörige von NSDAP, SA und SS organisiert sind) sowie Hans Filbinger (Ex-Ministerpräsident von Baden-Württemberg).

Die PEU beruft sich noch heute auf Coudenhove-Kalergi, der kurz vor der Gründung warnte: „Ein politisch zersplittertes Europa würde schutzlos einer zukünftigen russischen Invasion ausgeliefert sein. Ein Europa, das durch Zollgrenzen aufgesplittet ist, wäre unfähig mit der ausgedehnten amerikanischen Wirtschaftsmacht zu konkurrieren.“ Die PEU fordert bei ihrer Gründung einen „europäischen Staatenbund“ sowie die „Bildung eines europäischen Militärbündnisses“. Sie wäre bereit gewesen, zur Durchsetzung

dieses imperialistischen „Großeuropa“ auch mit den Faschisten zusammenzuarbeiten. Coudenhove schreibt 1933: „Auch heute ist Paneuropa neutral im Kampf zwischen Demokratie und Faschismus“, und erklärt die Bereitschaft, mit jedem System zusammenzuwirken, das seine außenpolitischen Richtlinien anerkennt. Innenpolitisch tritt er für eine „soziale Aristokratie des Geistes“ („Herrschaft der Besten“) ein.

Daß diejenigen (nicht nur die „Pan-europäer“), die nach Ende des Krieges den „Europagedanken“ aufgriffen, denn auch bruchlos am Ziel einer deutscheuropäischen Großraumwirtschaft zur Ausweitung der strategischen Basis der Kapitalistenwirtschaft anknüpfen konnten, soll folgendes Zitat aus der Denkschrift des faschistischen Außenministers Ribbentrop von 1943 zur Schaffung eines „Europäischen Staatenbundes“ belegen, die sich liest wie ein Drehbuch zur Europäischen Gemeinschaft: „Die Einnigung Europas, die sich in der Geschichte bereits seit längerem abzeichnet, ist eine zwangsläufige Entwicklung. Die ungeahnten Fortschritte der Technik, die Schrumpfung der Entfernungen infolge der modernen Verkehrsmittel, die ungeheure Steigerung der Reichweite und Zerstörungskraft der Waffen (Luftwaffe), die gewaltige Last der Rüstungen und der Zug der Zeit, weite Zusammenhänge zu schaffen und große Räume gemeinsamer Erzeugung und Bewirtschaftung herzustellen, nötigen Europa zum engeren Zusammenschluß.“

Das „Nachkriegsprogramm“ der Paneuropa-Union, die sich nach ca. 15jähriger Pause ab 1973 insbesondere



Otto v. Habsburg (2. v.l.) wird 1983 mit dem „Benediktspreis“ durch den „Bürgerverein Mönchengladbach“ ausgezeichnet. In seiner Dankansprache wirft er „dem Osten“ vor, „seine Völker in Konzentrationslager zu sperren“.

in der BRD wieder reorganisierte, kann bis heute etwa folgendermaßen zusammengefaßt werden: Unterstützung des Aufbaus der EG, um mittels dieses „Zwischenschritts“ der westeuropäischen Einigung die Bedingungen zur Überwindung der Nachkriegsordnung zu verbessern. Zitat aus der „Kurzfassung des Programms der PEU Deutschland“: „1. Die Paneuropa-Union tritt für ein Groß-Europa ein. Für sie ist die Jalta-Linie nicht ein endgültiger Trennungsstrich Europas. 2. Die Paneuropa-Union ist für die Freiheit, nicht nur für die Freiheit des Individuums, sondern auch für die Freiheit der Wirtschaft. Sie ist für die soziale Marktwirtschaft und für das Privateigentum...“

Die PEU gewann an Bedeutung als Sammelbecken bzw. Vermittler konservativer und faschistischer Kräfte, als die BRD (wieder) zur stärksten westeuropäischen Wirtschaftsmacht geworden war und als die Schaffung eines europäischen Bundes o.ä. sowie eine Offensive gegen die osteuropäischen Länder auf der Tagesordnung stand. Bereits 1968 hatte F. J. Strauß in „Herausforderung und Antwort“ festgestellt: „Auf die Dauer kann es kein Deutschland geben, das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist. Deshalb braucht die deutsche Politik einen europäischen Rahmen.“ – So war es nur folgerichtig, daß sich in der PEU die reaktionärsten Kräfte u. a. aus BdV, CSU, CDU fanden. Insbesondere, nachdem der BdV ab Mitte der 70er Jahre zur Durchsetzung der großdeutschen Ansprüche den „europäischen Weg“ in den Vordergrund stellte.

Als Grundsätze der PEU bezeichnete v. Habsburg auf dem PEU-Kongreß 1976 in Aachen u. a.: „Wir sind Großeuropäer. Für uns ist die Linie, die im Februar 1945 in Jalta durch Nichteuropäer quer durch unseren Erdteil gezogen wurde, keine gültige Grenze... Ein vereintes Westeuropa muß kraftvoll für die Dekolonisierung ganz Europas eintreten. Europa ist ein Kontinent der Freiheit. Wir lehnen die Zusammenarbeit mit dem Kommunismus ab.“ – Welche Aufgabe Otto v. Habsburg, der sich selbst gern als „erster Heimatvertriebener Europas“ bezeichnet, den „Heimatvertriebenen“ zugeht, mag folgendes „sendungsbeußte“ Zitat aus seinem Buch „Die Reichsidee“ belegen: „Die deutschen Stämme im Herzen Europas haben keine natürlichen Grenzen.(...) In dieser Perspektive haben die Heimatvertriebenen eine gewaltige Aufgabe. Sie sind eine lebendige Brücke zwischen dem Gestern und dem Morgen, haben gerade gegenüber den Herkunftsländern die Verpflichtung, die Interessen des versklavten Mitteleuropas schon jetzt im Westen zu vertreten. Das ist der Grund, warum die Heimatvertriebenen zu den besten Trägern des Eu-

ropagedankens zählen... Wenn die Deutschen zu den Vorkämpfern eines europäischen Bundes gehören, der allein einmal Heimatrecht und Wiedervereinigung garantieren kann, erweisen sie sich ihrer großen Geschichte als Reichsvolk würdig.“

Daß solche großdeutschen Pläne zur Neuordnung Europas – die Einverleibung der DDR, die Vernichtung der während des Krieges und danach geschaffenen Volksdemokratien in Osteuropa sowie die Zerschlagung der Sowjetunion – nur gewaltsam durchzusetzen sind, ist für die PEU klar. Das Motto des Bundeskongresses der Paneuropa-Jugend 1985 in Heidelberg lautete: „Paneuropa reißt Grenzen nieder“. Die PEJ selbst betrachtet sich als „politische Speerspitze eines freien Europa“. Konsequenterweise ist 1978 auf den „Europa-Tagen“ der PEU in Freiburg in der Arbeitsgruppe drei „Gerechtigkeit in Europa“ unter Lei-

lich werden: „... Das Wesentliche wäre: Alle Macht ohne Verzug wird auf neun Monate an eine einzige Person übertragen. Dieser Mann sollte ... das Recht haben, sämtliche Gesetze zu suspendieren und alle Maßnahmen zu ergreifen, die für die Erhaltung des Lebens der Bevölkerung notwendig sind ...“ (veröffentlicht 1978 in der „Zeitbühne“) – Wernitz (SPD), Vorsitzender des BT-Innenausschusses, forderte daraufhin die bayrische Staatsregierung auf, ihn entsprechend der Bestimmungen des Ausländergesetzes auszuweisen.

V. Habsburg pflegt seine Beziehungen zu Faschisten. Auf einem Symposium von Europas Christdemokraten warnte er davor, die NPD zu verketzern, denn auch diese Partei habe „wertvolle europäische Ordnungsvorstellungen“ (DVZ, 22.6.78). O. v. Habsburg, Mitglied u. a. beim „Hilfskomitee Freiheit für Rudolf Heß“, schreibt u. a. in Freys „National-



Verkündung der „Charta der Heimatvertriebenen“ am 6.8.1950 in Stuttgart. – Jetzt Friedensnobelpreis an BdV dafür, daß unter dem Deckmantel des „Gewaltverzichts“ „Volkgruppenrechte im vereinten Europa“ gefordert werden?

tung des CDU-Bundestagsabgeordneten Hans-Edgar Jahn aufgrund eines Thesenpapiers des BdV-Präsidenten Czaja folgende Position erarbeitet worden: „Dort wo in umstrittenen Gebieten die Besiedlung entscheidend verändert und das Zusammenwirken von Nationen und Kulturen zerstört wurde, müssen das Recht auf Heimat, die nationalen Gemeinschaftsrechte und die nationale Selbstverwaltung *politisch und militärisch durch die gemeinsamen Organe des freien Europa* und durch die diesen Gebieten benachbarten nationalstaatlichen Kerngebiete gesichert werden.“ (Hervorhebung durch Verfasser) – Diese Position ist weitgehend. Sie verlangt vom vereinigten Westeuropa militärische Maßnahmen zur Grenzrevison und zur Durchsetzung von „Volkgruppenrechten“ weit über die Grenzen von 1937 hinaus.

Für solche Ostlandritte kann Otto v. Habsburg's „Notstandsplan“ erforder-

zeitung“.

Daß sich Strauß und Kohl der Bedeutung solcher reaktionärer Speerspitzen für ein „freies Europa“ wohl bewußt sind, ist häufig genug von ihnen betont worden. So hat Kohl als CDU-Vorsitzender 1976 auf dem PEU-Kongreß in Aachen gesprochen, 1983 der PEU per Telegramm die Unterstützung der CDU zugesichert, 1987 ist er Hauptredner. In der Regierungserklärung vom 18.3.87 hat er bekräftigt: „Uns leitet der Verfassungsauftrag, in einem vereinten Europa in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Quellenhinweis: Programm der PEU; div. Ausgaben „PANEUROPA Deutschland“ 1983 bis 1986; div. Ausgaben „Neue Kommentare“ 1977 bis 1979 von Georg Herde; Mobilmachung – Die Habsburger Front, Junge Europäische Föderalisten, 1979 – (mio)

Protest gegen Republikaner-Parteitag

Nürnberg. Am 28. März veranstalteten die „Republikaner“ ihren bayerischen Landesparteitag in Nürnberg. Damit sollte der Republikaner-Kandidat zu den Nürnberger OB-Wahlen (Herbst '87) Rückenwind erhalten. Am Tag zuvor hatten sie eine Kundgebung in Zirndorf (zentrales Flüchtlingsammelager) bei Nürnberg abgehalten. Protest gegen dieses rechte Sammelbecken meldeten das Antifaschistische Plenum und die VVN (getrennt) an. Die VVN wandte sich in einem Flugblatt gegen die Positionen der Republikaner. Das Antifaschistische Plenum, in dem Autonome, Volksfront und andere antifaschistische Kräfte eine Zusammenarbeit begonnen haben, führte eine Veranstaltung mit 50 Teilnehmern durch. Dort berichtete auch eine Abgeordnete der GRÜNEN über die Zusammenarbeit der CSU mit dem Republikaner im Bezirkstag Mittelfranken. Während des Parteitags fand ausgehend vom Antifaschistischen Plenum eine Infoaktion in der Innenstadt und (statt einer ursprünglich geplanten Demonstration in der Innenstadt) eine Protestversammlung vor dem Tagungsort statt. – (mas)

Boxberg-Urteil: Neue Wege aufgezeigt!

Boxberg. Weil eine gesetzliche Grundlage für die Enteignung von Bauern zugunsten von Daimler-Benz fehlt, hat das Bundesverfassungsgericht am 24. März entschieden, daß die Teststrecke vorerst nicht gebaut werden darf. Das Gericht weist jedoch den Weg dahin: „Hält der Gesetzgeber ein solches Großprojekt, wie es die Versuchsstrecke darstellt, für durchsetzungsbedürftig, so bleibt ihm auch die Möglichkeit eines auf dieses Projekt beschränkten Gesetzes.“ In einer ersten Stellungnahme hat der Regierungssprecher von Ministerpräsident Späth, Kleinert, erklärt, daß derzeit geprüft werde, ob dazu ein Bundesgesetz notwendig sei, oder ob ein Landesgesetz ausreiche. Aber natürlich käme es sowieso darauf an, wie sich Daimler-Benz weiter verhalten wolle. „Das Bundesverfassungsgericht hat alles ins Lot gebracht“ oder: „Der Glaube an den Rechtsstaat ist wieder hergestellt“, so lauten die ersten Äußerungen des BUNDSCHUH, der seit knapp zehn Jahren Widerstand leistet. Das „Handelsblatt“ kommentiert am 25.3.: „Daimler-Benz selbst wird keinen unzumutbaren Schaden erleiden dadurch, daß im Fall Boxberg zugunsten des Freiheitsrechts auf Eigentum entschieden wurde.“ Das Urteil sagt nicht, daß eine Enteignung zugunsten von Daimler-Benz unmöglich wäre, im Gegenteil: das „Gemeinwohl“ muß gesetzlich ordentlich begründet werden – dann kann es gehen. – (mah)



Speyer. In einem Prozeß wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Zeugenbedrohung wurde am 18.3. der Neonazi Knopf zu 8 Monaten mit Bewährung verurteilt. An einer Demonstration der Antifaschistischen Aktionseinheit gegen die Prozeßverschleppung seit 1984 und die Förderung von Nazis nahmen über 300, am Prozeß 150 teil (Bild). – (sth)

Antifaschisten sechs Stunden von Polizei belagert

Bielefeld. Am 27.3. fand vor dem Zentrum der Nationalistischen Front eine Blockade von etwa 150 Antifaschisten statt. Nach wenigen Minuten erfolgte ein massiver Polizeieinsatz gegen die Antifaschisten, die bewaffnet auftretenden Faschisten blieben weitgehend ungeschoren. Die Antifaschisten zogen sich dann in das autonome AJZ zurück. Eine halbe Stunde später zog dort Polizei auf und kesselte alle Besucher sechs Stunden ein. Nach Mitternacht stürmte die Polizei, es gab üble Prügeleien, die Personalien aller wurden ermittelt und ca. 15-20 wegen Landfriedensbruch vorübergehend festgenommen. – Rund 500 Leute (auch VVN/BdA, DKP und Jusos), demonstrierten am anderen Morgen gegen den Polizeieinsatz. Dieser richtete sich gegen das autonome Spektrum, das mit Verfahren überzogen werden soll. Der Einsatz widerspricht einem Ratsbeschuß, wonach die Stadt beim Landesinnenministerium das Verbot der NF fordert. – (ads)

Demonstration gegen Verhaftungen

Duisburg. Am 11.3. wurden auf Beschluß des Bundesgerichtshofes drei Leute wegen Bildung einer „terroristischen Organisation“ festgenommen. Diese Konstruktion leitet die Bundesanwaltschaft daraus her, daß die Verhafteten Kontakte zu den im Sommer 86 in Duisburg unter dem gleichen Vorwurf Verhafteten – die seitdem in Isolationshaft sitzen – hätten. Konkret wurden ihnen verschiedene Anschläge vorgeworfen, u.a. auf das Ausländeramt in Köln. Zwei der Verhafteten mußten allerdings schon am 12.3. wieder freigelassen werden. Am 28.3. beteiligten sich ca. 400 an einer Demon-

stration, zu der im wesentlichen autonome und antiimperialistische Gruppen aufgerufen hatten. In einem Flugblatt und auf Transparenten wurde die Konstruktion der Bundesanwaltschaft angegriffen und die Einstellung der jetzt eingeleiteten Verfahren und die Freilassung aller Verhafteten gefordert. Die Volksfront unterstützte die Demonstration. – (mab)

Gemeinderat Mannheim bestätigt NPD-Raumverbot

Mannheim. Aus Anlaß einer Anfrage des NPD-Kreisverbandes an das städtische Kongreßzentrum in Mannheim, Termine für einen eventuellen NPD-Bundesparteitag im Herbst 1986 bzw. einen Landesparteitag im Frühjahr 1987 genannt zu bekommen, faßte der Gemeinderat einstimmig den Beschluß, der NPD keine Auskünfte zu erteilen, ihr also die Räume zu verweigern. Die NPD wird darin als Nachfolgeorganisation der NSDAP beurteilt, und das Rechtsamt der Stadt bezog sich auf das Frankfurter Gerichtsurteil gegen die NPD. Der NPD-Landesverband klagte gegen diesen Gemeinderatsbeschuß beim Regierungspräsidium Karlsruhe. Das Regierungspräsidium nahm sich der Sache an und mahnte zuerst an, den Beschluß des Gemeinderats wegen Rechtswidrigkeit selbst aufzuheben. Nachdem jedoch der Gemeinderat abermals einstimmig seinen Beschluß bestätigte, drohte das Regierungspräsidium mit der Zwangsaufhebung des Beschlusses. Wiederum einstimmig beschloß daraufhin der Gemeinderat, gegen diese Drohung Widerspruch einzulegen, worüber nun erneut das Regierungspräsidium zu befinden hat. Die Begründung des Regierungspräsidiums stützt sich vor allem auf die Legalität der NPD als Partei und auf den Gleichbehandlungsgrundsatz im Parteiengesetz, der auch für die NPD gelte. – (rih)

PWA Mannheim

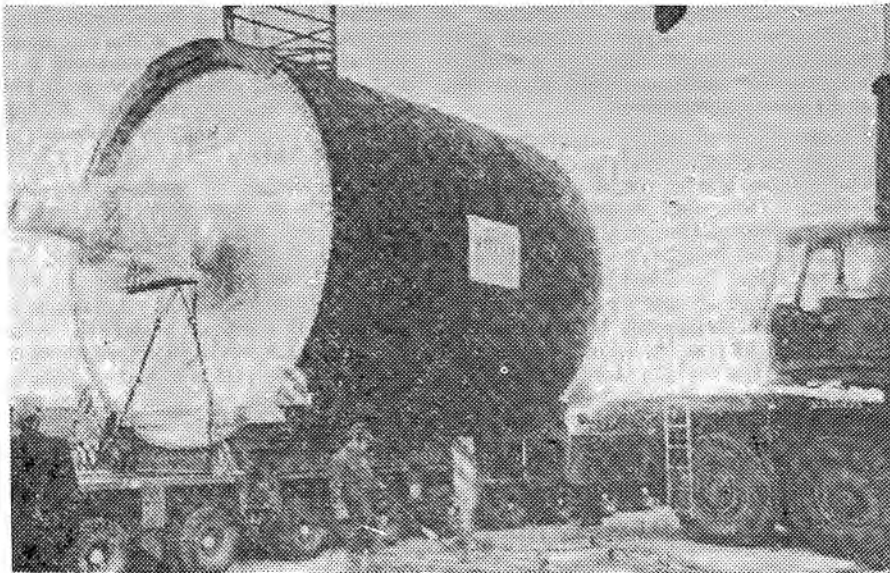
51 Pfennig mehr für Handwerker Veränderungen im Lohn- und Zeitgefüge

Mannheim. 300 Handwerker der Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg, Werk Mannheim, (2050 Beschäftigte) bekommen 51 Pfg. mehr auf die Prämie ab 1.1.1987 bezahlt. Ein Facharbeiter der oberen Kategorie „Spezialhandwerker“ hat nun bei einem Tariflohn von 14,45 DM eine betriebliche Prämie von ca. 3,50 DM. Die letzte innerbetriebliche Lohnerhöhung bei den Handwerkern liegt etwa drei Jahre zurück – ebenfalls kurz vor den Betriebsratswahlen, damals 30 Pfg. auf die Prämie. Warum sind Lohnerhöhungen bei den Handwerkern möglich, wo doch insgesamt verschlechterte Arbeits- und Lohnbedingungen der Belegschaft wesentliche Grundlage enormer Gewinnsteigerungen in den letzten drei Jahren waren?

Abgesehen davon, daß die Ge-

sich das nur mit der Absicht der Geschäftsleitung, die Lohnkosten insgesamt zu senken und durch einen kleinen Bonus die Motivation der Arbeiter an den sehr teuren Maschinen zu steigern. Die „5er“ kostete 80 Millionen, eine Stunde Stillstand 10000 DM. Sie sollen darüber hinaus zu Bewußtseinsträgern sozialpartnerschaftlicher Ideologie werden. Das ist auch erklärtes Ziel der IG-Chemie-Führung.

Schon jetzt sieht die Lohnverteilung so aus, daß es bezogen auf die Anzahl der Beschäftigten in bestimmten Lohngruppen zwei nebeneinanderliegende ähnlich verlaufende Kurven sind, wobei die Schwerpunkte der beiden Kurven ca. zwei DM/Std. im Tariflohn auseinanderliegen. Hinzu kommt noch im Mittel eine Differenz in der Prämie von einer DM/Std. Von der Lohn-



Der 110 t schwere Trockenzylinder der neuen Wattermaschine 5. Damit wird die Kapazität bei gleicher Belegschaft auf 210000 t erhöht.

schaftsleitung dem Druck nachgeben mußte, arbeitet sie schon eine Zeitlang an der Umstrukturierung des Lohngefüges.

Im Werk Mannheim wird der erzeugte Zellstoff wesentlich zu Rohwatte und weiter zu Watteprodukten (Toilettenpapier, Küchen- und Taschentüchern) verarbeitet. An den fünf Wattermaschinen sind insgesamt ca. 160 Leute beschäftigt, davon an der neuen „5er“ ganze 18. In der Watterverarbeitung sind es ca. 480 in Tag-, Zweier-, Dreier- und Viererschicht. Die Beschäftigten in der Verarbeitung sind der Geschäftsleitung „weniger wert“. Für die Schlosser, die dort als Einrichter in der Produktion arbeiten, wurden auch die 51 Pfg. nicht bezahlt. Erklären läßt

struktur her sind es also zwei Betriebe in ein und demselben Werk. Insgesamt liegen 65% der gewerblichen Arbeitnehmer unterhalb des niedrigsten Handwerkerlohns.

Der Niedriglohn für die Masse der Beschäftigten war auch schon immer zusätzliches Druckmittel für Überstunden. 1500 Arbeiter haben im vergangenen Jahr 200000 Überstunden gemacht, das sind 11 Stunden pro Mann im Monat oder eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 42,5 Std. Die Überstundenkurven verlaufen von Jahr zu Jahr ähnlich: die Spitzen liegen von Januar bis März bei 19000 Std./Monat, im Mai der Tiefpunkt mit 14000, Juli bis September 20–25000 Std./Monat, November wieder „nur“ 14000 Std./

Monat.

Um die Spitzen zu glätten, wird der Urlaub seit zwei Jahren in den wichtigsten Abteilungen auf drei zusammenhängende Wochen während der Ferienzeit beschränkt. 1986 lag daraufhin die Spitze „nur noch“ bei 17550 Überstunden im August. Die Geschäftsleitung schlägt nun eine Gesamtbetriebsvereinbarung vor, in der „Jahresarbeitszeit“ und „Jahresarbeitslohn“ vereinbart werden sollen. Um ein Mindesteinkommen auch bei weniger als 40 Std./Woche zu sichern, soll ab Januar 1988 der Monatslohn eingeführt werden.

Die Arbeitszeiten sind jetzt schon denkbar flexibel. Abgesehen von den Überstunden gibt es bei den 550 Angestellten die Gleitzeit. Von den 1500 Arbeitern arbeiten ca. 300 Normal-schicht, davon 50 Rufbereitschaft. 100 arbeiten in zwei Schichten, 250 in drei Schichten, 850 in vier Schichten. Eine Besonderheit sind die 120 Beschäftigten in der Hackerei, die je nach Bedarf ohne festen Schichtplan vollkontinuierlich arbeiten. Der Überstundenanteil liegt hier mit 21 Std./Mann/Monat oder bei durchschnittlich fünf Wochenstunden am höchsten. Von der Notwendigkeit des Produktionsprozesses her müßten nur etwa 250 Leute vollkontinuierlich arbeiten.

Trotz kaum vorhandener gewerkschaftlicher Strukturen nimmt die Diskussion um Lohn, Arbeitssetze und Arbeitszeitmodelle zu. Die Handwerker (15% der Beschäftigten) stellen 40% des neu gewählten Betriebsrats. Zugenommen haben aber auch die oppositionellen Stimmen. – (ide)

Flüchtlinge

Bayerischer Flüchtlingsrat gegründet

München. Im Rahmen eines Wochenendseminars in Josefstal/Schliersee wurde am 15.3.87 der „Bayerische Flüchtlingsrat“ als Zusammenschluß „aller in der Asyl- und Flüchtlingsarbeit aktiv Tätigen“ gegründet. Anwesend waren 32 Vertreter aus 22 bayerischen Gruppen aus nahezu allen Regierungsbezirken. Das politische Spektrum reichte vom Anti-Strauß-Komitee über Grüne, Amnesty International, Christen bis zu CSU-Nahestehenden. Die meisten Gruppen arbeiten seit Herbst letzten Jahres, haben sich gegen die damalige Hetzkampagne vor den Wahlen gegründet.

Bei der Debatte um die Gründungserklärung wurden Positionen, die Ausgrenzungen unliebsamer Organisationen über den Sprecherrat forderten, mehrheitlich überstimmt. Bei zwei Enthaltungen wurde die Gründungserklärung angenommen. Sie beruft sich auf einen Katalog von Forderungen

gegen die Asylpolitik, die der Münchner Flüchtlingsrat auch als Grundlage hat. Durch Koordination und Informationsfluß soll die Arbeit zur Verbesserung im Bereich des Asylrechts und sozialer Belange der Flüchtlinge am Ort erleichtert werden. Darüberhinaus soll bei Veränderung entsprechender Gesetze bzw. Verordnungen eben auch auf Landesebene schnell reagiert werden, zu diesem Zweck wurde bis Juli ein vorläufiger Sprecherrat gewählt. Aus bis dann stattgefundenen Regionalversammlungen soll er dann endgültig bestimmt werden.

In einer Arbeitsgruppe wurde das dringende und schwierige Problem debattiert, was gegen die Abschiebungen getan werden kann. Die Bayerische Staatsregierung hat beschlossen, alle Bewerber aus dem Libanon abzuschicken. Ebenfalls betroffen sind jetzt schon alle indischen Flüchtlinge. Berichtet wurde über Ablehnungen von Sikhs in Zirndorf, bei denen 18 „Verfahren“ in zwei Stunden durchgejagt wurden. Ebenfalls droht vielen Iranern Abschiebung, da Krieg und Folter nicht mehr als Asylgrund anerkannt werden.

Die Möglichkeit von „öffentlichem Kirchenasyl“ in ausgewählten Fällen und Beschuldigung der Verantwortlichen, Abschiebung bedeute Mord, wird in Erwägung gezogen, außerdem Besetzung von Flughäfen etc. Die einzelnen Gruppen sollen diese und andere Möglichkeiten überprüfen. – (lsc)

Schleswig-Holstein-Wahlen

Antifaschisten wollen Zusammenarbeit verbessern

Kiel. Am 15. März fand in Neumünster ein „landesweites antifaschistisches Initiativentreffen“ statt, zu dem die schleswig-holsteinischen Autonomen eingeladen hatten. Die Teilnehmer waren sich einig, daß möglichst schnell ein Kongreß durchgeführt werden soll, auf welchem die Politik von Antifaschisten im Hinblick auf die Landtagswahlen diskutiert werden soll. Eine bessere Zusammenarbeit der Antifaschisten wird durch die Politik der Landesregierung und der Faschisten und dem Stillhalten von SPD und Grünen dagegen erzwungen.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat seit den Bundestagswahlen im Januar die Hetze gegen Flüchtlinge und Ausländer gesteigert. Gemeinden, die Asylbewerber nicht in Sammelunterkünften unterbringen, erhalten ihre Sozialhilfekosten nicht mehr erstattet. Die Barschelregierung hat damit Rassismus, faschistische Umtriebe und Vorstellungen von einer Erneuerung der faschistischen Volksgemeinschaft hervorgerufen und gepölpelt. Kein Wunder, daß sich Stiefeln-

zis zum Beispiel in Elmshorn zu Brandanschlägen und Drohbriefen gegen Ausländer ermutigt fühlen.

Faschistische und nationalistisch-revanchistische Organisationen unternehmen vielfältige Aktivitäten, um die anstehenden Landtagswahlen zur Vergrößerung ihres Einflusses zu nutzen. Die der FAP nahestehende faschistische Zeitung „Deutscher Standpunkt“ hat in ihrer Nr. 3/87 auf eine Leseranfrage aus Lübeck erklärt, daß die FAP wahrscheinlich kandidieren wird. Die NPD will vielleicht mit der „Deutschen Volksliste“ kandidieren. Angeblich bestehen Wahlabsprachen zwischen der Unabhängigen Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein (UWSH) und den Republikanern.

Bei allen diesen Organisationen ist der Dreh- und Angelpunkt ihrer Politik die Hetze gegen die Flüchtlinge und Ausländer. Gleichzeitig fordern sie eine Verbesserung der Mittelstandsförderung, eine bodenständige Ökologiepolitik, machen Propaganda für die deutsche Familie und propagieren die Eliteförderung. Kern einer solchen Programmatik ist der Versuch, erneut eine faschistische Volksgemeinschaft anzusteuern und dabei erst die ausländischen Arbeiter und dann alle Arbeiter und ihre Organisationen zu isolieren.

Zweck des „antifaschistischen Kongresses“ am 25./26. April in Lübeck ist, „einen gemeinsamen politischen Rahmen und gemeinsame antifaschistische Tätigkeiten“ zu diskutieren. Weil die Programmatik der Faschisten die beschriebenen Schwerpunkte enthält, sind in der Einladung zum Kongreß folgende Aufgaben für ein antifaschistisches Bündnis genannt: gegen die faschistische und reaktionäre Ausländer- und Asylpolitik, gegen Volksgemeinschaftspolitik, gegen Angriffe auf kollektive Rechte der Lohnabhängigen, gegen Revanchismus, Militarismus und Kriegsvorbereitungen, gegen staatliche Unterdrückung und für Verbot und Auflösung aller faschistischen Organisationen. Der Kongreß soll klären, ob antifaschistische Kandidaturen möglich und sinnvoll sind. – (clm)

FAP-Parteitag

Prozeßwelle gegen Antifaschisten

Heilbronn/Stuttgart. Nach dem FAP-Bundestag am 7.6.86 in Stuttgart (siehe Politische Berichte 12/86) wurden über ein Dutzend Verfahren gegen Antifaschisten eingeleitet. Die meisten haben mit Verurteilungen geendet. Vor zwei Wochen wurde die schwerste Anklage verhandelt: Gemeinschaftliche schwere Körperverletzung. In ihren Prozeßklärungen haben die beiden Angeklagten u.a. einiges über die drei verprügelten faschistischen Zeugen

zusammengetragen: Steffen Dupper, heute in Karlsruhe, früher zusammen mit O. Hepp in der Wehrsportgruppe Schlageter, Kontakte zu Hoffmann und Gundolf Köhler. Zusammen mit Hepp ein Jahr in Libanon zur Ausbildung, danach in der Führungsspitze der ANS/NA. Er wurde zum FAP-Parteitag von Hardmut von der Heide aus Hannover abgeholt. Der dritte war Alois Hogh, FAP-Aktivist aus Heidenheim. Wie beim Parteitag Faschisten und Staatsapparat gemeinsam vorgehen, so setzte sich die Zusammenarbeit bei der Verfolgung der Antifaschisten



Kontinuität des Faschismus, Zusammenarbeit mit der Staatsmacht

fort. Den dreien wurden bei ihrer Vernehmung nur die Lichtbilder der beiden Angeklagten vorgelegt, woraufhin sie die „Identifizierung“ schafften.

Aus den Prozeßklärungen der beiden Angeklagten: „Dieses Verfahren gegen uns ist ebenso ein Angriff von Anhängern dieser Organisation, wie die täglichen Angriffe auf der Straße ... Diese Angriffe können nicht losgelöst von der gängigen Ausländer- und Asylpolitik der Regierung gesehen werden ... Rechtsgerichtete Parteien und Organisationen wie die FAP, deren Ideologie und Praxis auf Rassismus, Ausländerhaß, Wiederherstellung des großdeutschen Reiches, Sexismus usw. basieren, bekommen durch solche Anschläge (auf Asyl-Ghettos, Oktoberfest usw.) großen Zulauf ... Ich behaupte, daß die Kapitalisten und dieses pseudodemokratische System bedingt mit den neofaschistischen Gruppen zusammenarbeiten, sie materiell unterstützen und sie je nach Bedarf versuchen, in ihrem Sinn zu funktionalisieren.“

Staatsanwältin Ehrmann verlangte zehn und vier Monate Gefängnis, dem Richter waren die Aussagen zu widersprüchlich („aber wahrscheinlich tue ich den Zeugen unrecht“): Freispruch von der Körperverletzung, 1200.- DM für einen Angeklagten wegen Messerbesitzes. Die Staatsanwaltschaft wird in Berufung gehen. – (bes)

Continental Gummi-Werke AG

Vorstand setzt Lohnsenkungen durch zwecks weiterer Expansion

Hannover. Dem Vorstand der Continental unter Vorsitz von Helmut Werner, laut „Industriemagazin“ der zweitbeste Manager des Jahres 1986, ist es gelungen, für 10000 Arbeiter drastische Lohnsenkungen durchzusetzen. Am 19.2.87 wurde die Betriebsvereinbarung von beiden Seiten unterschrieben. In einer geheimen Abstimmung hatten 26 von 33 hannoverschen Betriebsräten der Betriebsvereinbarung zugestimmt.

Folgende Lohnkürzungen wurden vereinbart:

1. Die Lohnerhöhungen werden nicht wie in der Vergangenheit auf den Effektivlohn gezahlt, sondern nur noch auf den Basislohn, der in etwa dem Tariflohn entspricht. Ab 1989 wird ein Viertel der Tarifierhöhung verrechnet mit den übertariflichen Zahlungen. (s. Spalte zwei und drei der Tabelle)

2. Die Akkordvorgabezeiten werden pauschal um 4,3 Prozent gekürzt. Begründet wird dies mit den zu hohen Erhol- und Verteilzeiten nach dem geltenden Bedaux-System im Vergleich zu REFA. Für die Arbeiter heißt das bei gleicher Leistung weniger Lohn. (s. Spalte vier) Der Vorstand behauptet, daß dies nicht zu „Einkommensminderungen bei den Mitarbeitern (führt), da für sie die Möglichkeit besteht, durch bessere Nutzung der Arbeitszeit ... den gleichen Zeitgrad wie bisher zu erzielen“. Selbst wenn dies vielen Akkordarbeitern gelingen sollte, bedeutet es noch mehr Arbeitshetze. So oder so, die Continental erhält in jedem Fall 4,3 Prozent mehr Leistung ohne einen Pfennig mehr Lohn.

3. Neueingestellte Arbeiter erhalten ab sofort fünf Prozent weniger Lohn, indem sie nach einer gesonderten

Lohntabelle bei gleichem Grundlohn bezahlt werden. Diese zweite Lohntabelle wird über geringfügig höhere Lohnerhöhungen bei Tarifabschlüssen über Jahre wieder an die andere Tabelle herangeführt. (s. Spalte fünf)

4. 1989 wird die Bezahlung, die bisher nach 22 Lohnsymbolen auf der Grundlage der sechs Kautschuklohngruppen erfolgte, umgestellt auf die größtenteils niedrigeren Chemielohngruppen (vermutlich dann Entgeltgruppen der Chemie). Zu dem Zweck hat die Continental 1985 den Arbeitgeberverband von Kautschuk nach Chemie gewechselt.

5. Ab 1.1.1990 ist die endgültige Einführung von REFA vereinbart. Dann ist mit einer nochmaligen Kürzung der Vorgabezeiten zu rechnen mit der abermaligen Alternative: mehr Arbeit oder weniger Geld.

Nur die drei ersten Punkte sind in ihrer Auswirkung an einem Beispiel in der Tabelle dargestellt. Sie alleine bedeute bereits bis 1990 eine Lohnneinbuße von zehn Prozent oder 363 DM, für Neueingestellte sogar 481 DM weniger pro Monat.

Der Vorstand ist in die Verhandlungen hoch eingestiegen und hat viel erreicht. Die ersten Vorschläge waren: Neueingestellte werden nur noch nach Tarif bezahlt, keine Lohnerhöhungen berechnet auf den Effektivlohn und Abschaffung des Akkordlohns zugunsten einer sehr viel niedrigeren Prämienentlohnung, die Prämien gestaffelt nach Qualität der Produktion, Standorten und Gewinnen in den einzelnen Geschäftsbereichen. Erreicht hat er Lohnsenkungen, die auf zehn Jahre hochgerechnet in einer Größenordnung von einer halben bis einer dreiviertel Milliarde Mark anzusiedeln

sind. Und das zu einem Zeitpunkt, wo die Profite höher sind als jemals nach dem zweiten Weltkrieg. Auf eine entsprechende Frage Arbeitsdirektor Kauth: „Wir haben doch keine Regelung für 1986 gemacht. Selbst 1987 sind die Auswirkungen begrenzt. Nein, wir haben eine Absprache getroffen, die sich erst in den 90er Jahren voll auswirkt. Bis dahin werden wir mit Sicherheit wieder härtere und schwierigere wirtschaftliche Verhältnisse erleben.“ – Zwei neue Reifensysteme sind entwickelt. Ziel des Vorstands ist es, die Konkurrenzbedingungen auf dem westeuropäischen Markt zu seinen Gunsten zu ändern.

Und noch etwas hat der Vorstand erreicht: Durch seine Unterschrift ist der Betriebsrat gezwungen, die Lohnsenkungen als „einigermaßen sinnvolle und vertretbare Lösung“ der Belegschaft zu verkaufen! Vermutlich ist es richtig, daß auf dem Verhandlungsweg allein nicht viel mehr zu erreichen war und auch in der Einigungsstelle keine Alternative zu suchen ist. Allerdings hat der Betriebsrat mit zwei einschneidenden Fehlern das Ergebnis mit zu verantworten. Erstens hat er nur verhandelt und die Arbeiter völlig unzureichend über die Auswirkungen dieses komplizierten Etappenmodells informiert und damit ein Einmischen der Belegschaft von Anfang an verhindert. Zweitens entwirft sich der Betriebsrat selbst, wenn er die Konkurrenzfähigkeit der Continental zu seinem eigenen Anliegen macht. Betriebsratsvorsitzender Alt zu der Kürzung der Vorgabezeiten: „... wir (können) auch als Betriebsrat nicht ... tatenlos zusehen, wie wichtige Wettbewerber uns über höhere Leistungen Arbeitsplätze abjagen.“!

Den Arbeitern blieb nicht viel mehr, als nach erfolgter Unterschrift auf den Betriebsversammlungen Ende März ihrer Wut Luft zu machen und zumindest in einem der vier hannoverschen Werke den Vorstand auszupfeifen. – (gea)

Entwicklung eines Akkordstundenlohnes bei Continental

Beispiel: Lohnsymbol 17 (Facharbeiter) mit 138er Zeitgrad, angenommene Tarifierhöhung: vier Prozent

Jahr	Basislohn 100%	alt 138%	neu 138%	neu 132%	Neueinst. 132%
1986	14,34	19,79	19,79	18,93	18,06
1987	14,92	20,58	20,37	19,51	18,64
1988	15,51	21,40	20,96	20,10	19,29
1989	16,13	22,26	21,43	20,67	19,82
1990	16,78	23,16	21,92	21,06	20,38

Angenommen wurde für diese Lohnentwicklung die gleiche Arbeitsleistung wie bisher im 138er Zeitgrad.

Continental 1985

	AG	Konzern
Beschäftigte	15500	31100
Umsatz	2,3	5 Mrd.
Jahresüberschuß	37,2	77,2Mio.

Produkte: 3/4 des Konzernumsatzes sind Reifen, der Rest technische Produkte

Werke mit den Marken Continental, Uniroyal und Semperit in: Westdeutschland, England, Frankreich, Belgien, Irland, Österreich, Spanien, Luxemburg, Jugoslawien

Europäischer Marktanteil bei Reifen ca. 17%, hinter Michelin mit ca. 30%.

Volkszählung

**Krankenpflegeschüler
gegen Zwangsverpflichtung**

Augsburg. Gegen den Plan, sie zu Zwangszählern bei der Volkszählung zu machen, protestierten 200 Krankenpflegeschüler am Zentralklinikum am 20. Februar mittags in der großen Eingangshalle. Es beteiligte sich etwa die Hälfte aller Auszubildenden am Klinikum. Der Protest richtete sich dagegen, daß die Krankenpflegeschüler mehr als die Hälfte der 300 vom Klinikum angeforderten Zähler bei der Volkszählung stellen sollen. Die Geschäftsleitung des Klinikums nahm Einsprüche gegen die Inanspruchnahme als Zähler nicht zur Kenntnis, wohl aber die Aktion während der Arbeitszeit: Gleich drohte der Personalchef Erich Schwaiger mit arbeitsrechtlichen Folgen. Die Aktion war dennoch erfolgreich: Der Leiter der „Erhebungsstelle“, in der die Volkszähler gesammelt und eingeteilt werden, gab bekannt, die Krankenpflegeschüler würden daraufhin am Ende der 700-köpfigen Reserve eingeordnet und nur im äußersten Notfall verpflichtet. Jedoch könne die Erhebungsstelle es den Auszubildenden nicht ersparen, aufs Amt zitiert und formal als Helfer verpflichtet zu werden. Offenbar fürchtet man sehr erheblich für Datenrichtigkeit und -vollständigkeit, wenn man den Bock zum Gärtner macht. Andererseits wird die Gelegenheit genutzt, die Jugendlichen durch formelle Vergatterung zu disziplinieren; Beschäftigte des öffentlichen Dienstes werden wohl für Dienste aller Art gebraucht.

In den öffentlichen Diensten muß der Widerwille gegen das anbefohlene Klinkenputzen für den Staat beträchtliche Verbreitung gefunden haben, und man kann davon ausgehen, daß der schnelle und miese Tarifabschluß im öffentlichen Dienst die Begeisterung nicht gefördert hat. Die „Augsburger Allgemeine“ meldete kürzlich in einer Nebenbemerkung, daß mehrere hundert Zwangsverpflichtungen zu Zählerdiensten in der letzten Märzwoche per Post herausgingen.

Es sind mit Sicherheit nicht nur Grüne, die sich im öffentlichen Dienst gegen eine Verpflichtung zum Zählen sperren. Aber die Grünen als die einzige parlamentarische Partei, die offenen Widerspruch einlegt, zieht die ganze Wucht der staatlichen Entschlossenheit auf sich. Die Gewerkschaften verhalten sich demgegenüber äußerst vorsichtig, selbst wo Opposition vorhanden ist; im Falle der Krankenpflegeschüler hat sich die ÖTV nach Presseberichten darauf beschränkt, die Erhebungsstelle zu bitten, Auszubildende des Klinikums wegen ihrer Belastung in Schichtdienst und theoretischem Unterricht generell nicht zum Zähl-



dienst heranzuziehen.

Die sozialdemokratisch verwaltete Stadt Augsburg sah keinerlei Grund zur Reibung bei der Zusammenarbeit mit dem berüchtigten Innen- (Polizei-) Staatssekretär Gauweiler, als die Grünen eine Veranstaltung in der Kongreßhalle zum Thema „Widerstand gegen die Volkszählung“ ankündigten. Die Stadt widerrief bereitwillig den längst geschlossenen Mietvertrag, und auch die vom Landesverband der Grünen angerufenen Gerichte folgten der Begründung der Stadt, daß „mit Sicherheit ein schwerwiegender Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu erwarten“ sei. Die Veranstaltung wurde verlegt. – (ael)

Stammheim

**Die notwendige Korrektur
der herrschenden Meinung**

Essen. Am 22.3. fand in der Zeche Carl eine Veranstaltung „Stammheim 77 – Situation der politischen Gefangenen 87“ statt. Die Veranstaltung wurde unterstützt von Autonomen aus Essen, Gelsenkirchen, Moers und Oberhausen, dem Autonomen-Plenum Mülheim, dem Autonomen Schüler- und Schülerinnen-Plenum Bonn, BWK – Bezirk Ruhr, Cafe Nix Da Düsseldorf, Eschhaus Duisburg, Infoladen „Zündstoff“ Duisburg, Knastgruppe Gelsenkirchen, Politischer Buchladen Bochum, VSP – Bezirk Ruhr und Volksfront Essen.

Pieter Bakker Schut, Rechtsanwalt aus Amsterdam, stellte sein Buch „Stammheim – die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung“ vor. Frau Barabaß und Frau Wagner stellten die Arbeit der Angehörigen-Gruppe dar und sagten konkret etwas zu den Haftbedingungen ihrer Tochter bzw. ihres Sohnes. Weiterhin erzählten Duisburger Autonome etwas zu den

neuerlichen Verhaftungen in Duisburg, wo zwei Leuten die Anschläge gegen Statistische Landesämter in Leverkusen und Oberhausen vorgeworfen werden und einem die Mitgliedschaft in der RAF.

An der Veranstaltung nahmen ca. 350 Menschen teil, ca. 720 DM wurden gesammelt. Am Schluß der Veranstaltung wurde ein Solidaritätstelegramm an die Duisburger Verhafteten verabschiedet, in dem sich die Veranstaltungsteilnehmer solidarisch mit dem Kampf aller revolutionären Gefangenen gegen Isolationshaft, für Kollektivität und Selbstbestimmung erklärten und die Zusammenlegung der Gefangenen, die Freilassung von Günter Sonnenberg und die notwendige Operation für Angelika Goder fordern. Vom Fachschaftsrat Jura der Ruhr-Universität Bochum lag eine Solidaritätsadresse vor.

Nachfolgend Pieter Bakker Schut zur Kontaktsperre:

„Die Kontaktsperre, das Kontaktsperregesetz, die vollständige Isolation der Gefangenen, auch von ihren Verteidigern, muß ... im Rahmen einer in den westeuropäischen Staaten immer größere Dimensionen annehmenden ‚Politik der inneren Sicherheit‘ gesehen werden ... Die sich stetig verschärfende ökonomische, soziale und politische Krise führt zur Herrschaft von Ausnahmeregelungen ... So eine Ausnahmeregel ist auch die Kontaktsperre ... Bundesinnenminister Zimmermann zufolge befand sich die Bundesrepublik Deutschland damals im Kriegszustand. Und später erklärte auch Bundeskanzler Schmidt im ‚Spiegel‘, es war erst Januar 79: ‚Ich kann nur nachträglich den deutschen Juristen danken, daß sie das alles nicht verfassungsrechtlich untersucht haben.‘ Zum Kontaktsperregesetz konnte selbst die Springer-Presse nicht umhin zuzugeben: ‚Hier wird in der Tat ein schwerer Eingriff in die Rechte von Beschuldigten legalisiert, der üblicherweise ein Kriterium für Diktaturen darstellt.‘“

Frau Barabaß zu den Haftbedingungen:

„Solange es politische Gefangene gibt, seit ca. 15 Jahren, solange kämpfen sie gegen Isolation und für Zusammenlegung. Durch ihren Kampf und die Unterstützung von draußen gab es immer mal Hafterleichterungen. Aber ihr Ziel, in großen Gruppen zusammengelegt zu werden, ist bis heute nicht erreicht worden ... Im Prozeß gegen Ingrid und Mareille sollte die Konstruktion ‚RAF im Knast‘ festgeschrieben werden ... Der materielle Kern dieser Propaganda war, die Isolation aufrechtzuerhalten und zu verschärfen. Die Frage der Haftbedingungen sollte ... entpolitisiert werden, eben als Sicherheitsproblem hingestellt werden. ‚RAF im Knast‘ bedeutet auch eine Kriminalisierung der Angehörigen und des Widerstands ...“ – (i.)

Monoton-intensive Arbeit

„Die Verstümmelung der Arbeitsabläufe bei fuba führt zum Gegenteil der sog. Qualifizierungsoffensive“

Bad Salzdetfurth. Im Elektroindustrialbetrieb fuba (Niedersachsen) arbeiten momentan etwa 1300 Beschäftigte. Die Zergliederung der Arbeitszusammenhänge bleibt ein Hauptfeld kapitalistischer Bestrebungen zur Steigerung der Profitmaximierung und zur Differenzierung des Belegschaftskörpers, untermauert von der „Betriebsgemeinschaftsideologie“. Dabei wird nicht nur unterschieden zwischen „geistiger“ (lenkender) und „körperlicher“ (produktiver) Tätigkeit, sondern auch im Ergebnis dieser Zustände: bei der u.a. daraus resultierenden Differenzierung zwischen Löhnen und Gehältern untereinander ebenso wie zwischen beiden Formen des Entgelts. Die Frage von Widersprüchen zwischen Kopf- und Handarbeiten stülpt sich unübersehbar über diese Tatbestände. Das Faktum Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft – als Verursacher dieser betrieblichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten – bedingt die widerwärtigen Vorkommnisse abscheulichster Arbeitsbedingungen und -verhältnisse. Nachgewiesen werden soll in diesem Artikel, daß eine „Dequalifizierung“ unter den Facharbeitern bei fuba innerhalb der letzten zehn Jahre stattgefunden hat. Die sog. „Qualifizierungsoffensive“ gibt keine Anhaltspunkte für irgendein Gegensteuern bezüglich der gehässigen Arbeitsteilung, die den Pol der monoton-intensiven Arbeit ungeheuer ausdehnt und auf der anderen Seite den Druck auf „organisierende“ Tätigkeit in Richtung Unterdrückung enorm beschleunigt.

Erfahrungen aus dieser betrieblichen Entwicklung soll das folgende Interview mit einem Facharbeiter aus dem Werkzeugbau anschaulicher darstellen. Unsere Fragen sind mit *F* gekennzeichnet, seine Antworten mit *A*. – (mal)

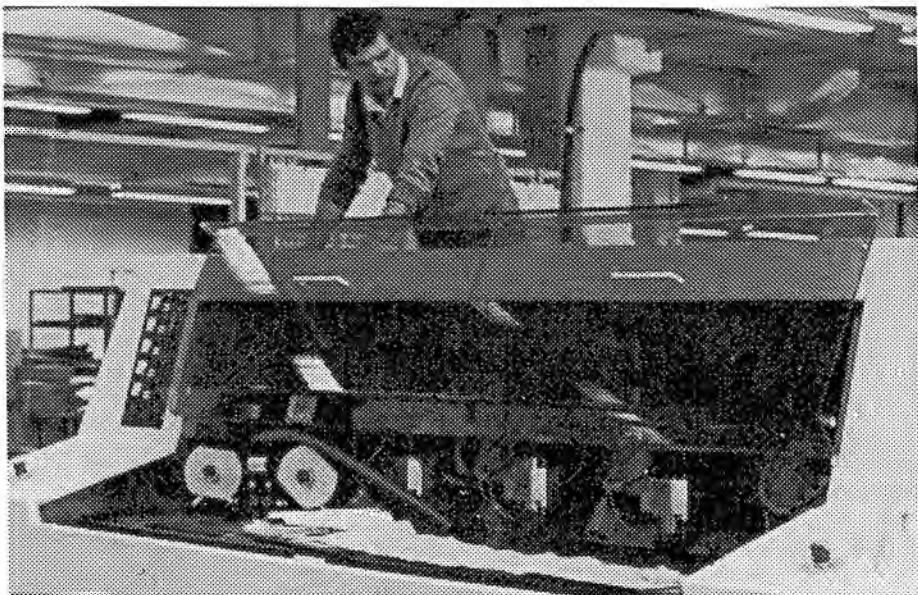
F: Du bist seit über zehn Jahren bei fuba beschäftigt. Was fällt Dir auf Anhieb zu wesentlichen Änderungen in bezug auf Arbeitsinhalt und Arbeitspensum ein? Gibt es herausragende Vorkommnisse?

A: Da fällt mir sofort ein, daß die Einführung von CNC-Maschinen jeder Art unheimlich stark gegen noch vorhandene Freiräume im Zeitlohnbereich eingewirkt haben und daß gleichzeitig die Arbeitsbelastung kräftig zugenommen hat. Erfahrungen kenne ich als Vertrauensmann nicht nur aus dem Werkzeugbau, sondern auch aus allen anderen Abteilungen. Die Kolleginnen und Kollegen klagen immer häufiger über kaum aushaltbare Arbeiten auch außerhalb der Akkordlohnbereiche.

F: Hast Du persönliche Erfahrungen, wie die Monotonie der Arbeit auch im Bereich von Facharbeitertätigkeiten zugenommen hat? Und wie würdest Du das Ausmaß dieser stupideren und intensiveren Arbeiten eingruppieren?

A: Die Gewerkschaften sprechen im Moment von einer notwendigen und angeblich stattfindenden Qualifizierungsoffensive. Meine Erfahrung der letzten Jahre widerlegt solche Sachen. Die Verstümmelung und Zergliederung

jeder Facharbeiter sein Werkzeug so fertigzustellen hatte, daß er verantwortlich dafür zuständig war. Seit diese neue „Qualität der Arbeit“ eingeführt ist, bewegen sich die Vorgabezeiten für irgendein Werkzeug in etwa um 30% niedriger als vor 1984. Die Geschäftsleitung operiert mit angeblich wichtigen Kundenterminen. So etwas wirkt zwar nicht im Werkzeugbau, aber die Fertigungssteuerung nennt andere Vorgabezeiten. Da gibt es einen Meister, da gibt es Termine – so etwas wirkt dann doch. Vor etwa fünf Jahren noch



Die CNC-Mehrspindelbohrmaschine wurde durch CNC-Techniker eingefahren. Jetzt bedient sie ein angelernter Facharbeiter mit Lohngruppe sieben.

der Arbeitsabläufe bei fuba führen zum Gegenteil der sogenannten Qualifizierungsoffensive. Facharbeiter im Werkzeugbau konnten noch vor zehn Jahren relativ eigenständig für ihre betrieblichen Aufträge arbeiten. Da konnte man jederzeit ohne Probleme mit dem Konstrukteur des Werkzeugs Rücksprache halten, u.a. seine nichtbedachten Fertigungsfolgefehler besprechen oder auch bestehende Unzulänglichkeiten des Werkzeugs diskutieren. Sei es durch falsche oder ungenaue Zeichnungen oder auch durch fehlende Bearbeitungshinweise. Das alles konnte jeder Werkzeugmacher oder Mechaniker aus dem Musterbau selbst nachfragen bzw. persönlich mit den Konstrukteuren besprechen. Seit spätestens 1984 ist das nicht mehr so. Der Meister oder einer der Vorarbeiter besprechen allein irgendwelche Nachfragen zu den zu fertigenden Werkzeugen oder Mustern mit den jeweiligen Konstruktions- und Entwicklungsstellen. Dies ist seit 1984 gang und gäbe. Bis 1980 war eindeutig klargestellt, daß

konnte jeder Werkzeugmacher oder Mechaniker selbst entscheiden, wie und in welcher Form er sein Produkt „rechtzeitig“ fertigstellen konnte. Das ist nun schon lange nicht mehr so. Z.T. wird mittlerweile sogar samstags gearbeitet, um vorgegebene Termine einzuhalten.

F: Kannst Du vergleichbare Arbeiten der letzten zehn Jahre benennen? Wie sie sich geändert haben, ob Du eventuellen Einfluß auf den Gesamtablauf verloren hast, und wie die Arbeitsorganisation dazu beigetragen hat, daß die Arbeit für den einzelnen noch zergliederter und der Gesamtzusammenhang noch unüberschaubarer wurde?

A: Das ist unheimlich kompliziert. Ich will mal versuchen, die Sache einigermaßen klar darzustellen. Meiner Meinung nach verhält sich das bei fuba folgendermaßen: Wie in allen anderen mir bekannten Betrieben hat sich Anfang der 80er Jahre folgendes abgespielt. – Die Geschäftsleitungen haben

erkannt, daß eine „Spezialisierung“ von Arbeitskräften enorme Zeitersparungen bei bestimmten Aufträgen zur Folge haben können. – Sie meinten weiter bzw. haben es so durchziehen lassen, daß ein Großteil überschaubarer und eigenständiger Tätigkeiten von Fachkräften eine Menge an unüberschaubaren Freiräumen in sich bergen würde, und haben demzufolge die Gesamtarbeit an einem Produkt systematisch zergliedert und auf verschiedene Teilarbeiten zerstreut. Ich will mal ein Beispiel bringen. Vor zehn Jahren noch habe ich ein kompliziertes Werkzeug von Anfang bis Ende verstanden und seine Fertigstellung ausgeführt. So, nun zum aktuellen Beispiel. Der Betriebsauftrag lautet: Erstellung eines Werkzeugs zur Herstellung von Autoantennen. Dies wird mir überhaupt nicht mitgeteilt. Ich weiß nur, daß ich eine Werkzeugform zu bearbeiten habe, die irgendwelche Maße einhalten muß. Vor zehn Jahren hätte ich noch gewußt, daß es sich um eine Autoantennenform handelt. Heute muß ich nachfragen. Das steht mir aber nicht

mehr zu. Mein Meister klärte mich unlängst auf. Jede Nachfrage bei den Konstrukteuren oder Planern habe ab sofort über ihn zu laufen. Na gut, dachte ich, und telefonierte natürlich mit dem mir bekannten Konstrukteur. Weil alles einfacher wäre. Denkste, sagte er, dein Meister weiß Bescheid! Punktum, sie machen ihre neuen Zeitvorstellungen für die Zeitlohnbereiche praktisch erfahrbar. Jeder spürt's. Meister – in allen Fertigungsbereichen – werden mehr und mehr eingesetzt als Vermittler von Absprachen zwischen Entwickler/Konstrukteur und Werkzeugmacher/Mechaniker. Vor fünf Jahren noch war es immerhin erlaubt, seinen Arbeitsplatz pro Tag für zumindest eine Stunde zu verlassen. Seit 1984 zählt der Meister fast jede Minute, die irgendein Facharbeiter nicht an seinem Arbeitsplatz verbringt.

F: Noch eindeutiger gefragt: Wie stark hat sich eine zeitliche oder inhaltliche Beeinflussung von facharbeiterischer Tätigkeit in den letzten zehn Jahren verändert?

A: Die Frage ist nicht ganz ausreichend. Jeder Betrieb in der Bundesrepublik, so auch fuba, glänzt durch unerhörte Arbeitsproduktivität. Wie sonst sollte ein Exportüberschuß von acht Milliarden DM im Jahre 1986 zustandekommen? Die Tätigkeiten von Facharbeitern bewegen sich längst auf dem Ausbildungsniveau von angelernten Arbeitern. Kurzfristig wird zwar Einführungskampagnentum in CNC-Technik verbreitet – für wenige. Im Endeffekt schadet diese Einführung dem „qualifizierten“ Lohn der Fachkräfte. Anzulernen steht ihnen zu. Danach folgt die Phase der angelernten Arbeitskräfte an z.B. CNC-Maschinen oder ihre eigene intensive Betreuung von vielleicht drei Maschinen. Was bleibt von „Erfahrungen des Produktionsprozesses“? So gut wie nichts! Die Erfahrungen von handwerklich-produktiver Arbeit scheinen vorbei. Die Phase der elektronisch-zergliederten Arbeit ist von den Arbeitern nicht gewollt. Sie könnte anders geregelt werden.

Im Zeitlohnbereich wurde erheblich intensiviert

Mittels inoffizieller Zeitvorgaben und „dringender“ Kundentermine wurden in den letzten zehn Jahren bei fuba die Tätigkeiten in den Zeitlohnabteilungen in Richtung Akkordlohn gezwungen. Die Arbeitsbelastungen unterscheiden sich kaum noch von den extrem monotonen und total zergliederten Arbeitsabläufen in den Akkordbereichen. Beispielhafte Änderungen in der Abteilung Endmontage und Systemprüfung für komplexe Nachrichtenübertragungsanlagen:

1976 – In der Abteilung sind ein Meister, zwölf Facharbeiter und drei angelernte Frauen tätig. Acht Facharbeiter erhalten Lohngruppe (LG) acht, vier LG neun. Zwei Frauen sind in LG fünf, eine in LG drei. Die Arbeitsgänge sind in der gesamten Abteilung relativ abwechslungsreich, jeder Facharbeiter beherrscht fast alle Prüfplätze. Reparaturen an den einzelnen Baugruppen führt jeder selbst aus bzw. mit Unterstützung anderer Facharbeiter der Abteilung. Die Hälfte der ca. 40 benötigten Baugruppen prüfen die Facharbeiter. Sie nehmen auch alle Einstellarbeiten vor. Die Arbeiterinnen in LG fünf montieren die Baugruppen zum fertigen Endprodukt.

1980 – Die Vorprüfung wird aus der Abteilung herausgenommen, die Geräteeinstellungen nehmen neu eingerichtete Vorprüfungsabteilungen vor, ebenso einen Großteil der in der Endprüfung noch auftretenden Fehler und Ausfälle. Hinzu kommen andere

Systeme, die Produktpalette dehnt sich aus. Die Kapazität der Systemprüfung wird aufgestockt, die Arbeitsabläufe stärker zergliedert – Spezialisten sind gefragt. Die jetzt 16 Facharbeiter und sechs Arbeiterinnen sind wie folgt eingruppiert: vier in LG sieben, zehn in LG acht und zwei in LG neun; vier Frauen in LG drei, je eine in LG vier und fünf. Die „inoffiziellen“ Vorgabezeiten (nur zur Berechnung der Kapazitätsauslastung und um Kundentermine zusagen zu können – so die Planungsabteilungen) verschärfen sich z.T. bis zu 40 Prozent. Begründung der Planungs- und Vertriebsabteilungen: Kaum noch Reparaturaufwand in der Endprüfung, reibungsloser Ablauf durch Spezialisierung und mehr Meß- und Prüfgeräte.



Rechnergesteuerter Prüfplatz: Die Arbeiterin bekommt Lohngruppe vier.

1986 – Sämtliche fehlerhaften Baugruppen werden nicht mehr in der Systemprüfung repariert. Die Produktpalette hat sich gegenüber 1976 verdreifacht. Rechnergesteuerte und halbautomatische Prüf- und Meßeinrichtungen werden eingesetzt. Planung und Hauptabteilung (Fertigungsleitung) organisieren den Bereich End- und Systemprüfung völlig um. Abteilungsleiter bleibt ein Meister, hinzu kommen zwei Vorarbeiter. Der Meister ist wesentlich Kontrollorgan, die Vorarbeiter sind für Ausbildung, Meßprobleme und Organisation von Arbeitsabläufen etc. zuständig. Aus 27 Beschäftigten setzt sich nun die Systemmontage und Endprüfung zusammen. Ein Meister, zwei Vorarbeiter in LG zehn, zwei Facharbeiter in LG neun, sechs in LG acht und acht in LG sieben. Bei den Arbeiterinnen sieht es ähnlich aus: drei in LG vier und fünf in LG drei. Bei den Facharbeitern gibt es fast nur noch „Spezialisten“. Von den mittlerweile 20 verschiedenen Systemen der Nachrichtenübertragungstechnik, die fuba herstellt, „beherrscht“ die überwiegende Mehrheit maximal drei Systeme. Der Rechnerinsatz bei Meß- und Prüfanlagen reduziert den Zeitaufwand erheblich. Die Bedienung der halbautomatischen Prüfgeräte erfolgt – nach kurzer Anlernzeit durch die Vorarbeiter – hauptsächlich von Arbeiterinnen in LG vier. Die Zergliederung der Arbeitsabläufe, die enge Spezialisierung und der Computereinsatz führten dazu, die Durchlaufzeiten um fast 60% gegenüber 1976 zu reduzieren! – (mal)

Banken beharren auf Samstagsarbeit

Die Banken machen kein Angebot. Die Tarifverhandlungen für das Bankgewerbe wurden am 23.3. ohne Ergebnis auf den 3.4. vertagt. Die Banken blieben bei ihrem Angebot von 2,7% und bekräftigten ihre Forderung nach tariflicher Festschreibung der Samstagsarbeit. HBV und DAG lehnten das Junktim von Gehaltserhöhung und Verschlechterung des Manteltarifvertrages gemeinsam ab. Am 25.3. führten Kollegen der Dresdner Bank in München einen Warnstreik für Gehaltserhöhung und gegen Samstagsarbeit durch. – (mod)

KWU: Entlassungen und Sonntagsarbeit

Westberlin. Derzeit ordnet Siemens den „Unternehmensbereich Energie“ neu. Nach der vollständigen Übernahme der KWU und der Transformatoren-Union (TU) von AEG sollen diese mit dem Westberliner Siemens-Dynamowerk und dem -Schaltwerk zusammengefaßt werden. In diesem Rahmen wurde die Produktion von Katalysatoren von der KWU ins Dynamowerk verlagert und dort in zwei Schichten betrieben. Die Großteilerfertigung soll

München. Die 15 Bedienung des Löwenbräukellers am Stiglmaierplatz legten am Mittag des 24.3. für eine halbe Stunde die Arbeit nieder und demonstrierten vor dem Gaststätteneingang. Mit dem Warnstreik protestierte die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten gegen die in der Tarifaufeinandersehung angebotene Lohnerhöhung unter drei Prozent. 70 Beschäftigte aus anderen Gaststätten und Hotels hatten schon am Morgen des gleichen Tages vor dem Hotel Bayerischer Hof demonstriert. – (gba)

ganz eingestellt werden. Die Härtere ist bereits auf die Werkzeughärtere eingeschränkt. In der Dreherei und Großdreherei werden Facharbeiter nur noch mit auf maximal zwei Jahre befristeten Arbeitsverträgen eingestellt. Die Turbinenreparatur ist eingestellt. Zeitgleich ordnet die Geschäftsführung wegen „Termin drucks“ in der Abteilung Schaufelbau Sonnabend- und Sonntagsschichten an. Gleichzeitig sollen bei der KWU 200 Arbeitsplätze wegfallen, im Schaltwerk ebenfalls 200, im Dynamowerk 100, und das zur TU gehörende Volta-Werk (320 Beschäftigte) soll geschlossen werden. – (kla)



Azania/Südafrika. Mit Aktionen gegen das Siedlerregime wurde am 21. März der „Tag der Helden“ begangen, der Opfer des Massakers von Sharpeville. Am 21.3.1960 hatte die südafrikanische Polizei eine Kundgebung in Sharpeville gegen den Paßzwang für Schwarze niedergeschossen und 69 Menschen ermordet. Seitdem ist der 21. März zum „Tag der Helden“ in Südafrika und zum internationalen Tag gegen den Rassismus geworden. Der Uno-Generalsekretär forderte anlässlich dieses Tages erneut die Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Verbotes der Befreiungsbewegungen in Südafrika und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Quelle: „UZ“, 23.3.1987. – (gba)



Betriebsratswahl bei Daimler-Benz

Sindelfingen. Die IG-Metall stellt im neugewählten Betriebsrat bei Daimler-Benz Sindelfingen 48 der insgesamt 57 Mitglieder. Im Arbeiterbereich konnte sie ihre Sitze um drei auf 41 von 48 Mandaten erhöhen. Im Angestelltenbereich erhöhten sie sie um zwei auf sieben von neun Sitzen. Der CMV erhielt im Arbeiterbereich wie bisher sieben Mandate. Im Angestelltenbereich, wo er erstmals kandidierte, keinen Sitz. Die DAG stellt zwei Betriebsräte. Auf einer Betriebsversammlung unmittelbar vorher unterstützte der alte Betriebsrat klar den Überstundenboykott. – (wor)

Betriebsversammlung gegen Flexibilisierung

Bad Salzdetfurth. Zentrales Thema der Betriebsversammlung am 18.3. bei fuba war die Diskussion um die Tarifforderung bzw. die 35-Stunden-Woche. Ein Sekretär der IG Metall-Verwaltungsstelle Hildesheim begründete die Forderungen u.a. mit der gesteigerten Arbeitshetze, gegen jede Art von Flexibilisierung. Ein Vertrauensmann führte den Acht-Milliarden-Exportüberschuß der BRD gegen das Lohnkostengejammer der Unternehmer ins Feld. Die Versammlung war außerdem durch die Vorbereitung des Warnstreiks am 24.3. geprägt. Die Verteidigung des freien Wochenendes entwickelte die Vertrauenskörperleitung als ein Hauptargument. Die Vorbereitungen der Betriebsratswahlen sind

abgeschlossen. Es stellen sich nur Mitglieder der IG Metall zur Wahl. Bei den Lohnempfängern kandidieren mehr Frauen als in der Vergangenheit – und zwar mit großer Aussicht auf Erfolg. – (mal)

Haustarifvertrag im Friseurhandwerk

Kiel. Schleswig-Holstein ist eines von drei Bundesländern ohne einen gültigen Tarifvertrag, und das seit 40 Jahren! Auch ein 1977 abgeschlossener Bundesmanteltarifvertrag änderte nichts – der Landesinnungsverband trat nicht bei. Anfang des Jahres gelang es der ÖTV, bei dem Kapitalisten Klinik, 220 Beschäftigte, einen Haustarifvertrag abzuschließen. Dieser sichert den Beschäftigten höhere Löhne als bei der Innung. So bekommen z.B. ausgelernte Kräfte im ersten Berufsjahr 1100 DM brutto, 141 DM mehr, als die Innung vorschlägt. Ein Ansatz für die ÖTV, weitere Abschlüsse voranzutreiben. – (sip)

Immer mehr Patienten, bei weniger Betten

Heidelberg. An der Orthopädischen Klinik ist die Patientenzahl von 3888 (1974) auf 5356 (1985) gestiegen. In der gleichen Zeit stiegen die „offenen Eingriffe“ von 3113 auf 5284 an. Die Verweildauer wurde gedrückt, die Auslastung ist unrentabel und deshalb werden jetzt über 30 Betten abgebaut, nach Krankenhausbedarfsplan. Mit der Bettenkürzung muß im selben Verhältnis das Personal reduziert werden, behauptet das Ministerium. – (irs)

Bildungspolitik Niedersachsens

Massive Schülerproteste gegen Oberstufenreform

Braunschweig. Über 10000 Schülerinnen und Schüler aus ganz Niedersachsen demonstrierten am 12.3.1987 in Hannover gegen die Schulreformpläne von Kultusminister Oschatz. Die Jugendlichen zogen zum Kultusministerium, durchbrachen dabei die Bannmeile und verlangten, den Minister zu sprechen. Dieser mußte einen Gesprächstermin mit Schülervertretern zusagen. Vorausgegangen waren Unterrichtsboykott, alternative Unterrichtsprogramme bis hin zu Schulbesetzungen an Schulen u.a. in Hannover, Braunschweig, Osnabrück. Weitere Aktionen fanden statt, so eine Demonstration mit über 2000 Schülern/innen am 25.3.1987 in Braunschweig. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Protestbewegung weitergeht, wenn die ministeriellen Vorschläge nicht vom Tisch verschwinden.

Aktueller Anlaß sind die Pläne zur neuerlichen Reform der gymnasialen Oberstufe, die folgende Änderungen beinhalten:

- Einschränkung der Fächerwahl, indem Deutsch, Geschichte, Mathematik, eine Fremdsprache und eine Naturwissenschaft bis zum Ende des 13. Jahrgangs belegt und ins Abitur eingebracht werden müssen. Von derzeit 130 Fächerkombinationsmöglichkeiten sollen noch 50 übrigbleiben.
- Für Haupt- und Realschüler werden die Bedingungen erschwert, indem eine Wiederholung der Vorstufe (Klasse 11) auf die Verweildauer in der Oberstufe angerechnet wird.
- Schüler mit Fachabitur müssen in Klasse 11 einsteigen (bisher Klasse 12), was ihre Schulzeit verlängert.

Außerdem sollen zum Schuljahr 1988/89 an zehn Gymnasien Klassen für Hochbegabte eingerichtet werden, die das Abitur dann in zwölf Schuljahren schaffen sollen (D-Zug-Klassen). Oschatz nennt als Ziel seiner Reform „eine Verbesserung der Allgemeinbildung, Studierfähigkeit und Berufsfähigkeit“. Er begründet seine Pläne u.a. damit, Auflagen der Kultusministerkonferenz (KMK) zu erfüllen. Dies trifft aber für die Einschränkung der Fächerwahl nicht zu, im Gegenteil, hier greift er in die Debatte der KMK ein, indem er Fakten schaffen will, die den Anforderungen von Hochschule und Betrieben entsprechen, die mehr „Allgemeinbildung“ verlangen. Was darunter verstanden werden soll, wird aus den Erläuterungen zum Erlaubtenthwurf deutlich. Im Punkt „Vermeidung von Einseitigkeit der Bildung“ heißt es: „Die gegenwärtige Regelung erlaubt z.B. folgende Fächerkombination: Biologie, Chemie, Erdkunde, Kunst. Diese und weitere ähnliche Kombinationen können im Hinblick auf eine ausgewogene und allseitige Bildung nicht zufriedenstellen. Ein Schüler, der die genannte Kombination gewählt hat, muß sich in der Abiturprüfung möglicherweise an keiner Stelle mit einem Text auseinandersetzen. Die literarisch-historische Bildung und die Sprachbetrachtung sind aus der Prüfung ausgeklammert ... Es muß also gesichert werden, daß neben der erwünschten Schwerpunktbildung wissenschaftliche Fragestellungen, Denkweisen und Methoden wie z.B. Textanalyse in hinreichender Breite Gegenstand der Ausbildung und dann auch der Prüfung sind.“

Die GEW Braunschweig stellt dazu folgende Auswirkungen fest: Derzeit wählen ca. 50% der Abiturienten Biologie als Leistungsfach; dies könnte in Zukunft nur noch mit Chemie/Physik, einer Fremdsprache oder Mathematik kombiniert werden. Eine Überprüfung der letzten vier Abiturjahrgänge an der IGS Braunschweig zeigt, daß 70% der Schüler ihre Fächerwahl nach dem neuen Modell ändern müßten. Der Bund Deutscher Kunstzieher (BDK) protestiert gegen die Reform, da Kunst nur noch unter erschwerten Bedingungen Prüfungsfach sein könnte und somit bedeutungslos würde. „Gerade diese beiden Fächer (Kunst und Biologie, d. Verf.) umschließen und verbinden Anschauung und Abstraktion und vermitteln immer wichtiger wer-

dende Methoden und Systeme zur Erkenntnis und zum Umgang mit unserer Wirklichkeit“, schreibt der BDK (Rundschreiben 2/87). Auch er ruft zu einer Protestveranstaltung am 29.3.87 in Hannover auf. Unterstützung erhielten die Schüler auch von der GEW, der SPD und den Grünen, von denen jeweils ein Vertreter auf der Kundgebung am 12.3.87 sprach. Ein FDP-Vertreter erklärte auf einer Podiumsdiskussion, seine Partei wolle die Wahlfreiheit in der Oberstufe erhalten. Die Fächer in der Schule seien prinzipiell gleichwertig.

Oschatz hingegen erhält Zustimmung zu seinen Plänen vom Philologenverband, der an alle 12000 Gymnasiallehrer eine Informationsschrift verteilte, in der er für eine „bessere muttersprachliche Grundbildung, eine bessere fremdsprachliche Ausbildung und mehr mathematisch-naturwissenschaftliche Kenntnisse der Abiturienten“ wirbt.

Den Zustrom zum Abitur, wie er in den siebziger Jahren entfacht wurde, einzudämmen bzw. umzukehren, ist erklärtes Ziel der CDU-Bildungspolitik. Dazu sind verschärfte Maßnahmen der Selektion auf allen Ebenen des Schulwesens erforderlich, von den Eingriffen in die Orientierungs-



10000 Schüler/innen demonstrierten am 12.3. in Hannover gegen „Elitebildung“, gegen die Oberstufenreform.

stufe über neue Abschlüsse in der Sekundarstufe I der Gesamtschulen bis hin zur erneuten Reform der Oberstufe. So gesehen erweist sich der Streit um die Definition der „Allgemeinbildung“ als Diskussion darüber, welche stofflichen Elemente in der Schule am besten geeignet sind, diesen Prozeß der inneren Differenzierung und der Auslese zu organisieren. Besonders ungeeignet scheinen jedenfalls solche Fächer, die – wie verkümmert auch immer – eine Verbindung von Hand- und Kopfarbeit nahelegen bzw. die der praktisch-handwerklichen Arbeit bildenden Wert beimesen. Geeignet hingegen scheinen Fächer zu sein mit einem hohen Abstraktionsgehalt (Mathe oder Latein z.B.) bzw. solche, die sich zur ideologischen Ausrichtung anbieten (Förderungen von Geschichte z.B. bei Unterdrückung des Faches Sozialkunde). Folgerichtig hat Oschatz auch eine „Revision der Rahmenrichtlinien“ in den neuen Pflichtfächern angekündigt, bei denen ein „Kernbestand an Kenntnissen und Fähigkeiten festgeschrieben wird“.

Seit dem 24.3. ist bekannt, daß Oschatz sein Ministeramt im Mai niederlegen wird. Daß dies nichts mit den aktuellen Auseinandersetzungen zu tun hat, wie er beteuert, ist wenig glaubhaft; daß ein neuer Minister eine Verbesserung der Bildungspolitik bringt, aber auch nicht. – (usm)

Bücher

SF über die Zukunft der BRD und angrenzender Länder

Ein Thriller für die „deutsche Einheit“

Der im Lübbe Verlag erschienene Krimi „Das Messer“ von Claus Fischer schildert eine Arztkarriere, bedroht von Geheimdiensttätigkeiten und Kriegsgefahr in „Deutschland“ im Juni 1989. Der Hauptakteur, ein Medizinprofessor, verdankt seine Karriere der Tätigkeit für BRD-Geheimdienste während seiner Schüler- und Studentenzeit. Er wird von den östlichen und westlichen Geheimdiensten erpreßt, entscheidet sich, gegen sie zu kämpfen, weil sie als die eigentlichen Kriegstreiber wirken. Sie wollen verhindern, daß die Staatsschefs der BRD und der DDR Militäraktionen gegen die Besetzung „Deutschlands“ durch „fremde Truppen“ beschließen und eine gemeinsame „deutsche“ Verwaltung bilden. Der Professor operiert den durch ein Attentat des BRD-Geheimdienstes schwerverletzten BRD-Regierungschef erfolgreich, wird dafür aber vom BRD-Geheimdienst erschossen. Als Rahmenkulisse für die deutsch-nationalen Vorstellungen des Autors dienen Militärinterventionen in der 3. Welt, Ausländerfeindlichkeit in der BRD, Hungeraufstände in der Sowjetunion und eine Kirchenbesetzung der BRD-Friedensbewegung gegen die „Besetzung Deutschlands durch Amerikaner und Russen“ am 17. Juni 1988. – (sie)

Grüne Zukunft: franziskanisch?

In einer „Freien Republik Kraichgau“ zwischen Karlsruhe und Heidelberg werden die GRÜNEN im Jahre 2009 enden. So lautet die Vorhersage zweier „Natur“-Redakteure in ihrem jüngst erschienenen Science-Fiction. In den Alpen sind Flora und Fauna hin, die Lüneburger Heide versteppt, in den Städten bricht die Ordnung zusammen, Drogen, Alkoholismus, seuchenartige Allergien und Geisteskrank-

heiten haben eine furchtbare Verbreitung erreicht. Derweil sammeln sich im Kraichgau mit Genehmigung der Bundesregierung die anscheinend wenigen Reste der Grünen. Während „draußen“ dem Ex-Kanzler „Hermann Kalb“ in Karlsruhe der Prozeß gemacht wird wegen Zerstörung von Umwelt und Gesundheit von Millionen, rekultivieren die Kraichgauer Bauern und Grünen unter Leitung wohlmeinender Wissenschaftler für unrettbar zerstört gela-



Grüne Zukunft, wie „Natur“-Redakteure sie sehen

tene Böden. Statt die Kapitalisten weiter zu bekämpfen, wollen sie nun „positives Beispiel“ sein wie Jesus, Gandhi und Franz von Assisi. Besonders letzterer wird hingebungsvoll verehrt. Und so wie in der Geschichte die Lehren des Franz von Assisi der kirchlichen Hierarchie dazu dienten, um am Ende diejenigen Bettelorden des Mittelalters, die sich nicht integrieren ließen, in furchtbaren Blutbädern zu unterdrücken, so kündigt sich auch in der grünen Republik der Zukunft schon die gewalttätige Unterdrückung der Armen an. Den Kraichgauern dämmert nämlich angeblich, daß sie ihre herrlichen Erdbeeren vor den ständigen Diebstählen der Armen aus den umliegenden Städten nicht mehr lange „gewaltlos“ schützen können. (C.P. Lieckfeld, F. Wittchow, 427 im Land der grünen Inseln, Schönbergers Verlag, 1986 – rül)

Republik „Schwarzenberg“ – Reale Utopie!

Ein „unhistorisches Gedankenspiel“ sagt der Klappentext. Seine Verleger begreifen nie, daß Stefan Heyms Thema immer die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist. Nach dem Einmarsch der Alliierten in Deutschland entstanden, vor allem in der damaligen SBZ, spontan antifaschistische Ausschüsse, die eine am Volksfront-Konzept orientierte Bündnispolitik entwickelten, die bürgerliche Schichten weitgehend ausschloß, die führende Rolle der Arbeiterklasse betonte und auf die Umwälzung des kapitalistischen Systems zielte und sich stark vom Aktionsprogramm des ZK der KPD vom Juni 1945 unterschied. Das sah u.a. die ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums vor. So wurde die Entwicklung und Programmatik der Ausschüsse als linke Überspitzung und Sektierertum gewertet. Diese Entwicklung – vom spontanen Entstehen eines Antifa-Ausschusses bis zum Abwürgen desselben – beschreibt Heym. Fiktion sind lediglich der Ort und die Personen. Heym beherrscht die Sprache, kann eine Geschichte erzählen. Vor allem spielt er nicht den Dissidenten, noch läßt er sich diese Rolle aufzwingen, sondern steht zum Sozialismus, nennt, was am „real-existierenden“ zu kritisieren ist, zeigt, wie es anders gehen kann und muß. (Stefan Heym: Schwarzenberg. Fischer TaBu 5999 – ti)

Schrecken eines Atomkrieges

In ihrem Kinderbuch „Die letzten Kinder von Schewenborn“ beschreibt die Autorin Gudrun Pausewang eine Atombombenexplosion und ihre Folgen in der BRD. Ein dreizehnjähriger Junge berichtet die Geschehnisse. Er ist gemeinsam mit seinen Eltern und seinen Geschwistern auf Urlaubsreise zu den Großeltern, als die Atombombe explodiert. Sie schlagen sich bis zum Wohnort der Großeltern durch. Diese sind umge-

kommen, und der Junge und sein Vater sind am Ende des Buches die einzigen Überlebenden der Familie. Überall treffen sie auf Zerstörung, Tote, Verletzte. Es herrscht Chaos, nichts funktioniert mehr. Die Menschen benehmen sich rücksichtslos, und rundherum Sterben, Seuchen, Nahrungsmangel. Eigentlich richtet sich das Buch an Erwachsene. „Verfluchte Eltern“ hat ein Kind an die Wand geschrieben und klagt sie damit an, weil sie nicht gegen die Atomwaffen gekämpft hatten. Dazu aufzurütteln, ist die Absicht der Autorin. Die Atombombenexplosion erfolgt wie ein Naturereignis, wie man einen drohenden Atomkrieg verhindern könnte, ist unklar. Ob das Buch aufgrund der dargestellten Schrecklichkeiten der Folgen einer Atomexplosion Kinder motiviert, gegen den Krieg zu kämpfen, ist fragwürdig. Mich als Erwachsene hat es beim Lesen des Buches regelrecht gesauert. – (gug)

Purpur zwingt Grün raus

Das Buch des Niederländers Evert Hartman „1997. Das erste Jahr der neuen Zeit“ erschien zuerst 1980. Es soll in christlichem Geist auf die Jugend einwirken gegen deren Wunsch nach Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft. Zu diesem Zweck wird eine fünfköpfige Familie plus Großeltern konstruiert. Die Geschichte beginnt 1992. Der älteste Sohn wird in die Aktivitäten der Partei für Alternative Gesellschaft hineingezogen. Die PAG übernimmt durch als verwerflich dargestellte Mittel die Macht, nämlich durch Bombenanschläge auf öffentliche Einrichtungen, die sie den Faschisten in die Schuhe schiebt. Der fromme Großvater warnt. Der Vater, einer von den unglaublich sauberen Polizisten, resigniert, da unfähig zur Denunziation. Die angeblich Grünen entwickeln eine Ideologie, in der der Autor Geburtenplanung mit Rentnerbeseitigung und staatlicher Überwachung des Privatlebens geschickt vermengt unter dem Gesichtspunkt, das menschliche Leben werde dem Naturschutz

untergeordnet. Dagegen begehrt die gesunde Jugend, verkörpert durch den jüngeren Sohn, schließlich auf. In Verbindung mit einem Wissenschaftler, der eine Maschine zur Stilllegung aller Erfassungscomputer entwickelt, gelingt ihm die Flucht über die nächste Grenze, vermutlich in die BRD, wo die Freiheit noch waltet. Das Buch endet 1997 mit der nicht näher ausgeführten Perspektive der Rückeroberung der Niederlande für ein christliches Europa. (E. Hartman, 1997. Das erste Jahr der neuen Zeit, Arena, Würzburg 1984 – anl)

Deutsch-grüne Zukunftsvisionen

In elf Erzählungen über die „Zukunft Deutschlands in den nächsten fünfzig Jahren“ entwickeln die Schriftsteller wohl unterschiedliche Vorstellungen von der Zukunft, eine Befürchtung ist ihnen jedoch gemeinsam: Gesellschaftlicher Fortschritt findet nicht statt, die Gesellschaftsformationen sind faschistoid, verkommene

Zerstörung der Natur, der Gewässer, des Waldes, die Verschmutzung der Luft ist in allen Geschichten eine Ursache für unmenschliche Lebensumstände und reaktionäre Entwicklungen. Alle Geschichten befassen sich mit dem Problem, welchen Platz die Ausländer in der BRD zukünftig in der Gesellschaft einnehmen, die Antworten darauf sind unterschiedlich: Sie gehen in der Bevölkerung auf und sind allenfalls noch daran zu erkennen, daß die von den Eltern ererbten Namen noch existieren. Zwei Geschichten befassen sich damit, daß die islamische Revolution das sich selbst durch den Dreck der großen Industrie zerstörende und verkommene Europa überrollt und besetzt hat und Türken und Araber die Regierung innehaben, gegen die sich die „Rest-deutschen“ in reaktionärem Nationalwahn zur Wehr setzen oder versuchen, durch Drogen und Alkohol zu entfliehen. Der gesellschaftliche Wandel durch die Herrschaft des Orients scheint jedoch gering zu sein: die Besitzer



Eine Zukunftsfiktion: Kernkraftwerksexplosionen wie in Tschernobyl kommen zuhauf vor, die Gesellschaften zerfallen.

Überreste von Großunfällen wie Kernkraftwerksexplosionen und Chemiekatastrophen. Die Regierung Kohl, kaum verhüllt beschrieben, beschließt z.B. das „Arbeitslosenproblem“ zu lösen, indem alle Arbeitslosen für bestimmte Zeit eingefroren werden, alsbald verfahren die Regierungen so mit allen störenden Gruppen der Gesellschaft: Asylanten, Alte, die politische Opposition usw. Das Verfahren findet weltweite und blockübergreifende Verbreitung. Die

können nur auf den Fähigkeiten und Erkenntnissen des christlichen Abendlandes aufbauen. In anderen Geschichten verbleiben die Ausländer als gesellschaftliche Minderheiten, „Neudeutsche“ oder ähnliche Gruppierungen, durch ihre Sprache und ihre besonderen Geschäfte, durch die Gesellschaft in die Halbkriminalität gedrängt. (Karl Michael Armer (Hrsg.), Was soll aus Deutschland werden, Sammlung Luchterhand 667, 14,80 DM – uld)

Jugendbücher

Wer Knecht ist, muß kämpfen – Geschichten aus Schweden

„Knechte“ ist eine achtbändige Jugendbuchserie des Schweden Sev Wernström. In deutscher Übersetzung liegen sieben Bände vor, die vom 11. bis zum 18. Jahrhundert reichen. In einzelnen Episoden aus dem Leben von Kindern oder Jugendlichen wird die Geschichte der schwedischen Gesellschaft entwickelt, und zwar ausschließlich aus der Sicht der Knechte, Tagelöhner, Kleinbauern, Handwerker, Bettler, Heim- oder Manufakturarbeiter.

„Halte“, ein namenloser Sklave freier Bauern im vorchristlichen Schweden, entgeht dem Schicksal der meisten Knechtskinder, gleich nach der Geburt ausgesetzt zu werden, nur durch Zufall. Von Kindesbeinen an muß er arbeiten: Heringe ausweiden, Feuerholz sammeln, Wasser schleppen, Vieh hüten, Ställe ausmisten. Er kennt kein Spiel und kaum einen eigenen Gedanken. Wach wird er erst, als er – heimlich, denn die Knechte dürfen keine Waffen tragen – mit Pfeil und Bogen ausgerüstet wird, um die Knechtsgemeinschaft zusätzlich mit Essen zu versorgen. Beinahe erschießt er, mehr aus Zufall als mit Absicht, seinen Herrn. Mit 17 Jahren läßt ihn sein Herr im Suff auf einer der letzten freien Bauernversammlungen im vorchristlichen Schweden opfern.

Drei Jahrhunderte später wird Gerda Schmiedstochter mit zwölf Jahren an einen verklemmten, frömmelnden Kaufmannssohn verheiratet, der sie mit all der religiösen Verachtung des Christentums Frauen gegenüber traktiert. Der ausbrechenden Pest entkommt sie nur, weil sie aus dem verseuchten Haus flieht und dabei einen Priester ersticht, der sie zurück zu ihrem Mann zwingen will.

Jan, sieben Jahre, und Lotta, zwölf Jahre, Kinder von Webern und Köhlern, versorgen ihre Leute zusätzlich durch Betteln. Sie werden aufgegriffen und ins Spinnhaus gesteckt, wo ihnen die christliche Arbeitsmoral eingeprügelt wird. Sie organisieren ihre Flucht und landen als Kinderarbeiter in einer Manufaktur.

Weitere Hauptpersonen sind ein freigelassenes Knechtsmädchen (12. Jahrhundert), Kinder, die ihre Dörfer gegen die Plünderungen von klösterlichen und adeligen Vögten schützen müssen (13. Jahrhundert), ein Schankmädchen (14. Jahrhundert), Handwerkerkinder, die das Schleifen einer Festung miterleben (15. Jahrhundert), ein Nachtwächter, der zum Henker gemacht wird, seine „hexende“ Tochter (16. Jahrhundert), ein Mädchen, das wegen Kindstötung verbrannt wird (17. Jahrhundert), Kinder in einer Spinnerei (18. Jahrhundert).

Wernströms Sprache ist kurz, karg, aber um so präziser in der Beschreibung sowohl der Arbeitsvorgänge als auch der Bildung von Anschauungen. Spannend ist es auch, denn in welcher Zeit seine jugendlichen „Helden“ auch leben, sie müssen sich immer ihrer Haut wehren, ihre Fähigkeiten und ihren Verstand entwickeln, mal mit List und Schlaueit sich durchschlagen, mal zum offenen Aufruhr übergehen. Das läßt keinerlei Raum für mitleidsvolle oder moralisierende, rührselige Geschichtsbetrachtung.

Die Serie hat zwar überhaupt nichts von einer „Familienchronik“ – schon allein, weil es Familienbildung in den unterdrückten Klassen nur selten gegeben hat –, aber auch diese Klassen haben eine Geschichtstradition. Auf einer Eisenbahn, die Bose mit anderen Kindern angelegt hat, bricht sich ein Vogt bei einem Plünderungszug das Genick. Der gleiche Bose taucht wieder auf, als uralter Greis in einer Schänke, der „das Kloster“ brennen sehen will – und er erlebt es.

Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein, die Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen, die Entwicklung der Produktivkräfte ist der Motor gesellschaftlicher Veränderungen – all diese Erkenntnisse erschließen sich

mühe aus den Episoden. Das liegt auch daran, daß Wernström immer am gleichen Ort bleibt. Er beschreibt die Geschichte des heutigen Norköping in Südschweden, angefangen von einer lockeren Bauernsiedlung im vorchristlichen Schweden, der Entwicklung eines Dorfes durch den Bau einer Mühle, der Herausbildung eines Handelsplatzes, einer zünftigen Stadt und schließlich Industriestadt.

Die Serie ist eine ausgezeichnete Alternative zum bürgerlichen Geschichtsunterricht für Jugendliche ab zwölf Jahren, ohne für Erwachsene darum weniger interessant zu sein. Einziges Ärgernis ist der Preis, der pro Band zwischen 9,80 und 16,80 DM liegt.

Sven Wernström, Knechte, Basis Verlag – (mek)

Monopole

Wer herrscht in Hamburg – Historisches

Der folgende Beitrag lag vor zu einem Seminar der BWK-Landesredaktionen Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen/Bremen zum Thema „Monopolkapital und Staat in Norddeutschland“.

1158/9 wird Lübeck von einem „Unternehmerkonsortium“, bestehend aus Kölner Kaufleuten, gegründet. Lübeck wird als Kolonie der westdeutschen Kaufmannsbourgeoisie gegründet, zwecks Eroberung des Ostens. Vernichtung der Slawen und Unterjochung der nordischen Völker waren geplant. 1188 wird Hamburg als Lübecks Nordseehafen gegründet. Hamburgs Stellung ist von Anfang an parasitär (Stapelzwang, Gewerbeverbot). Die Gründungsunternehmer der Küstenstädte sichern ihre kaufmännische Tätigkeit durch Grundbesitz.

Es entwickelt sich ein gewerbliches Übergewicht des Nordens über den Süden Deutschlands, da die norddeutschen Städte den Ost- und Nordseehandel beherrschen. Das hansische Zwischenhandelsmonopol ist ein System der Plünderung. Es ist nicht Ausfuhr von „deutschen“ Landesprodukten, sondern Exploitation der weniger entwickelten Produktionsländer. Also: Pelze und Fisch aus Rußland und Norwegen gegen Tuche und Metallwaren aus dem Westen. Aufrechterhalten wird der Handel durch Blockaden und Kriege. In den Hansestädten herrschen – verglichen mit dem feudalen Umland – bürgerliche Verhältnisse. Aber der Handel sprengt die feudalen Verhältnisse nicht.

Das hansische Handelsmonopol geht kaputt (1500 bis 1600), als sich der Überseehandel entwickelt, an dem Hamburg und Bremen fett werden. Der Süden Deutschlands wird nun vollständig von dem entscheidenden Handelsweg abgeschnitten und verödet. Als industrielle Zentren entwickeln sich Sachsen/Thüringen (wegen der niedrigen Löhne), die Leinenindustrie in Westfalen und Schlesien; Frankfurt und Leipzig wegen der Messe. In vielen deutschen Staaten wird das Gewerbe von den feudalen Despoten unterdrückt. Erst die bürgerliche Gesetzgebung der französischen Revolution sprengt längs des Rheins die feudalen Fesseln (Zölle, Gewerbefreiheit). Unter der französischen Herrschaft blüht in Rheinpreußen und Rheinhessen die Industrie auf. Das Elend der Lohnarbeit natürlich auch. Auf dem Lande besteht die Freiheit des Grundeigentums. Der kleine Bauer wird von den feudalen Lasten frei, verfällt aber der Schuldknechtschaft des Kapitals.

Naturbedingungen wie Kohlevorkommen und Gefälle der Wasserstraßen begünstigen die industrielle Entwicklung. Aber die entscheidende Voraussetzung ist die französische Revolution.

Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts herrscht in Hamburg das Handelskapital unumschränkt. Der Rat z.B.

besteht immer aus 14 Kaufleuten und 14 Juristen. Die Mitgliedschaft erlischt mit dem Tode, und der Rat ergänzt sich selbst. Fett geworden sind die Handelsbourgeois am mitteldeutschen Ausfuhrhandel und an der Ausplünderung der Kolonien. Kolonialhandel bedeutet Raub, Plünderung und Mord. Die großen Hamburger Handelshäuser rafften im 17./18. Jahrhundert innerhalb kürzester Zeit Millionen zusammen. In allen Erdteilen treiben sie sich herum. Schwerpunkte sind die Südsee, Chile, China und Afrika. Die Kaufleute werden im 19. Jahrhundert entschiedene Anhänger des Kriegsschiffbaus, um ihre kolonialen Interessen zu sichern. Das heutige Konsulatswesen in Hamburg ist Ausdruck dieser kolonialen Vergangenheit und drückt aus, daß diese Interessen fortbestehen. Das zeigt sich auch darin, daß vier große Kolonialvereine (Afrika-Verein, Ostasiatischer Verein, Ibero-Amerika Verein, Nah- und Mittelostverein) ihren Sitz in Hamburg haben. Diese Vereine koordinieren heute die imperialistische Ausbeutung der Länder der Dritten Welt.

Kaufmannskapital ist die historische Form des Kapitals, bevor sich das Kapital die Produktion unterwirft. „Normalerweise“ entwickelt das Handelskapital die Produktion in Richtung Tauschwert. In Hamburg sind die inneren Verhältnisse feudal – und nicht fortgeschritten. Rechte haben nur die Grundbesitzer. Sie bilden die erbessene Bürgerschaft. Etwa 3000 bis 4000 Erben waren berechtigt, an der Bürgerschaft teilzunehmen. Alle großen Kaufleute waren auch Grundbesitzer. Als sich Hamburg im 19. Jahrhundert ausdehnt, machen diese riesige Spekulationsgewinne. Erst 1865 werden in Hamburg die Zünfte beseitigt und Gewerbefreiheit durchgesetzt – rund 50 Jahre später als in den rechtsrheinischen Gebieten. Das Handelskapital bildet eine feste Koalition mit dem Grundbesitz gegen das industrielle Kapital. Dieses Bündnis behindert die Industrie, wo es nur geht.

Ab 1850 etwa trennt sich vom Kaufmann der Reeder. Die Reederei wird ein eigenes Geschäft. Die Linienschifffahrt entwickelt sich (HAPAG, Sloman). Etwa zur gleichen Zeit trennt sich vom Handel die reine Bankierstätigkeit (der „Direktor“ taucht auf). Ehemalige Kaufleute (Berenberg, Goßler, Merck, Schröder) gründen 1856 die Norddeutsche Bank und später die Vereinsbank. Auch die Assekuranz wird ein eigenes Geschäft. Alle diese Kapitalisten verbindet auf jeden Fall das Interesse an Lohndrückerei gegen die im Handel beschäftigten Lohnarbeiter. Die Löhne der Kommis liegen unter denen der Handwerker.

Ab etwa 1870 Übergang vom Holz- zum Eisenschiffbau. Durchbruch 1880 (Blohm und Voss, Reiherstiegwerft). Die Hamburger Industriekapitalisten organisieren sich: 1888 Hamburger Verband der Eisenindustrie, 1890 Gründung des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona. Marx schreibt im Kapital, daß die selbständige Entwicklung des Kaufmannskapitals im umgekehrten Verhältnis zum Entwicklungsgrad der kapitalistischen Produktion steht. Und weiter: „Das Kaufmannskapital fungiert innerhalb der kapitalistischen Produktion als Agent des produktiven Kapitals.“ Die industriellen Kapitalisten übernehmen die Führung. Der große Hafenarbeiterstreik von 1896/7, der mehrere Monate dauert, findet seine erbittertsten Gegner in den Werftindustriellen (Blohm). Er ist der führende Mann bei der Zerschlagung des Streiks, während die Kaufleute zwischenzeitlich weichgekocht waren.

Im ersten Weltkrieg erheben die Kaufleute öffentlich ihre Kriegsziele. Sie wollen Antwerpen und Kolonien (Afrika, China). Diese Interessen gelten auch heute noch. In der Hamburger Politik haben die Holzhändler und Kaffeeimporteure, Bourgeois, die Hafenanlagen besitzen und im Reedereigeschäft sind, Einfluß auf die politischen Entscheidungen. Auf den Jahresversammlungen der vier Kolonialvereine versammeln sich diese Leute. Sie müssen auf Entscheidungen des Senats Einfluß nehmen, weil er auf ihre Profitbedingungen Einfluß hat (baut er Kaianlagen oder nicht; knüpft er Kontakte in Südostasien oder nicht). Die Vorstände der Kolonialvereine jedoch bilden die Großban-

ken und eine Handvoll großer Konzerne. Sie nutzen die Hamburger Kolonialverbindungen für ihre Expansionsinteressen. Die Monopole haben deshalb auch Interesse am Fortbestehen Hamburgs als Stadtstaat. Kapital und Ressourcen werden so auf dieses Stadtgebilde konzentriert. Das nötige Personal wird herangebildet. Während in Hamburg 1984 32,6% der Schüler auf das Gymnasium gingen, waren es in Niedersachsen 19,5% und in Schleswig-Holstein 23,9%.

Im Faschismus schaffen sich die Monopole ihr „Tor zur Welt“

Mit dem Schiffbau kam das industrielle Kapital nach Hamburg. Die Produktion von immer größeren Schiffen erforderte auch erheblich größere Kapitalmassen, die von einzelnen Reedern oder Werftbesitzern nicht mehr aufgebracht werden konnten. Werften wurden daher in Aktiengesellschaften umgewandelt oder gleich als solche gegründet (z.B. 1872 AG Weser, 1893 Umwandlung des Bremer Vulkan in eine AG, 1920 Deutsche Werft). Dadurch strömte Kapital aus Schwerindustrie und Großbanken in die Hanse- und Hafenstädte, und mit diesem Kapital auch politischer Einfluß.

Ein weiterer Bereich der Industrialisierung war durch die Ausdehnung des Handels und die Ausplünderung von Kolonien bedingt: die Verarbeitung von importierten Rohstoffen.

„Unter den an der Ein- und Ausfuhr beteiligten Industriezweigen sind zu nennen: Die Hüttenwerke (Kupfer- und Bleihütte auf der Peute; Zinkhütte in Billbrook; Kupferhütte auf dem Kleinen Grasbrook), Werke der Chemischen Industrie, ein großes Gerbstoffwerk, Fabriken ätherischer Öle. Die Betriebe der Farbenindustrie, Mineralölwerke, Werke der Gummiwarenindustrie und viele andere mehr.“ („Großhamburg“, Denkschrift des Hamburger Senats 1921)

Die Ausdehnung des Handels und der mit dem Hafen verbundenen Industrie beförderte das Streben der Hamburger Bourgeoisie nach Ausdehnung ihres Wirtschafts- und Verwaltungsgebietes. In verschiedenen Denkschriften und Gutachten kristallisierte sich die Zielvorstellung der territorialen Erweiterung Hamburgs zu „Großhamburg“ vom Beginn des Jahrhunderts an heraus. Hauptziele der Hamburger Bourgeoisie waren:

Gebietsverweiterung zur Hafenausdehnung und Ansiedlung verbundener Industrien (v.a. Wilhelmsburg); Einverleibung Altonas und Harburgs als aufstrebende Hafen-, Handels- und Industriekonkurrenten; Anschluß Wandsbeks und nördlicher Gebiete als hafennahe Wohngebiete für die anwachsende Bevölkerung.

Handelskammer und Senat argumentierten gegenüber Preußen und der Reichsregierung mit dem „nationalen Interesse“ an erfolgreicher Hafen- und Handelskonkurrenz mit Antwerpen und Rotterdam. Ferner versuchten sie, sich insbesondere nach dem 1. Weltkrieg die Schwerindustrie zum Bündnispartner zu machen, indem sie auf die Möglichkeiten der Steigerung der Deviseneinnahmen und des Auslandskredits durch die Hafenausweitung und vermehrte Rohstoffveredelung in Hafennähe hinwiesen. Durch den Verlust Lothringens als Erzlieferanten war die Stahlindustrie auf beides wegen der notwendigen Erzimporte (v.a. aus Schweden) angewiesen, während mit der Steigerung des Erzimports zugleich die Bedeutung des Hafens für sie wuchs.

Dennoch scheiterten die Groß-Hamburg-Bestreben in den zwanziger Jahren am Widerstand der preußischen Nachbarprovinzen Schleswig-Holstein und Hannover, die eine Abtretung der Hamburg benachbarten Gebiete und Städte wegen der damit verbundenen finanziellen und politischen Verluste hartnäckig verweigerten.

1928 wurde jedoch zwischen Hamburg und Preußen ein

Staatsvertrag über die Gründung einer „Hafengemeinschaft“ abgeschlossen, durch den zur „Entwicklung des Hamburgisch-Preußischen Wirtschaftsgebietes an der unteren Elbe“ so gehandelt werden sollte, „als ob Landesgrenzen nicht vorhanden wären“. In seinem Gefolge wurden die Häfen Hamburg, Altona und Harburg-Wilhelmsburg verwaltungstechnisch unter der Bezeichnung „Hafen Hamburg“ zusammengefaßt.

Die Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den Monopolen und den Hamburger Kaufleuten zeigte sich bei dieser Gelegenheit darin, daß – zu ihrer großen Empörung – kein Vertreter der Hamburger Handelskammer in den Verwaltungsrat der Hafengemeinschaft aufgenommen wurde.

Mit dem „Gesetz über Groß-Hamburg“ vom 26.1.1937 vollzogen die Faschisten die lange geforderten Gebietsverweiterungen. Der damalige Innenminister Frick erläuterte: „Für Deutschlands größten Hafen mußte Raum geschaffen werden ... Damit aber eine planmäßige und organisatorisch richtige Aufschließung dieses ganzen niederelbischen Wirtschafts- und Siedlungsraums möglich ist und aus ihm die höchste Leistung für die deutsche Wirtschaft herausgeholt werden kann, ist die verwaltungsmäßige und staatsrechtliche Zusammenschließung ein unabweisbares Bedürfnis.“ Natürlich für das deutsche Monopolkapital! Hamburg wurde auch kein „Land“ im Sinne des geltenden Reichsrechts, sondern ein Verwaltungsbezirk, den der „Reichsstatthalter“ nach den fachlichen Weisungen des Reichsinnenministers im Sinne des Finanzkapitals zu führen hatte. Schluß war mit dem Einfluß des ehemals stolzen Kaufmannssenats, aber auch die kommunalen Rechte der einverleibten preußischen Städte und Gemeinden waren weg.

Das Monopolkapital schuf sich zwei Jahre vor Kriegsbeginn ein schlagkräftiges Wirtschaftsgebiet an der Unterelbe. Die einheitliche Verwaltung sorgte für die reibungslose Durchsetzung zentraler „nationaler“ Interessen. Nach der Niederschlagung des Faschismus blieb Hamburg in den Grenzen von 1937 bestehen. Der Grund: Das Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 „war keine typisch nationalsozialistische Maßnahme ... Jede andere Regierung hätte der Entwicklung genau so Rechnung tragen müssen“, erklärte der Hamburger Senat 1949. Die Absonderung dieses monströsen Gebildes Hamburg als Stadtstaat liegt im Interesse des großen Kapitals. Politik und Verwaltung können sich auf die reibungslose Durchsetzung der Handels- und Expansionsinteressen konzentrieren. Krasse Unterschiede zwischen der Stadt und den angrenzenden Bundesländern (z.B. Anzahl der Schüler an den Gymnasien) lassen sich so aufrechterhalten. Diese Unterschiede könnten bei einer Eingliederung Hamburgs in die angrenzenden Bundesländer leichter bekämpft werden. Auch natürlich die Ausrichtung Hamburgs als „Tor zur Welt“ fürs Kapital.

Auch über die regionale Wirtschaftsförderung setzt das große Kapital seine Interessen durch. Als Beispiel sei hier das Verfassungsinstitut der „Gemeinschaftsaufgabe“ (GG Art. 91a) genannt: Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ von 1969 regelt u.a.: „1. Die Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Ausbau, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung von Gewerbebetrieben. 2. Die Förderung des Ausbaus der Infrastruktur, soweit es für die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft erforderlich ist ...“

Die Mittel dafür werden je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern aufgebracht und jährlich verplant. Der Abstimmungsmodus (Bund elf Stimmen, jedes Land eine Stimme, Dreiviertel-Mehrheit entscheidet) sichert dem Bund entscheidenden Einfluß und darüber auch den Zugriff auf die Landesfinanzen. 1972 schrieb die Handelskammer diesbezüglich in ihrem Jahresbericht: „Maßnahmen und Pläne des Bundes ... setzen jeder eigenständigen Regionalpolitik der Länder und Kommunen Grenzen.“ – (ana, ulj)

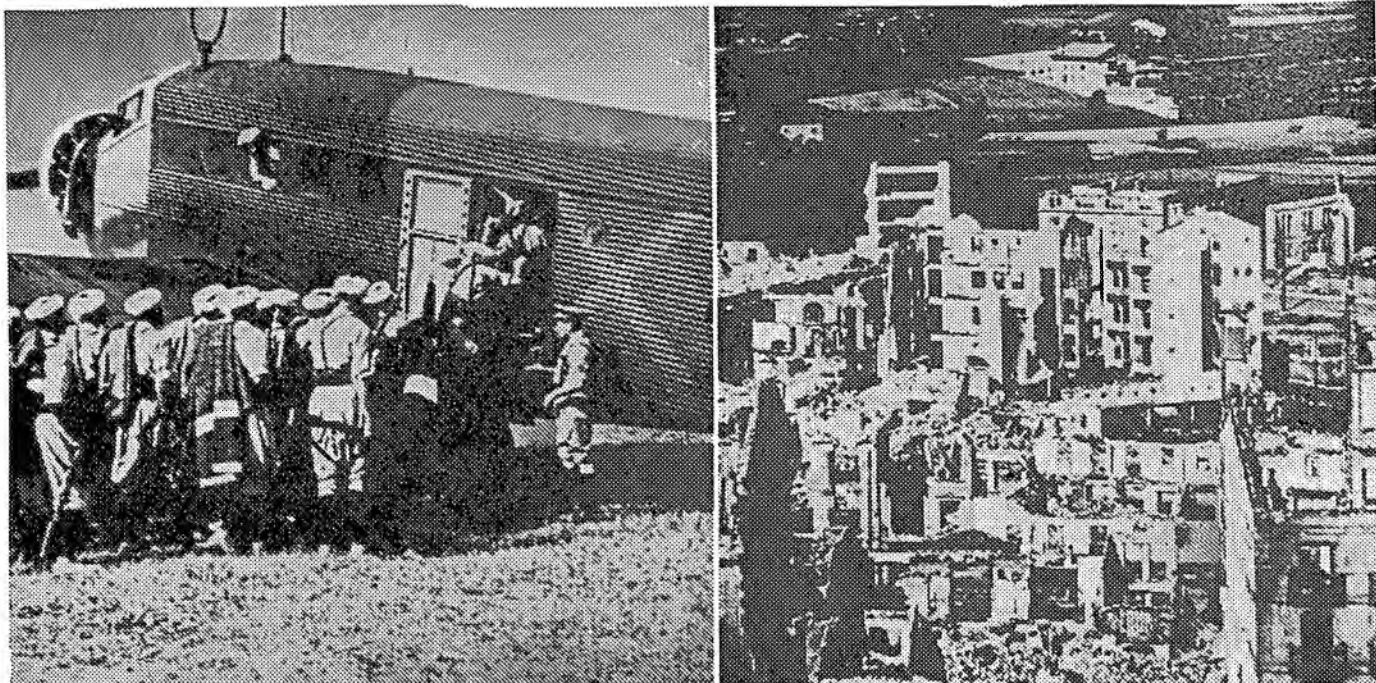


Bild links: Mit einer Ju 52 transportiert die faschistische deutsche Luftwaffe Soldaten der spanischen Afrika-Armee. Bild rechts: Gernika nach der Zerstörung durch die Legion Condor.

50. Jahrestag des Nazi-Bombardements auf Gernika

Unterstützt die Gedenkveranstaltungen! – Interview mit der Comisiòn Gernika 1937–1987

Die Volksfront und andere Organisationen in der BRD unterstützen den Aufruf der Comisiòn Gernika, mit dem diese sich an die internationale antifaschistische und demokratische Öffentlichkeit gewandt hat. Gernika in Euskadi (Baskenland) wurde am 26. April 1937 von Flugzeugen der mit Franco verbündeten deutschen Luftwaffe bombardiert. Die Bomben der Legion Condor töteten 1654 Menschen und verletzten 889 schwer. Gernika – seit je her das Symbol der Basken für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie lag in Schutt und Asche. Dieses Verbrechen Hitler-Deutschlands ist in der westdeutschen Öffentlichkeit noch wenig bekannt und wird z.T. immer noch abgestritten oder als unbeabsich-

tigt dargestellt. Die Volksfront hat in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Auslandsberichterstattung ein Informationsblatt erstellt, damit darüber berichtet werden kann und eine praktische Solidarität mit den Kämpfen und Forderungen des baskischen Volkes entwickelt werden kann. Das Informationsblatt wird im folgenden von den Politischen Berichten dokumentiert. Den Aufruf der Comisiòn Gernika hat die Volksfront in „Volksecho 1/87“ und in „Antifaschistische Nachrichten“ veröffentlicht. Er wurde ebenfalls in „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, KG(NHT), PA, VSP 1/87“ abgedruckt. – (chc, düb, gem, he, pk, ti)

Volksfront/AG für Auslandsberichterstattung (VF/AG f.A.): In der Kommission ist ein breites Spektrum vertreten. Auf welcher Grundlage arbeitet Ihr zusammen?

Comisiòn Gernika 37–87: Ja, das Bündnis, das wir erreicht haben, ist wirklich sehr breit. In der Kommission „Gernika 37–87“ haben sich die wichtigsten Anti-AKW- und Ökologenorganisationen, alle feministischen Organisationen, kulturelle Vereinigungen aller Art, die Gruppen „Kirche von unten“, die Gesamtheit der Nationalen Befreiungsbewegung, d.h. Herri Batasuna, LAB (Gewerkschaft), Gestoras pro Amnestia (Komitees für die Unterstützung der Gefangenen), JARRAI (Jugendorganisation) etc. sowie die linken Parteien EMK (movimiento comunista – Kommunistische Bewegung), LKI (Trotzkisten), PCPE und PCP (Kommunistische Partei Spaniens) zusammengeschlossen. Es ist

wichtig hervorzuheben, daß sich an der Basis Dutzende von lokalen Kommissionen gebildet haben, in denen neben den Mitgliedern der genannten politischen Organisationen auch parteiunabhängige Personen mitmachen. Die Presse hat den offenen Charakter der Kommission anerkannt, die baskische Regierung hat uns zu unserer Initiative beglückwünscht, und andere Parteien haben ihr Interesse bekundet. Dieses Bündnis war möglich, weil die Kampagne sich auf eine klare und gerechte, aber gleichzeitig sehr weite politische Plattform stützt: „Für Frieden und Souveränität für das baskische Volk und für alle Völker der Welt“. Es hat uns sehr geholfen, daß die Grundlage unserer Arbeit gegenseitiges Vertrauen und Respekt ist.

VF/AG f.A.: Was ist für Euch die aktuelle Bedeutung des 50. Jahrestages der Bombardierung Gernikas?

Comisiòn Gernika 1937–1987: Die

Mitglieder der Kommission gehen davon aus, daß unser Volk nicht die nationale Souveränität erreicht hat, für die die Basken im antifaschistischen Krieg von 1936 kämpften. Deshalb soll die Erinnerung an dieses Massaker dazu anregen, für die Souveränität und den Frieden zu kämpfen.

Die Kommission geht ebenfalls davon aus, daß der Militarismus und der Krieg, die 1937 von den Nazis verkörpert wurden, heute in der NATO ihren Ausdruck finden. Deshalb haben wir jetzt im März zum Jahrestag des NATO-Referendums vom letzten Jahr vier Demonstrationen organisiert, an denen sich Tausende von Menschen beteiligten. Beim Referendum lehnten die Basken mehrheitlich die NATO-Mitgliedschaft Spaniens ab.

Die Bombardierung Gernikas war eine tragische Episode in der Geschichte des Kampfes unseres Volkes für seine Freiheit. Eines Kampfes, der noch

nicht beendet und heute stärker denn je ist.

VF/AG f.A.: Inwiefern haben sich in Spanien seit Franco die Bedingungen des Kampfes für soziale und politische Rechte und für die Befreiung geändert? Hat eine Entfernung von Faschisten aus öffentlichen Funktionen stattgefunden?

Comisión Gernika 1937-1987: Die Kampfbedingungen haben sich ganz eindeutig geändert, denn die Oligarchie hat ein bürgerlich-demokratisches Regime errichtet, das verbündet ist mit dem alten franquistischen Apparat und mit dem westlichen, europäischen Imperialismus, vor allem dem nordamerikanischen. Die linken und demokratischen Positionen haben auf gesamtspanischer Ebene einen Rückgang erlitten. Wir können, auch wenn wir bescheiden sind, dennoch sagen, daß sich Euskadi in die kämpferischste Bastion der demokratischen und revolutionären Positionen verwandelt hat, die einen eindeutig nationalen Charakter haben. Der Kampf gegen die reaktionären Kräfte, gegen die ihnen dienende Sozialdemokratie, wird lang und hart sein.

VF/AG f.A.: Das baskische Volk hat immer in vorderster Front gegen Faschismus und Reaktion in Europa gekämpft: gegen Franco und den deutschen Faschismus. Was sind gegenwärtig die wichtigsten sozialen und politischen Kämpfe, in denen die baskischen Werktätigen mit der europäischen Reaktion konfrontiert sind?

Comisión Gernika 1937-1987: Zweifelloso ist die wichtigste Konfrontation die mit der rechten französischen Regierung, die eine Offensive ohnesgleichen gegen die baskischen Flüchtlinge gestartet hat. Sie vergessen, daß die blutigste terroristische Organisation in Frankreich nicht die Action Directe ist, nicht die Palästinenser, Libanesen oder Armenier sind, sondern daß es die GAL ist (Grupos antiterroristas de Liberación - antiterroristische Befreiungsgruppen), gebildet und geleitet von der spanischen Polizei. Nach den Morden an fast 30 baskischen Flüchtlingen durch die GAL begann die Auslieferung von bisher 50 Basken an Spanien. In Spanien wurden sie gefoltert, einige von ihnen kamen in den Knast.

Ein anderer Punkt der Spannung ist der Beitritt zur EG, der sich schwerwiegend gegen die Interessen auch der baskischen Bauern, Viehzüchter, Fischer und Arbeiter auswirkt. Wir haben bereits gesagt, daß unser Volk sich gegen die NATO ausgesprochen hat, und wir widersetzen uns energisch dem amerikanischen Bombenübungsgebiet in Las Bardenas (Provinz Navarra) und der Militarisierung unseres Landes.

VF/AG f.A.: Die Kommission hat sich mit ihrem Aufruf an die fortschrittliche Öffentlichkeit gewandt. Wie ist der gegenwärtige Stand in der Un-

terstützung der Kampagne?

Comisión Gernika 1937-1987: Man muß sagen, daß das baskische Volk ein außergewöhnliches Interesse an diesem 50. Jahrestag hat, der dazu dienen wird, unsere Ablehnung von Faschismus und Krieg zu wiederholen und zu demonstrieren, ebenso wie unsere Bereitschaft zum Weiterkämpfen für die nationale und soziale Befreiung. Wir sind sehr zufrieden mit der Unterstützung, die uns von den progressiven Sektoren aus dem spanischen Staat und aus zahlreichen Ländern bereits zugesagt wurde, u.a. aus Mexiko, Nicaragua, Italien, Irland, Palästina, Kurdistan, der UdSSR, der BRD und der

schen Revolution von 1918 geschlagen und später wurde sie von den Nazis erledigt. Genau deshalb muß sie heute sehr aufmerksam sein, um jegliche neuen faschistischen Tendenzen im Keim zu ersticken. Die konkrete Aufgabe ist wohl, den Jahrestag zu unterstützen, nach Gernika zu kommen, an den Veranstaltungen teilzunehmen und dann natürlich über Euskadi zu informieren. Die Erinnerung an Gernika soll wie eine kämpferische Fahne gegen Faschismus und für Frieden sein!

VF/AG f.A.: Gibt es eine Wiedergutmachungsforderung in politischer und materieller Hinsicht?



Das Baskenland ist eins der Hauptindustriezentren Spaniens. Der EG-Beitritt Spaniens und der Zufluß ausländischen Kapitals zerstört die baskische Industrie, Landwirtschaft und Fischerei. Bild: Kämpfe der baskischen Stahlarbeiter gegen Betriebsstilllegung

DDR, Libyen, Polen, Finnland etc. Wir sind sicher, daß der „Kongreß für Frieden und Souveränität“ am 24. und 25. April in Gernika unter Teilnahme zahlreicher Friedensbewegungen, nationaler Befreiungsbewegungen, internationaler Persönlichkeiten ein relevantes Forum für die progressive öffentliche Meinung sein wird.

VF/AG f.A.: Welche besonderen Aufgaben und konkreten Anforderungen seht Ihr für die antifaschistische, pazifistische, Antikriegs- und Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland in der Unterstützung des Jahrestages?

Comisión Gernika 1937-1987: Wir denken, daß die Kräfte, die sich in der BRD für fortschrittlich halten, nicht über den Jahrestag dieses Massakers hinweggehen können. Die deutsche Arbeiterklasse wurde in der spartakisti-

Comisión Gernika 1937-1987: Wir denken, daß die Regierungen der beiden deutschen Republiken anerkennen müssen, daß es die Legion Condor war, die Gernika zerstört hat. Sie sollen ebenfalls den Nachkommen der Opfer eine finanzielle Entschädigung und eine moralische Reparation anbieten. Vor allem sollen sie sich mit Nachdruck verpflichten, zu verhindern, daß je wieder von Deutschland aus eine Aggression gegen irgend ein Volk auf der Welt ausgehen wird. Wir wünschen, daß die Erinnerung an Gernika dazu beiträgt, unsere Völker im Kampf für Frieden, sozialen Fortschritt, Demokratie und Souveränität zu vereinen.

Comisión „Gernika 37-87“
Euskadi, 24.3.1987

Ökonomische und militärische Interessen des deutschen Faschismus in Spanien

Das industriell unterentwickelte Spanien war für das deutsche Kapital wichtiges Anlagegebiet, Rohstoffquelle und Absatzmarkt. Um die Jahrhundertwende dominierte deutsches Kapital im Bereich Elektrotechnik und Chemie, bei der Ausbeutung der Erzvorkommen jedoch englisches und französisches. Nach dem 1. Weltkrieg war Deutschland weitgehend vom spanischen Markt verdrängt; der Handelsvertrag von 1925 verbesserte das Einfuhrverhältnis. Während der Weimarer Republik förderte Spanien die geheime deutsche Entwicklung von nach dem Versailler Vertrag verbotenen Waffengattungen. 1928 begann auf einer Werft bei Cadix der Bau und die Erprobung eines neuen U-Bootes; von Junkers und Dornier entwickelte Flugzeugtypen wurden in Spanien in Lizenz gebaut.

1930 wurde in Spanien die Primo de Rivera-Diktatur gestürzt und die Republik errichtet. Die faschistische deutsche Regierung war an einer spanischen Regierung interessiert, die die fortschrittliche Bewegung der Werktätigen unterdrückte und sich außenpolitisch auf Deutschland ausrichtete, da im Rahmen der Kriegsvorbereitungen das Land strategisch und als Rohstofflieferant wichtig war. Ab November 1933 wurden unter den „Auslandsdeutschen“ in Spanien 50 Ortsgruppen der NSDAP gegründet. Mit ihrer Hilfe erfaßte die deutsche Diplomatie alle Entwicklungen der faschistischen spanischen Bewegung und gab Ratschläge bezüglich der Erfolgsaussichten eines Putschversuches. Es kam u.a. zu massiver Beeinflussung der spanischen Presse. Den NSDAP-Gruppen wurden Wirtschaftsreferenten beigeordnet.

Im Frühjahr 1936 bereitete die Union Militar Espanola, ein Zusammenschluß führender Militärs, einen Staatsstreich vor. Sie unterhielt enge Verbindungen zu General Faupel (erster deutscher Botschafter bei Franco). In der spanischen Armee wurden deutsche militärische Lehrmaterialien benutzt; die Generäle Franco und Varela hatten ihre Ausbildung an deutschen Militärakademien vervollständigt. Noch vor dem Wahlsieg der Volksfront am 16.2.1936 wurden zwischen dem Führer der Falange Primo de Rivera und der Nazipartei Waffenlieferungen vereinbart. Im März 1936 fand in Berlin eine Besprechung zwischen General Sanjurjo, Vertretern der deutschen Rüstungsindustrie und der NSDAP statt. Beim Militärputsch am 17./18. Juli 1936 gab es enge Kontakte Francos mit Vertretern der Auslandsorganisation der NSDAP.

Am 9. September 1936 nahm in London das „Nichteinmischungskomitee“ mit Vertretern von 26 Nationen

seine Tätigkeit auf. Die Regierung Blum in Frankreich brach das Handelsabkommen über Waffenlieferungen, Großbritannien und die USA verhängten ein Waffenembargo. Die Westmächte fürchteten den Erfolg der Volksfrontrepublik, da dies den Verlust ihrer Ausbeutungs- und Einflußmöglichkeiten in Spanien bedeuten konnte, sowie das Beispiel für die Werktätigen der eigenen und anderer unterdrückter Länder.

Deutschland verband die militärische Unterstützung Francos mit wirtschaftlicher Ausplünderung. Zur Abwicklung der Geschäfte – Rohstoffe gegen Kriegsmaterialien – wurden in Spanien die „Hisma“, in Berlin die „Rowak“ gegründet, die das gesamte

bei den Bombardierungen keinen Schaden.

Eine wirtschaftliche Vormachtstellung Deutschlands war auf die Dauer nur durch Kapalexport möglich. Wirtschaftsverträge im Juni 1937 räumten Deutschland eine Meistbegünstigung ein. Geheimprotokolle enthielten günstige Bedingungen für Kapalexport und Beteiligungen an spanischen Firmen. Mitte 1937 sicherte sich die Luftwaffe das Monopol für den innerspanischen Luftverkehr; sie kontrollierte bis 1943 49% des Kapitals. Die „Hisma“ erwarb 73 Bergwerkskonzessionen. Ende 1938 bewilligte Franco-Spanien für drei von der „Hisma“ gegründete Bergwerksgesellschaften eine deutsche Beteiligung von 75%, bei einer von 60%, bei einer von 40%; eine in Spanisch-Marokko blieb ganz in deutschem Besitz. Die Holdinggesellschaft „Sofindus“ (90% deutsche Beteiligung)



Die italienisch-deutsche Intervention in Spanien (Juli 1936 – März 1939)

— Hauptwege der Truppen- und Gütertransporte der italienisch-deutschen Interventionen
— Frontlinie im Oktober 1936
— Haupttruppungen und Bären der Kampfoperanonen der intervenierten und Aufrehrer
— Gegenstände der republikanischen Truppen
— Hauptbezirke der Partisanenrätigkeit
— Blockade der spanischen Küsten durch die Flot der intervenierten

Ein- und Verkaufsmonopol im Handel mit Franco-Spanien erhielten. Nach Einnahme der Provinz Huelva im Aug. 1936 wurde Deutschland im Januar 1937 die Überlassung von 60% der dortigen Kupfer- und Schwefelkiesförderung zugesichert. Die Terrorbombardierungen der Nordprovinzen dienten nicht nur als Vorübung für den totalen Luftkrieg, sondern sollten durch Inbesitznahme der rohstoffreichen Gebiete Asturiens und des Baskenlandes, der wichtigsten Schwerindustriezentren, die republikanische Kriegswirtschaft schwächen. Im Besitz deutscher Monopole befindliche Industrieanlagen litten

befaßte sich mit der Handelstätigkeit. Durch die weitgehende Monopolisierung der strategisch wichtigen Bodenschätze gelang es, diese dem Rüstungspotential Großbritanniens und Frankreichs zu entziehen und den deutsch-spanischen Handel völlig in den Dienst der deutschen Kriegsvorbereitung zu stellen.

Der militärische Einsatz in Spanien wurde von General Reichenau im Sommer 1938 so bewertet: „Zwei Jahre Kriegserfahrung sind nützlicher gewesen als zehn Jahre Ausbildung in Friedenszeiten.“ Er bezeichnete Spanien als die Kriegshochschule Deutsch-

lands. Durch häufigen Wechsel der militärischen Kader (auf Anordnung Görings) blieben die Erfahrungen nicht nur auf einen kleinen Kreis beschränkt. (Quellen: Marion Einhorn, Die ökonomischen Hintergründe der faschisti-

schen deutschen Intervention in Spanien 1936–1939, Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1962; Pierre Broue, Emile Temime, Revolution und Krieg in Spanien, Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 118, 2 Bd.)

„Legion Condor“ – Bombenterror gegen Zivilbevölkerung

1935 war die geheim als zivile Luftfahrt aufgebaute deutsche Luftwaffe öffentlich präsentiert worden. Nur 10 Tage nach Beginn des Putsches gegen die Volksfrontregierung in Spanien begann am 27./28. Juli 1936 das erste große Lufttransportunternehmen der deutschen Luftkriegsgeschichte. Von Berlin-Tempelhof und Stuttgart-Böblingen starteten Ju-52-Maschinen nach Spanisch-Marokko. Über die Straße von Gibraltar transportierten sie bis zum 30. September 13 500 Elitesoldaten der Kolonialarmee mit leichten und schweren Waffen, 44 Feldgeschützen und 270 Tonnen Munition nach Südspanien. Die spanische Luftwaffe und Marine hatte sich dem Aufstand nicht angeschlossen, für die Aufständischen in Spanien stand es schlecht. „Deutliches Erstarken und Fortschreiten der Regierung, Auf-der-Stelle-Treten und Rückgang der Aufständischen“ verzeichnete ein Lagebericht an das deutsche Auswärtige Amt, vom „fanatischen Kampfgeist“ der republikanischen Milizen wurde berichtet. Ende Juli erhielt Franco eine Transport- und Jagdfliegerstaffel und eine Flakbatterie. Starke Verbände deutscher und italienischer Seestreitkräfte liefen ein. Im September 1936 waren die deutschen Verbände regelrecht als kriegführende Macht organisiert und auf der mehr als 2000 Kilometer langen Front überall im Angriff. Alle deutschen Truppenteile wurden im Okt./Nov. in der von Generalleutnant Sperrle befehligten „Legion Condor“ zusammengefaßt. Das Personal bestand aus „Freiwilligen“ aus der Wehrmacht, ideologisch zuverlässig. Der Sold betrug das siebenfache des Garnisonsdienstes für die einfachen Soldaten. Unter dem Haushaltstitel „Sonderübungen Wehrmacht“ wurden bis Kriegsende für Waffen- und Krieggeräte sowie Personalkosten 580 Mio. Reichsmark verbucht. „Deutschland hat keinerlei Truppenverbände oder ‚Einheiten‘ nach Spanien geschickt“ lautete die bis Mai 1939 in Deutschland geltende „vertrauliche“ Presseanweisung.

Die grausamen Bombardements gegen die Zivilbevölkerung von Madrid, Durango, Gernika und vieler anderer Städte dienten den deutschen Faschisten u.a. dazu, die Bombenwirkung zu testen und die Luftwaffe technisch zu vervollkommen, die Aggressionsbereitschaft der eigenen Truppen zu erproben. Die Moral des Gegners konnte

damit nicht zerstört werden. So leistete die Bevölkerung im Kampf um Madrid 29 Monate dem Bombenterror Widerstand. Trautloft, als Nazioffizier in Spanien, wurde Generalleutnant der Bundeswehr, die Lufthansa-Tochter „Condor“ arbeitet heute im Auftrag der Bundeswehr.

Die Zerstörung Gernikas

General Mola, Oberbefehlshaber der Nordarmee Francos wandte sich einen Tag vor Beginn der Offensive gegen den Norden über Radio an die Basken und drohte: „Ich bin entschlossen, den Krieg im Norden schnell zu beenden. Wer keinen Mord auf seinem Gewissen hat und seine Waffen abgibt, wird an Leben und Eigentum geschont. Wenn aber die Unterwerfung nicht sogleich erfolgt, werde ich ganz Vizcaya dem Erdboden gleichmachen, anfangen mit der Kriegsindustrie.“ Mit dieser Offensive sollten Kräfte freierwerden, um den kriegsentscheidenden Kampf gegen die zentralen und östlichen Provinzen aussichtsreicher wieder aufnehmen zu können. Aus Telegrammen des Botschafters in Salamanca an das Auswärtige Amt geht hervor, daß die deutschen Diplomaten und Militärs auf diese Offensive drängten. Der angekündigte schnelle Vormarsch hatte auf einem effektiven Zusammenspiel von Luft- und Landstreitkräften beruhen sollen. Die Pläne hierzu stammten vom Stab der Legion Condor (K.A. Maier, Gernika, 26.4.1936). Die Orte Durango, Elorrio, Ochandiano und die

heilige Stadt der Basken, Gernika waren ungeschützt. Viele Flüchtlinge hielten sich hier auf und Verwundete von der Front. In Gernika hielten sich zur Zeit des Angriffs ungefähr 7000 Bewohner und rd. 3000 Flüchtlinge auf. Die Stadt hatte keine Flak und keine Geschütze. In Gernika war Markttag, als die Stadt gegen fünf Uhr Nachmittags von einer Heinkel 111 angegriffen wurde. Die Bomben töteten und verwundeten mehrere Dutzend Menschen auf dem Bahnhofsvorplatz. Vier Stunden lang flogen immer neue Verbände von drei bis zwölf Maschinen in zwanzigminütigen Abständen an und warfen schwere Sprengbomben und Brandbomben über der Stadt ab. Fliehende Menschen wurden durch Maschinengewehrsalven angreifender Tiefflieger getötet und verwundet. Gernika brannte zu 80 Prozent aus, die baskische Regierung sprach von 1654 Toten. Der Einsatz war von Oberleutnant Frhr. v. Richthofen befohlen worden. (W. Altgeld, Gernika, Iberoamericana 27/1986). Franco behauptete, die „Roten“ hätten die Stadt angezündet, um den Haß der Bevölkerung anzustacheln. In den „Akten zur Deutschen auswärtigen Politik“ findet sich per Fußnote die Behauptung: „Das vernichtende Bombardement der Baskischen Stadt Gernika am 26. April 1937 war angeblich durch deutsche ... Flieger ausgeführt worden“. Der Botschafter in Salamanca schickte, nachdem das angeforderte Dementi von Franco nicht nach London ging, ein Dementi, das die ausländische Presse auch veröffentlichte. Spätere Veröffentlichungen von Beteiligten aus dem Stab Condor (Richthofen, Hoya) behaupten, der Angriff habe einer Brücke vor der Stadt gegolten.

(Quellen: M. Merkes, Die Dtsch. Politik im spanischen Bürgerkrieg 1936–1939; Fliegerhorst Wunstorf 1933–1939, Arbeitskreis Regionalgeschichte; H. Kühne, Militärgeschichtliche Skizzen, Militärverlag der DDR)

Jahrzehntelanger Kampf gegen Faschismus und europäische Reaktion in Euskadi

Die vom baskischen Volk bis 1923 erkämpften Erfolge zur nationalen und sozialen Befreiung wurden durch die Diktatur des Generals Primo de Ribera bis zu dessen Sturz 1929 eingefroren. Mit dem Sieg der republikanischen Parteien in den spanischen Wahlen 1931 gingen die Linkskräfte des Baskenlandes unter Führung der EAJ (PNV) erneut in Verhandlungen über ein Autonomiestatut mit der republikanischen Regierung. 1932 wurde mit knapper Mehrheit ein Statut im Baskenland verabschiedet, das neben der Garantie der Sprach- und Rechtshoheit im Baskenland auch die rechtmäßige Existenz der baskischen Armee vorsah.

Erst mit der Wahl der Volksfront im Jahre 1936 wurden aber die Voraussetzungen geschaffen, die Rechte des baskischen Volkes festzuschreiben. Durch die Anerkennung der baskischen Autonomie durch die Republik entstand ein Bündnis zwischen Baskenland und Republik gegen den Franco-Faschismus.

Mit Beginn der militärischen Aktionen des Franquismus gegen die Republik ging die Einkesselung des Baskenlandes einher. Franco selbst hatte Euskadi als „verräterische Region“, als Schwerpunkt der militärischen Aktionen freigegeben. Es fiel der Franco zu Hilfe geeilten deutschen Luftstaffel

Legion Condor zu, im April 1937 das Symbol der baskischen Unabhängigkeit, die Stadt Gernika, dem Erdboden gleichzumachen, um das baskische Volk zu demoralisieren. Die nachfolgende Okkupation von Euskadi durch die faschistischen Truppen hatte die Zerschlagung aller demokratischen Organisationen zur Folge. Schon 1937 mußten ca. 200000 Basken ins Exil, über 10000 wanderten ins Gefängnis. Bis zur endgültigen Niederlage im Jahr 1939 wurde Euskadi Schauplatz des despotischen Terrors der franquistischen Besatzerarmee.

Die EAJ (PNV) hielt bis 1945 an den Vorstellungen des mit der Republik verhandelten Autonomie-Statuts fest, wick dann allerdings wegen „mangelnder Realisierungschancen“ davon mehr und mehr ab. Trotz dieser den bürgerlichen Kräften gegenüber moderateren Politik konnte dem Terror des Franquismus keine nennenswerte Schranke gesetzt werden. So mußte die EAJ (PNV) im April 1947, am zehnten Jahrestag des Bombardements von Gernika, zum erstenmal feststellen, daß die Arbeiter Euskadis an ihr vorbei zur Aktion gegen den Franquismus schritten. Am 26. April 1947 stand das gesamte spanisch besetzte Euskadi im Generalstreik gegen den Faschismus.

1959 entstand aus einer Jugendorganisation der EAJ (PNV) die Organisation ETA, die zunächst davon ausging, nach dem Beispiel der Befreiung Kubas in Euskadi vorgehen zu können. Seit Beginn der sechziger Jahre operierte die ETA gegen militärische Ziele der franquistischen Diktatur. 1970, als in den Prozessen von Burgos 15 Antifaschisten zum Tode verurteilt werden sollten, gelang es der ETA, den Zusammenhang zwischen ihrem militärischen Kampf und demokratischen Massenaktionen in Euskadi herzustellen und es kam zum Generalstreik gegen die Terrorurteile von Burgos. 1973 schaltete die ETA mit der Durchführung der Operacion Ogro in Madrid den designierten Franco-Nachfolger Carrero Blanco aus. Das Ende vor Augen, ließ Franco 1975 trotz weltweiter Proteste fünf Antifaschisten in Madrid hinrichten, darunter die ETA-Aktivistin Otaegi und Txiki.

Die 1977 ins Amt gekommene christdemokratische Regierung des Präsidenten Suarez beseitigte nicht die Repression gegen das baskische Volk, sondern änderte die Taktik. Einerseits wurde mit der PNV über ein Autonomiestatut verhandelt, das den Namen nicht verdient – z.B. baskische Verkehrspolizisten und baskische Sprache in den Schulen, ohne jedoch die Mittel dafür bereitzustellen –, andererseits begann eine Propagandakampagne gegen den „Terror“ der ETA, deren Masseneinfluß dadurch eingedämmt werden sollte. Wiederum wurde deutsche Hilfe erbeten und auch erhalten:

Die Schmidt-Regierung bot ihre Dienste in der „Terrorismus-Bekämpfung“ an und schickte die GSG 9 nach Euskadi, die allerdings aufgrund der Verankerung der Autonomie-Forderung und der ETA im Volk erfolglos zurück in die BRD reisen mußte.

Im Jahr 1978 wurde bei einer Demonstration für die Amnestie aller politischen Gefangenen in der Arena Pamplonas während des San Fermin ein Demonstrant von der Guardia Civil erschossen. Es folgte ein mehrtägiger Generalstreik in Euskadi, bei dem es in den Metropolen Bilbao und San Sebastian zu blutigen Straßenschlachten kam. Mit dem Amtsantritt

des Sozialisten Gonzales begann eine neue Terrorwelle gegen Euskadi. Über mehrere Monate hinweg gab es 1982 täglich ca. 200 willkürliche Festnahmen. Gonzales' Taktik entsprach der von Suarez nach dem Motto „einschüchtern und über Bagatellen verhandeln“. Die Wahlen zum baskischen Parlament vor wenigen Monaten zeigten jedoch, daß diese Taktik kaum Aussicht auf Erfolg hat: Diejenigen Parteien, die für baskische Forderungen gegen den spanischen Staat eintreten, erhielten zusammen 44,4% der abgegebenen Stimmen. Das Wahlbündnis Herri Batasuna (Herri Batasuna = Volkseinheit) erhielt 17,47%

In der Kontinuität des deutschen Faschismus: BRD-Interessen gegen Spanien und Euskadi

Wirtschaftsexpansion

Im Dezember 1946 verweigern die Vereinten Nationen noch die Aufnahme Franco-Spaniens und fordern den Wirtschaftsboykott. Auf Druck der USA wird im November 1950 der Boykott aufgehoben, im Dezember 1955 wird Spanien UN-Mitglied. Ausländisches Kapital fließt nach Spanien, bis Mitte der 60er Jahre etwa zur Hälfte aus den USA, aber rapide wächst der Anteil westdeutscher Kapitalanlagen. Wie vor dem 2. Weltkrieg der deutsche Imperialismus wird jetzt die BRD wieder drittgrößte ausländische Wirtschaftsmacht in Spanien, sie ist eine der sichersten Garanten des faschistischen Franco-Regimes in Spanien und des Salazar-Regimes in Portugal.

Nach dem Ende der Franco-Diktatur treiben die westdeutschen Regierungen Spanien „mit Schlägen und Fußtritten“ – wie „Die Zeit“ eine spanische Zeitung am 19.6.82 zitiert – in die EG. Im Zuge der weiteren „Öffnung des spanischen Marktes“ durch den EG-Beitritt wird die BRD größte europäische Kapitalmacht in Spanien und greift die Stellung der USA an. Der VW-Konzern übernimmt 1986 die Aktienmehrheit des spanischen staatlichen Automobilkonzerns SEAT. In einer Spanien-Beilage zieht das Handelsblatt am 16.4.86 Bilanz: „Innerhalb der EG-Lieferländer steht die Bundesrepublik nunmehr mit gut 30% aller aus der EG kommenden Importe nach wie vor an erster Stelle. Mit 538 Mrd. Pts. Importen ist die deutsche Wirtschaft auch vom größten Lieferland, den USA mit 553 Mrd. Pts, nicht mehr weit entfernt. Auch als Kunde spanischer Produkte haben die USA und die Bundesrepublik fast gleichgezogen ... USA sind der größte Investor ... Innerhalb der EG hat die Bundesrepublik ihren ersten Platz mit 29 Mrd. Pts Investitionen nur knapp vor Frankreich (28,8 Mrd.) behaupten können“. (Handelsblatt, 16.4.86)

„Brückenkopf“, „Hinterland“, „Waffenschmiede“

Im Rahmen der strategischen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen des deutschen und westdeutschen Imperialismus und der in der NATO zusammengeschlossenen imperialistischen Staaten soll Spanien vor allem drei Funktionen haben:

1.) Brückenkopf zur Beherrschung Nordafrikas und des Mittelmeers sowie zur Expansion nach Lateinamerika: „Wie rot ist das Mittelmeer“, fragte der Militärpublizist Höpker Ende der 60er Jahre und er konnte mitteilen: „Der Wert der iberischen Halbinsel als Brückenkopf hat auch die Distanzierung Frankreichs vom westlichen Bündnis gesteigert.“ Eine von Hitler geplante, aber nicht ausgeführte „Operation Felix“ (Einnahme Gibraltars zur Kontrolle des Mittelmeereszuganges) wäre heute nicht mehr nötig. Die EG- und NATO-Staaten haben was sie brauchen: Spanien, Gibraltar (Großbritannien) und dazu die spanischen Kolonialstützpunkte in Marokko (Ceuta und Melilla) als EG-Territorium an der nordafrikanischen Küste.

2.) „Hinterland“ der BRD und Aufmarschgebiet und Nachschublinie für die USA: Hierzu haben die namhaften Vertreter der CDU/CSU und SPD bereits in den 60er Jahren das Erforderliche geklärt. In seinem Buch „Verteidigung oder Vergeltung“ befaßte sich z.B. Helmut Schmidt 1965 mit der Frage „Spanien: als Hinterland“ der BRD. Die CDU/CSU hatte 1960 durch Verteidigungsminister Strauß Verhandlungen mit dem Franco-Regime über die Lagerung von militärischem und zivilen Versorgungsnachschub für die BRD geführt. Schmidt hatte gewisse Einwände gegen Strauß und bestätigt damit nur die Strategie „Spanien als Hinterland“: „Die spanische Versorgungsbasis hätte militärisch nur dann einen Sinn, wenn die Kampffront bereits den Rhein westwärts überschritten

hätte ...“ (S. 83f)

3.) „Waffenschmiede“: Bruchlos konnte der westdeutsche Imperialismus an der „deutschen Tradition“ anknüpfen, Waffenproduktions- und -exportbeschränkungen durch Waffenproduktion in Spanien zu umgehen. 1929 erhielt die spanische Rüstungsfirma CASA (Construcciones Aeronauticas) die Lizenz zum Bau von Flugzeugen des Junkers-Konzerns. Heute hält der westdeutsche Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blom (MBB) 11% der Anteile von CASA und produziert in Spanien u.a. Hubschrauber und Luftabwehrakten. Kraus-Maffei läßt vom spanischen Staatskonzern „Santa Barbara“ Leopard-2-Panzer in Linz unter dem Namen „Luchs“ herstellen und exportieren. Schon lange vor dem EG- und NATO-Beitritt nahm Spanien an der sog. europäischen Rüstungskooperation teil und damit z.B. an der Planung, Finanzierung und Ausführung des Kampfflugzeug-Projekts „Jäger-90“.

Widerstand niederhalten und zerschlagen

Die große Mehrheit der baskischen Bevölkerung lehnte beim spanischen NATO-Referendum im letzten Jahr die NATO-Mitgliedschaft ab. Die baskische Arbeiterbewegung, widersetzt sich in schweren Auseinandersetzungen – u.a. durch Betriebsbesetzungen und in Straßenkämpfen – der Rationalisierungs- und EG-Anpassungspolitik der spanischen Regierung. Der Kampf für Amnestie, für Freilassung der politischen Gefangenen, gegen Folter und Deportation hat eine breite Basis in der gesamten baskischen Bevölkerung.

1977 schrieb der außenpolitische Referent der SPD-Bundestagsfraktion Dettke über die „sicherheitspolitischen Probleme der Süderweiterung“: „Auf absehbare Zeit hat die Europäische Gemeinschaft keine einsetzbaren Machtmittel, die es erlauben würden, als sicherheitspolitische Ordnungsmacht aufzutreten.“ Inzwischen ist die BRD in Spanien und im Baskenland entscheidende Schritte in der europäischen juristischen, „sicherheitspolitischen“ und polizeilichen Zusammenarbeit voran gekommen: Nach westdeutschem Vorbild wurden Hochsicherheitstrakte in Herrera de la Mancha eingerichtet, der „Plan ZEN“ (Zona Especial Norte) zur „Aufstandsbekämpfung“ im Baskenland (u.a. mit informationstechnischer „Präventivfassung“ etc.) trägt die Handschrift westdeutscher „BKA-Experten“, die BRD bildet Polizeitruppen im Baskenland aus, der BRD-Geheimdienstler Horchem betätigt sich zusammen mit CIA-Agenten in einer „anti-terroristischen Experteneinheit“ im Baskenland, deren 1986 veröffentlichter Bericht u.a. verlangt: der Forderung nach Verbesserung der Lage der Gefangenen darf nicht stattgegeben werden, Einsatz der



Demonstration „Amnestie jetzt!“ Hunderte baskische politische Gefangene werden in spanischen Gefängnissen, u.a. in Hochsicherheitstrakten wie in Stammheim, gefangen gehalten. Die Forderung nach Amnestie ist eine zentrale Forderung aller baskischen Organisationen und Parteien.

Massenmedien zur Isolierung und Spaltung. Über die europäische Innenminister-Arbeitsgruppe TREVI (Terror, Radikalismus, Extremismus, internationale Gewalt) nimmt die BRD diekten Einfluß auf die Innenpolitik der beteiligten Länder, und das heißt u.a.: auf die Vorbereitung und Durchsetzung von „Anti-Terror-Gesetzen“ nach westdeutschem Vorbild, bzw. auf die Angleichung der Formen politischer Unterdrückung in einem einheitlichen „europäischen Rechtsraum“. Nach den verschärften spanischen Gesetzen von 1984 können Zeitungen geschlossen werden wegen „Verteidigung des Terrorismus“. Politische Gefangene müssen ihre „Straftat bereuen“, politische

Untersuchungsgefangene können zehn Tage verhört werden, zehn Tage in denen gefoltert wird, um Geständnisse zu erpressen und um einzuschüchtern, denn jeder kann verhaftet werden. Wie die Komitees für Amnestie berichten, gab es allein vom Januar 1981 bis Januar 1984 in Euskadi 3563 Fälle von Folter und Mißhandlung. 90% der unter den Anti-Terror-Gesetzen festgenommenen werden gefoltert. (Quellenhinweis: Marion Einhorn, die ökonomischen Hintergründe der faschistischen, deutschen Intervention 1936-39, Berlin 1962; Politische Berichte 16/17/25/1984, 6/1986; Euskadi-Info Nr. 1-8; El pueblo vasco por su liberacion nacional, Euskadi 1985)

Gernika und das Völkerrecht. Anmerkungen zur deutschen Intervention in Spanien

In der völkerrechtlichen Landschaft bildet die deutsche Intervention 1936 bis 1939 in Spanien einen auffallend weißen Fleck. Soweit bekannt, gab es an Spanien keine Reparationszahlungen. Spanien wurde nach dem 2. Weltkrieg als neutrales Land geführt und war demzufolge nicht in die einschlägigen Vertragswerke einbezogen. Der Antrag der baskischen Exilregierung, das Verbrechen von Gernika vor den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu bringen, wurde abgelehnt. Auch die spanischen und baskischen Opfer deutscher Grausamkeiten sind nicht in Entschädigungsregelungen für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung einbezogen. Und dies, obwohl die deutsche Intervention ein planmäßiger unerklärter Krieg war gegen das spanische und baskische Volk und deren gewählte rechtmäßige Regierung. Ohne deutsches Eingreifen wäre der Militärputsch gegen die Volksfrontregierung eine kurzlebige militärische Verschwörung geblieben. Selbst die Nazis konnten den Charakter des planmäßigen Militäraufmarsches, unter Bruch selbst der einfachsten Regeln des Völkerrechts, nur notdürftig verschleiern als Hilfeinsatz von „Freiwilligen“ oder possenhaft, indem sie deutsche Flieger als Urlauber im

Rahmen von „Kraft durch Freude“ nach Spanien schickten.

Auch die Anerkennung einer sog. Burgos-Regierung, die nach Absprache von Deutschland und Italien am 18.11.36 erfolgte, war völkerrechtlich eine Farce. Dieser Regierung fehlte sogar die formale Mindestvoraussetzung einer realen Machtbasis. Hitler entschloß sich auch erst dazu, als die Einnahme von Madrid durch Franco vorläufig gescheitert war.

Die Westmächte, voran England und Frankreich, betrieben eine Nichteinmischungspolitik, die Deutschland Gelegenheit gab, den militärischen Einsatz fortwährend zu steigern, während es umgekehrt zu einer Blockade der Republik kam. Deutschland konnte sich formal sogar an der Nichteinmischungsfarce beteiligen. Ein schwacher Versuch der Westmächte, wegen Gernika eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen, konnte von Deutschland locker vereitelt werden.

In der politischen Konstellation nach dem 2. Weltkrieg fand die gesamte westliche Welt Gefallen an dem Franco-Regime. So konnte sich die BRD bisher der internationalen Verantwortlichkeit entziehen.



„Abrüstungs“pläne

Das neueste westliche „Abrüstungsangebot“ auf das sowjetische Angebot, sämtliche atomaren Mittelstreckenraketen in Europa zu beseitigen, lautet: Beseitigung der sowjetischen Raketen, Umbau sämtlicher westlichen Raketen in „Kurzstreckenraketen“. So dreist das Angebot ist, Egon Bahr von der SPD trägt es ungeniert mit. Die schon nach

dem Gipfeltreffen in Reykjavik von verschiedenen Leuten propagierte Lösung, „Bloß weg von der Null-Lösung“, zeigt nun ihre gewünschten Ergebnisse. Wieder ist die BRD maßgeblicher Verfechter des neuen „Angebots“. Seit Monaten propagiert Wörner die angebliche „Raketenlücke“ des Westens bei den Kurzstreckenraketen. Welche Pläne verfolgt die NATO in den Abrüstungsverhandlungen?

Erstarken der islamischen Fundamentalisten in Ägypten

Eine weitere Verhandlungsrunde des Internationalen Währungsfonds und der imperialistischen Banken mit Ägypten ist mit einem neuerlichen Sanierungsprogramm abgeschlossen worden, das Ägypten noch stärker den imperialistischen Interessen ausliefern und die Widersprüche in der ägyptischen Gesellschaft verschärfen wird. Auf das Anwachsen der politischen Opposition reagierte die Regierung Ägyptens unter Präsident Mubarak jetzt mit der Zulassung weiterer Parteien zu den Parlamentswahlen. Innerhalb der Opposition ist der Einfluß der Moslem Bruderschaft gefährlich angewachsen. Welche Ziele verfolgt sie? Welches sind die Interessen der ägyptischen Regierung im iranisch-irakischen Krieg?



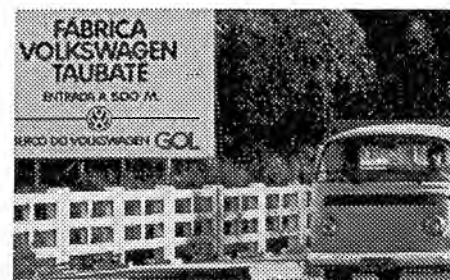
Jugendbewegung im Norden

Nach längerer Flaute der revolutionären Jugendbewegung und dem allgemeinen Niedergang kommunistischer Jugendorganisationen entwickelten sich in den letzten Monaten in Norddeutschland Ansätze einer verstärkten Zusammenarbeit bestehender Organisationen und unorganisierter revolutionärer Jugendlicher. Am 5.10.86 grün-

dete sich in Hamburg das „Revolutionäre Jugendplenum (RJP)/Norddeutschland“, in dem u.a. KB-Jugend, BWK-Jugendliche, „Gruppe Junger Anarchisten/Rätekommunisten“ und die „Autonom-Sozialistischen Jugendgruppen“ mitarbeiten. In der Folge entstand das „RJP/Landesteil Schleswig“, das die örtliche Zusammenarbeit im Norden von Schleswig-Holstein vorantreiben will.

Volkswagen-Konzern: imperialistischer Tradition verpflichtet

Eine Jubiläumsveranstaltung – zum 50millionsten VW – fiel gerade ins Wasser, „Devisen-Skandal“. Eine andere wirft ihre Schatten voraus: Im Mai 1988 jährt sich die Konzerngründung zum 50. Mal. Von Adolf Hitler persönlich eingeweiht, die Deutsche Bank und Daimler Benz als Paten, hält sich bis heute der Ruf der VW-Gründung als Beitrag zur Massenmotorisierung. Produziert wurde Kriegsmaterial. Heute, der Konzern streckt seine Krakenarme schon längst über die ganze Welt aus, gilt dies in der öffentlichen Meinung nicht als imperialistische Ausbeutung, sondern als Export des „Sozialmodells VW“. Was ist dran an den „Besonderheiten“ dieses Konzerns?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
– erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

– Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
– Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie –

Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Comides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller, für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux, für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP